blätter des iz3w



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Anke Schwarzer, Ann Stafford, Jörg Späte, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 202:
28.10.1994

Anzeigenschluß für Nr. 202:
(Druckfertige Vorlagen) 11.11.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 203: Bio- und Gentechnologie

Die vordringenden Bio- und Gentechnologien betreffen die Länder der Dritten Welt in besonderem Maße. So brechen dem Süden etwa durch die zunehmende Substitution von Rohstoffen ganze Exportmärkte weg. Zudem steht der Landwirtschaft der Dritten Welt insbesondere mit der Anwendung der diversen kombinierten Verfahren der Bio- und Gentechnologie eine Revolution ins Haus, deren sozio-ökonomische Folgen diejenigen der Grünen Revolution weit in den Schatten stellen könnten. Die Tragweite dieser Entwicklung ist derzeit noch kaum absehbar zumal sich Forschung und Einsatz der neuen Produktionsverfahren in der Hand der großen Pharma- Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne befinden.
Einen Überblick über Verfahren, Techniken, Bedeutung und mögliche Folgen der modernen Bio-und Gentechnologie gibt der Themenschwerpunkt unserer nächsten Ausgabe.

Inhaltsverzeichnis:

Eine (un)heilige Allianz

Wie in Kairo Presse, Papst und Islamisten neue Einsichten verhüteten

Angetreten war die Bevölkerungskonferenz in Kairo mit dem Hauptprogrammpunkt, die Rolle der Frauen zu stärken - das empowerment of women avancierte zum Zauberwort der Vorberichterstattung. Dann taten sich jedoch zwei Akteure gegen die Konferenz und ihren Aktionsplan zusammen und stellten das ursprüngliche Motto fast in den Schatten: Papst Johannes Paul II. und die katholische Kirchenführung predigten im Bund mit Islamisten verschiedener Länder des Mittleren Ostens gegen Abtreibung und staatlich geförderte Geburtenkontrolle.

Von taz bis FAZ erkannte die Presse in dieser Einheitlichkeit die 'normale' Gegenwehr konservativer Moralisten gegen die moderne Gesellschaft und tat diese als verbohrte Irrationalität ab. Einmütig erfolgte die eilige Verurteilung einer rückwärtsgewandten Allianz.

Gleich mit vom Tisch wischt diese Berichterstattung allerdings zum einen die von Islamisten, aber etwa auch vom philippinischen Kardinal erhobene Anklage, daß die Bevölkerungspolitik den reichen Staaten des Nordens als Instrument zur Konservierung ihres Wohlstandes und ihrer Macht dient. Zwar mutet die Argumentation islamistischer Führer, es solle die Zahl der Muslime auf der Erde begrenzt werden, zunächst absurd an - ersetzt man jedoch den Begriff 'Muslime' durch 'Menschen im Trikont', so charakterisiert ein solcher Vorwurf die internationale Bevölkerungspolitik durchaus zutreffend.

Das Postulieren eines Bevölkerungsproblems und die Betonung der Bevölkerungsfrage - eine Entwicklung, die in der Konferenz von Kairo ihren vorläufigen Höhepunkt erlebt hat -, dient eben nicht zuletzt dazu, von der Entwicklungsfrage abzulenken und das Problem von Elend und Armut auf das Bevölkerungswachstum zu reduzieren. Dahinter steht der Unwille der reichen Länder dieser Welt, ihren nur auf Kosten anderer möglichen Lebensstil zu ändern und eine gerechtere Verteilung anzustreben. Dieser Unwille manifestiert sich in der Furcht vor Migrationen, vor „Menschenmassen", die „wie eine Flut" über uns hereinbrechen könnten. Spätestens an diesem Punkt springt der enge Zusammenhang zwischen Privilegienverteidigung und Bevölkerungspolitik - und damit auch die Berechtigung islamistischer Kritik - ins Auge. Eine Kritik also, die an diesem Punkt weder irrational noch reaktionär ist. Hier gilt es eher noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, daß der aktuelle Islamismus auch eine soziale Bewegung darstellt - in den 70er Jahren nicht zufällig zeitgleich entstanden mit einer Reihe anderer Bewegungen in der Dritten Welt gegen Imperialismus und eine ungerechte Weltordnung.

Zum anderen stellt die Berichterstattung über die Allianz von katholischer Kirche und Islamisten ein weiteres Beispiel für das Konstrukt von dem einen Islam und den „islamischen" Gesellschaften dar. Die so oft bemühten Bilder vom rückwärtsgewandten Islam lassen zum Beispiel in den Hintergrund treten, daß gerade der Inbegriff des reaktionären politischen Islam, der Staat der iranischen Mullahs, schon seit geraumer Zeit die Geburtenkontrolle und ihre Methoden predigt und dies aus dem Koran begründet. Vor allem aber reicht uns das Wissen um die vermeintlich klaren Bestimmungen **des** Islam und die Aussagen derjenigen, die in seinem Namen sprechen, gleich ob Islamisten oder andere, wieder einmal dazu aus, die Lebensrealität in den „islamischen" Gesellschaften zu erfassen. Verdammt also auf der einen Seite der polnische Papst die Abtreibung und die „künstliche" Verhütung, so ist uns klar, daß viele Frauen nicht zuletzt in seiner Heimat trotzdem abtreiben und daß die inzwischen auch in Bayern dominierende Zwei-Kinder-Kleinfamilie nicht auf ständigen coitus interruptus zurückzuführen ist. Diese Doppelbödigkeit von religiöser Moral und Alltagsleben wird für unsere Gesellschaften stillschweigend als selbstverständliche Lebensnotwendigkeit erkannt.

Für Menschen muslimischen Glaubens jedoch ist eine solche Lebensweise offenbar per definitionem ausgeschlossen. Erklärt uns also jemand im Namen Gottes, daß der Islam die Verhütung verbiete, so glauben wir ihm dies nicht nur allzuschnell, sondern wir halten diese Aussage auch für eine Beschreibung der Lebenswirklichkeit in den „islamischen" Gesellschaften - für die Beschreibung eines irrationalen, durchgängig religiös bestimmten Verhaltens. Dabei geben nach einer Umfrage in Ägypten unter Frauen, die keine Verhütungsmittel benutzen, gerade ein Prozent die Religion als Grund hierfür an. Tatsächlich haben weite Teile des sogenannten offiziellen Islam auch gar nichts gegen die Verhütung - sie geben sich pragmatisch, wie es für den Iran beschrieben wurde und wie es für tausend andere Fälle zu beschreiben wäre. In diesem Sinn haben historisch der Islam und seine Gelehrten als Instrument der Politik schon immer vergleichsweise fest auf dem Boden der sozioökonomischen Realität gestanden. Vielleicht wäre es also an der Zeit, die Platitüde von der Einheit von Religion und Politik und Alltag in den sogenannten „islamischen" Gesellschaften, die als ein Hauptgrund für deren stagnierende Entwicklung gilt, endlich aufzugeben.

Diese groteske Formel von der Dominanz der Religion in Politik und Alltag bestätigt nämlich lediglich Ideologie und Ideal des Fundamentalismus. Außerdem mündet sie immer wieder in die idealistische Behauptung, daß primär eine Säkularisierung der „islamischen" Gesellschaften notwendig sei, um deren Probleme zu lösen. Der plumpen Forderung nach einer Epoche der Aufklärung der Muslime als Heilsweg, wie sie zuletzt erneut von Bassam Tibi im SPIEGEL erhoben wurde, läßt sich entgegenhalten, daß gerade die Nähe von Politik und Religion bereits zu einer besonderen Flexibilität von islamischen Gelehrten geführt hat - eine Flexibilität, die zwar Armut und Ungerechtigkeit ebensowenig bewältigt wie die Säkularisierung oder die Bevölkerungspolitik, von der wir im Fall des Papstes und unserer katholischen Nomenklatura aber nur träumen können.

Jochen Müller

Hardliner werden nervös

Clintons Kubapolitik schafft neue Probleme, ohne alte zu lösen

Clinton ist der neunte US-Präsident, der Fidel Castro stürzen will. Wie seine Vorgänger geht er davon aus, daß wirtschaftlicher und politischer Druck die kubanische Regierung zum Rücktritt bzw. die Bevölkerung zum Aufstand motivieren kann. Wenn Clintons Politik Erfolg hätte, wäre das das Schlimmste, was den USA passieren könnte, meint der amerikanische Kommentator Saul Landau.

Die Aus- und Einwanderungspolitik steht im Zentrum des Konflikts zwischen Kuba und den USA, seit Castro und seine bärtigen Guerrilleros 1959 eine Revolution machten, die Kubas Unabhängigkeit und die Enteignung US-amerikanischen Besitzes zur Folge hatte. Seit er 1960 die Frechheit hatte, der Sowjetunion den Platz des lieben Onkel Sam anzubieten, führt das Guinness Buch der Rekorde Fidel Castro als Weltmeister in hemisphärischem Ungehorsam. Seither hat er die politische Führungsschicht der USA so gepiesackt, daß sie immer wenn es um Kuba geht, nur noch Zerrbilder wahrnehmen kann. Diese irrationale Haltung der USA hat auch Auswirkungen auf Kuba gehabt und dort viele Debatten und Alternativen verhindert. Jede Veränderung, die Castro einleitet, wird nicht als Evolution in einer veränderten Weltordnung wahrgenommen, sondern als Konzession aus Schwäche. Beide Länder scheinen auf die Vergangenheit fixiert zu sein. Die USA sind entschlossen, Ungehorsam zu bestrafen. Wie die meisten seiner Vorgänger ignoriert Clinton dabei die Weltmeinung und sogar die des Establishments in den USA.

1980 „provozierte" Jimmy Carter Fidel dazu, den Exodus über den Hafen Mariel zuzulassen. 120.000 Kubaner bestiegen dort Boote, die ihnen aus Florida geschickt worden waren, und strömten in die USA. Manche von ihnen waren Gewaltverbrecher oder frisch entlassene Geisteskranke. Carter setzte einige der Neuankömmlinge in Fort Chaffee, Arkansas, fest, wo sie ausbrachen und Dörfer in der Nachbarschaft überfielen, was dem Image des jungen Gouverneurs Bill Clinton erheblich schadete. Mariel trug dazu bei, daß weder Carter noch Gouverneur Clinton wiedergewählt wurden.

Die Rolle der Exilkubaner

Vierzehn Jahre später greift in den USA militante Fremdenfeindlichkeit um sich und Clinton verschärft das Embargo gegen Kuba. Das Resultat - als ob die Gesetze der Physik auch in der Politik wirkten - war, daß allein im August '94 mehr als 20.000 Kubaner in die USA strömten. Der demokratische Gouverneur von Florida, Lawton Chiles, und die Generalstaatsanwältin Janet Reno schickten Notsignale ins Weiße Haus. Chiles befürchtete, nicht wiedergewählt zu werden. Am 19. August erklärte der Präsident, daß die USA keine kubanischen Boat-People mehr aufnehmen, sondern sie in der Basis Guantánamo internieren würden. Darin ein Zeichen von Vernunft zu sehen, wäre jedoch falsch. Clinton sprach anschließend zwei Stunden mit Jorge Más Canosa, dem rechtsradikalen Vorsitzenden der Cuban American National Foundation, CANF. Die CANF, in der extrem Castro-feindliche Geschäftsleute das Sagen haben, hat Abgeordnete bestochen und auch Clinton bei seiner Präsidentschaftskandidatur finanziell kräftig unter die Arme gegriffen. Im Milieu der Exilkubaner Floridas versucht die CANF mit Erfolg, Medien, Politiker und potentielle Dissidenten einzuschüchtern. Seit dem Amtsantritt Ronald Reagans schafft es CANF-Chef Más Canosa geschickt, in der Kuba-Politik den Ton anzugeben. Er überredete Clinton, die Reisemöglichkeiten nach Kuba einzuschränken und die Geldsendungen an Verwandte in Kuba zu unterbinden, um „Castro den Dollar-Hahn abzudrehen". Clinton war einverstanden, er weigerte sich lediglich, auf Más' Vorschlag einzugehen, die US-Marine solle Kubas Häfen sperren. Más versprach Clinton, er werde die kubanische Bevölkerung dazu aufrufen, im Land zu bleiben und sich darauf zu konzentrieren, die Regierung zu stürzen. In Kuba nehmen allerdings nur wenige Más Canosa ernst, viele wissen nicht einmal von seiner Existenz.

In diplomatischen Kreisen Washingtons wundert man sich, wie es einer kleinen Gruppe exilierter Fanatiker gelingen kann, die Politik des US-Präsidenten zu modifizieren. Wahrscheinlich handelt es sich hier nur um ein weiteres Beispiel für die gute alte amerikanische Tradition, die Haltung von Politikern zu bestimmten Sachfragen durch Geldspenden zu modifizieren. Seit Kennedy Castro ermorden lassen wollte und die Invasion in der Schweinebucht versuchte, war kein US-Präsident so entschlossen wie Clinton, Castro zu zeigen, „wo der Hammer hängt".

Ausländischen Beobachtern, die vielleicht nicht glauben wollen, daß die US-Politik von solch banalen Motiven beeinflußt wird, sollte die offenkundige Naivität einiger wichtiger Leute zu denken geben. Als am 28.August die Nachrichten meldeten, daß die US-Küstenwache nur wenige Kubaner auf Flößen aufgegriffen hatte, freute sich ein Staatssekretär im State Department. „Wir haben es geschafft, jetzt, wo sie wissen, daß sie nicht in die USA dürfen, werden nicht mehr so viele kommen."

In Wirklichkeit war an diesem Tag die rauhe See der Karibik schuld. Als sich am 30.August die See wieder beruhigte, kamen wieder Massen von Boat People, die offensichtlich der Ansicht waren, daß ihre Reise in Florida enden würde, nicht in Guantánamo. Die Geschichte hat die Kubaner seit der Revolution gelehrt, daß sie einen Sonderstatus genießen und in Florida willkommen sind. Am 1. September begann der stellvertretende Staatssekretär Michael Skol - er arbeitete zu Reagans Zeiten im Office of Public Information, das Lügen über Zentralamerika verbreitete - Gespräche mit dem kubanischen Politbüromitglied Ricardo Alarcón. Schon vor Beginn der Gespräche erklärte Washington, daß es nur um die Immigration gehen würde, nicht aber um das 34-jährige Handels- und Reiseembargo, eine der Hauptursachen der Migration. Fidel Castro hat sich mit Gelassenheit Clintons Erklärungen angehört, er werde niemals ver-

handeln. Die Kubaner beobachten Clintons Haltung zu Nordkorea, Bosnien und Haiti und das Schicksal seiner innenpolitischen Reformvorhaben und ziehen den Schluß, daß er erst den Mund vollnimmt und dann zurückweicht, sobald Druck auf ihn ausgeübt wird.

Clinton wird nachgeben müssen

Der Exodus ist das Ergebnis der irrationalen Haltung der USA zur Migration von Kubanern. 1984 schlossen die USA mit Kuba ein Abkommen, worin sie sich bereiterklärten, 20.000 Kubaner pro Jahr aufzunehmen. Die Absicht war, genau das Chaos zu vermeiden, das heute stattfindet. Kuba verpflichtete sich, allen, die die USA aufnehmen wollten, Ausreisevisa auszustellen. 1993 stellten die USA nur 3.000 Kubanern Einreisevisa aus; sie ermutigten jedoch jahrelang alle, die illegal das Land verließen, da sie jedem, der floh, Asyl gewährten. Jeder Kubaner, dem das US- Konsulat in Havanna das Visum verweigerte, wurde in Florida als Held willkommen geheißen, wenn er auf einem Floß kam - ohne kubanisches Ausreisevisum.

Clintons Kubapolitik findet allerdings in einem weltpolitischen Kontext statt, der sich von der Zeit seiner Vorgänger unterscheidet. Im August verschlechterte sich die Lage auf Kuba erneut spürbar. Es herrschte Lebensmittelknappheit, nächtliche Stromabschaltungen setzten die Ventilatoren außer Gefecht, Hitze und Moskitos quälten die Menschen. Fähren und andere Boote wurden entführt, und die USA nahmen die Entführer mit offenen Armen auf, auch die, denen vorgeworfen wurde, kubanische Polizisten umgebracht zu haben. Am 5.August brachen in Havanna Unruhen aus, der Auslöser war wohl, daß die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen verschärfte, um weitere Schiffsentführungen zu verhindern. Hunderte von jungen Leuten warfen Steine und plünderten Dollar-Shops im Hoteldistrikt. Noch nie waren die Kubaner so unzufrieden. Unzufriedenheit führt allerdings nicht automatisch zu organisierter politischer Opposition, die gibt es in Kuba kaum. Die meisten von Castros Feinden leben in Florida, dort haben sie großen Einfluß auf die US-Politik, aber nicht auf die kubanische.

Fidel erklärte, Kuba sei nicht länger bereit, die Küsten der USA zu bewachen und Kubaner an der Ausreise zu hindern. Clinton erkannte, daß die ungebremste Immigration die Chancen der Demokraten bei den Wahlen im November schmälern würde, und die USA bei dem Versuch, die Füchtlingsströme aus Kuba und Haiti zu steuern, bald an ihre Grenzen stoßen würden. Die Flüchtlinge in der Basis Guantánamo zu versorgen, kostet 100 Mio.$ im Monat. Am 8.September erklärten sich die USA bereit, das Migrationsabkommen von 1984 einzuhalten. Peinlicherweise muß man, nachdem man Castro jahrzehntelang beschimpft hat, er ließe niemanden aus Kuba heraus, jetzt mit ihm verhandeln, damit er die Auswanderung bremst. Trotzdem fördern die USA zur gleichen Zeit diese Migration weiter, indem sie Handel und Reiseverkehr mit der Insel unterbinden und sogar den Exilkubanern verbieten, ihren Verwandten Geld zu schicken. Diese Maßnahmen werden dazu führen, daß die Kubaner - mit oder ohne Castros Erlaubnis - weiter das Land verlassen.

Weicht die Front der Hardliner auf?

Der Flüchtlingsstrom zwei Monate vor den Kongreßwahlen erhöht nicht gerade die Chancen der Demokraten, ihre Mehrheit in Florida zu verteidigen. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit läßt sogar harte Anticastristen zwischen altem Haß und neuer Furcht schwanken. Alte Hardliner, wie die konservativen Senatoren Alan Simpson und Richard Lugar unterstützen den Aufruf der Washington Post, mit Castro zu verhandeln. Die Manager der Großkonzerne würden gern auf dem kubanischen Markt investieren, der sich zu öffnen beginnt. Andere dagegen sehen die Zeit der Rache kommen: „Das Tier ist verwundet, es ist Zeit, zum Todesstoß anzusetzen", sagt José Solórzano, ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats als Nachfolger von Oberst Oliver North. „Laßt die Schlange nicht unter eurem Stiefel hervorkriechen", scherzt der Kongreßabgeordnete für Florida, Clay Shaw. „Keine Belohnung für Castro" insistiert der Verfasser des „Cuba Democracy"- Gesetzes, das das Embargo verschärft, der Abgeordnete Robert Torricelli aus New Jersey, als ob Fidel der einzige Einwohner der Insel wäre. Aber seit der Flüchtlingskrise sind die Hardliner in der Minderheit.

Experten des CIA haben Clinton gewarnt, daß ein baldiger Sturz Castros sehr wahrscheinlich zu Chaos und Gewalt führen würde. In Kuba würden Massen von Booten landen, mit bewaffneten Exilkubanern, die ihre Verwandten retten oder Rache üben wollten. Es sei mit einer Million Flüchtlingen zu rechnen und die USA könnten sich gezwungen sehen, militärisch zu intervenieren. Das Schlimmste, was Clinton passieren könnte, wäre, daß seine Kuba-Politik ihr Ziel erreicht.

Wie kommt es, daß eine große Supermacht sich selbst in die schwierige Lage manövriert, daß ihre Kuba-Politik keine nachvollziehbare Beziehung zu ihren Interessen mehr hat, dem Ansehen des Präsidenten schadet und die Flüchtlingskrise verschärft?

Eine wichtige Rolle spielt dabei das obsessive Verlangen nach Rache. Fidel Castro hat sich schwer gegen die USA versündigt und muß angemessen bestraft werden. Er hat ungestraft amerikanisches Eigentum konfisziert und die ungeschriebenen Gesetze mißachtet, die die USA für die Länder ihrer Hemisphäre aufgestellt haben, sogar Truppen in ausländische Konfliktherde geschickt, als ob ein kleiner Inselstaat das Recht hätte, sich in die Weltpolitik einzumischen. Jedem anderen solcher Übeltäter haben die USA nur die Wahl zwischen Kapitulation und Tod gelassen.

Außerdem ist Kuba für die USA ein innenpolitischer Faktor. Nicht nur die Demokraten, auch die Republikaner glauben, daß bei den Präsidentschaftswahlen 1996 ein Sieg in Florida wahlentscheidend sein kann. 1992 haben die Demokraten in diesem Staat mit 3% Abstand verloren, 1988 mit 11% Abstand. Clintons Wahlstrategen glauben, daß sie den knappen Abstand mit der Unterstützung rechter kubanischer Geschäftsleute in Miami und einem entsprechend hohen Anteil der knappen Million exilkubanischer Stimmen wettmachen können. Más Canosa, der für sich in Anspruch nimmt, für alle Exilkubaner in Süd-Florida zu sprechen, hat mit politischem Druck und Wahlkampfspenden Politiker beider Parteien dazu gebracht, sich für ein Festhalten an der harten Linie gegenüber Kuba einzusetzen.

Fidel Castro wird gewiß lieber sterben, als zuzulassen, daß Millionäre aus Miami mit Unterstützung der USA in Kuba ans Ruder kommen. Clinton hingegen wird Zugeständnisse machen und wenn sich die Möglichkeit abzuzeichnen beginnt, daß die USA das Embargo aufheben, werden wir miterleben, wie gierige Kapitalisten aus aller Welt nach Kuba strömen, um in lukrative Joint Ventures zu investieren. Die einzigen Verlierer werden die amerikanischen Investoren sein, weil andere ihnen zuvorgekommen sind.

Saul Landau

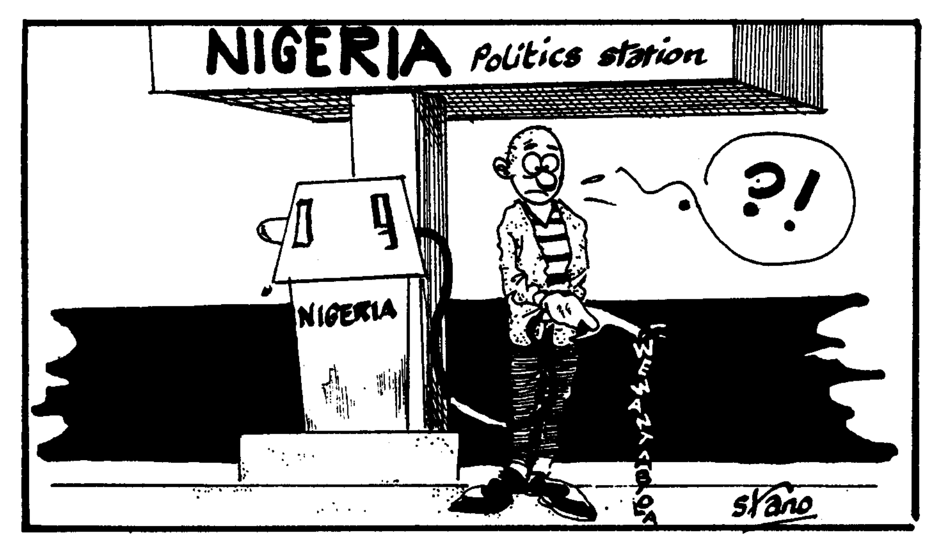
Der Autor ist Mitarbeiter des Transnational Institute in Amsterdam.

Übersetzung: CN

Generäle, Geldsäcke und Gewerkschaften

Das Regime nutzt ethnische Spannungen gegen die Demokratiebewegung

Ein Jahr nachdem das nigerianische Militärregime die Präsidentenwahlen von 1993 annulliert hat, spitzt sich der Kampf um die Einsetzung einer Zivilregierung zu. Nach Demonstrationen und Streiks wurden Hunderte von Oppositionellen verhaftet. Auch der designierte Präsident Moshood Abiola sitzt seit einigen Monaten im Gefängnis. Allerdings ist es den Militärs bisher gelungen, ethnische und machtpolitische Interessenkonflikte ihrer Gegner zu schüren und sich an der Macht zu halten.



Von den 34 Jahren seit der Unabhängigkeit wurde Nigeria 24 Jahre durch Militärs regiert. Die politischen Ambitionen der Offiziere haben dem Land nicht nur eine Serie militärischer Coups gebracht, sondern auch den Biafa-Krieg von 1967 bis '70. Seit einigen Monaten wächst jedoch der Druck auf das Regime, die Macht an eine gewählte Regierung abzugeben. Ab Juni streikten die Beschäftigten im Erdölsektor und im gesamten öffentlichen Dienst, von der Müllabfuhr bis zum Gesundheitswesen.

Den Prozeß der Demokratisierung hatten die Militärs selbst eingeleitet. Bereits im Juni 1993 hatten Präsidentschaftswahlen stattgefunden, die nach dem Urteil aller Wahlbeobachter frei und fair verlaufen waren. Nach den Zwischenergebnissen der Wahl bestand kein Zweifel daran, daß sich Moshood Abiola, ein Yoruba aus dem Südwesten Nigerias, klar gegen seinen Konkurrenten aus dem Norden durchgesetzt hatte. Abiola ist Zeitungsverleger und Besitzer einer Fluglinie sowie einer Ölfirma.

Doch bevor die Wahlkommission das Endergebnis verkünden konnte, ließ General Babangida die Wahl für ungültig erklären, mit der schlichten Begründung, daß beide Präsidentschaftskandidaten korrupt seien. Zwei Monate später mußte Babangida, unter dem Druck rivalisierender Militärs, den Präsidentenpalast räumen. Um die aufgebrachte Öffentlichkeit zu beschwichtigen, wurde zunächst ein ziviler Politiker zum Chef einer Übergangsregierung eingesetzt. Doch schon im November erklärte sich wieder ein General bereit, die Geschicke des Staates zu bestimmen. Auf den Staatsstreich von General Abacha reagierte die Öffentlichkeit zunächst zurückhaltend und gelassen. Denn Abacha hatte seinen Coup einige Tage zuvor mit Vertretern der Opposition abgesprochen. In das neue Kabinett wurde dann auch eine Reihe angesehener Politiker aufgenommen: Anhänger des Wahlsiegers Abiola, Vertreter der Bürgerrechtsbewegung und schließlich der Herausgeber von Nigerias wichtigster Zeitung.

Mit seinem Versprechen, demokratische Verhältnisse zu etablieren, ließ sich Abacha freilich viel Zeit. Bevor ein gewählter Präsident sein Amt übernehmen könne, müsse erst einmal eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Doch das Projekt, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, erschien vielen Beobachtern als ein nutzloses Unternehmen. Nigeria besitzt nämlich seit 1989 eine demokratische Verfassung, an der es - nach Ansicht von Politikern und Juristen - nicht viel auszusetzen gibt. Ihr entscheidender Mangel besteht allein darin, daß sie nie in Kraft gesetzt wurde. Abachas Forderung nach einer neuen Verfassung erregte daher gleich Mißtrauen, daß der General nur Zeit gewinnen wolle, um sich fest in seinem Amt einzurichten. Schon sein Vorgänger Babangida hatte 1985 bei der Machtübernahme erklärt, daß der Militärcoup nur dazu diene, Nigeria wieder auf den Weg der Demokratie zu führen. Das Projekt, eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, hatte allerdings vier Jahre in Anspruch genommen; und bis zur Wahl eines Präsidenten waren weitere vier Jahre vergangen, weil Babangida den Wahltermin mehrmals verschieben ließ.

Das Mißtrauen gegenüber Abachas Demokratisierungsplänen wuchs, als im Mai '94 Details der geplanten Verfassungskonferenz bekannt wurden. Etwa ein Viertel der Delegierten sollte nicht gewählt, sondern von der Armeeführung nominiert werden. Außerdem stellte Abacha klar, daß die Versammlung nur Vorschläge unterbreiten dürfe, über die schließlich das Militär zu befinden habe. Kritiker fragten daher, wozu man Hunderte von Delegierten wählen soll, wenn es letztlich einem elfköpfigen Staatsrat überlassen bleibt, über die künftige Verfassung zu entscheiden. Aus Protest gegen Abacha erklärten mehr und mehr Politiker, daß sie nicht für die verfassunggebende Ver-

sammlung kandidieren würden. Und schließlich bildete sich eine Nationale Demokratische Koalition (NADECO), die die Bevölkerung zum Boykott der Wahlen aufrief.

Die Kampagne gegen die Demokratisierungspläne der Generäle nahm im Juni '94 eine dramatische Wende, als sich Moshood Abiola - ein Jahr nach der annullierten Wahl - selbst zum Präsidenten ausrief und gleich darauf in den Untergrund ging. Auf diese Weise ergab sich die groteske Situation, daß der 'Präsident' des Landes steckbrieflich gesucht und wenige Tage später wegen Hochverrats vor Gericht gestellt wurde. Die Forderungen der Demokratiebewegung konzentrierten sich seitdem darauf, Abiolas Freilassung zu erzwingen. Dem Protest gegen das Militärregime schlossen sich nun eine Vielzahl von Interessengruppen an: Berufsverbände der Anwälte und Ärzte, Vereinigungen von Händlern und Marktfrauen, Studentengruppen sowie Bischöfe der katholischen und anglikanischen Kirche. All die Appelle und Demonstrationen machten jedoch nur offensichtlich, wie wenig sich das Militär von den Institutionen der 'Zivilgesellschaft' beeindrucken läßt. Ein Streikaufruf der 'Campaign for Democracy', eines Zusammenschlusses von Rechtsanwälten und Bürgerrechtsgruppen, fand keine Beachtung; und auch ein Ultimatum von NADECO blieb ohne Wirkung. Selbst die Unternehmerverbände fanden kein Gehör, als sie in ganzseitigen Zeitungsanzeigen die Regierung aufforderten, ihre ruinöse Wirtschaftspolitik zu ändern.

Die Offiziere gerieten erst unter Druck, als sich eine Reihe von Gewerkschaften der Demokratiebewegung anschloß. In der ersten Julihälfte begannen zehn Einzelgewerkschaften einen unbefristeten Streik, um die Militärs zu zwingen, die Wahlentscheidung vom Juni 1993 zu akzeptieren. Von dem Ausstand waren vor allem die Bankbranche und die Ölindustrie betroffen; doch in der Industrieregion um Lagos, wo ein Generalstreik ausgerufen wurde, waren fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten gelähmt. Auf dem Höhepunkt des Streiks wirkten Teile von Lagos und Ibadan wie Geisterstädte. Geschäfte und Märkte blieben geschlossen, öffentliche Gebäude standen leer, die Straßen waren verödet. Das Militär weigerte sich jedoch beharrlich, mit den Gewerkschaften über politische Forderungen zu verhandeln. Als die Welle von Streiks Mitte August noch nicht abgeebbt war, verhängte das Regime drastische Maßnahmen gegen 'ökonomische Sabotage'. Gewerkschaftsführer und Oppositionspolitiker kamen in Haft; den Streikenden wurde per Dekret befohlen, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren; und die Militärgouverneure erhielten Anweisung, notfalls mit Panzern gegen Demonstranten vorzugehen.

Daß die Streiks scheiterten, läßt sich jedoch nicht allein mit der kompromißlosen Haltung der Armeeführung erklären. Entscheidend war eher die innere Zerrissenheit der Gewerkschaften. Ihre Auseinandersetzung mit den Militärs war von Anfang an von ethnischen Konflikten überlagert. Der Streik fand im Norden und Südosten nicht genügend Rückhalt, weil die meisten Ethnien nicht bereit waren, sich für einen Präsidentschaftskandidaten der Yoruba einzusetzen.



In den Straßen von Lagos türmt sich der Müll

Ethnische Polarisierung

Im Gegensatz zu allen früheren Wahlen waren es nicht ethnische oder religiöse Präferenzen, die im Juni 1993 den Ausgang der Präsidentschaftswahl bestimmten. Zu diesem positiven Ergebnis hatte vor allem beigetragen, daß die Wahlkommission nur zwei Parteien zugelassen hatte. Die beiden neugegründeten Parteien, Social Democratic Party (SDP) und National Republican Convention (NRC), waren freilich nicht 'transethnisch' strukturiert, sondern eher 'multiethnisch'.[1] Um die Wahlchancen ihrer Präsidentschaftsbewerber zu erhöhen, mußten sie versuchen, in allen Regionen des Landes ethnische Bündnisse zu schmieden. Bei diesem Bemühen besaß Moshood Abiola einen wichtigen Vorteil. Er stammt zwar aus dem Süden Nigerias, doch gehört er dort zur moslemischen Minderheit, so daß er auch für viele Wähler im Norden akzeptabel erschien. Auf diese Weise war es möglich, daß Abiola selbst im Bundesstaat seines Rivalen eine Mehrheit erringen konnte.

Erst die Militärs haben im nachhinein dafür gesorgt, daß die Wahl zum Gegenstand ethnischer Auseinandersetzungen wurde. An diesem Prozeß der Ethnisierung beteiligten sich dann auch viele zivile Politiker, denn die Annullierung der Wahl war bei vielen von ihnen keineswegs unpopulär. Besonders die Wahlverlierer von der NRC hatten den Eindruck, daß ihnen das eigenmächtige Eingreifen von General Babangida nur Vorteile bringen würde. Im Bündnis mit den Militärs ließ sich mehr erreichen, als die Lotterie demokratischer Wahlen ihnen gebracht hatte. Auch Abiolas Rivalen innerhalb der SDP waren rasch bereit, sich mit den Generälen zu arrangieren. Und selbst enge Verbündete wandten sich von ihm ab. Baba Gana Kingibe, der unter Abiola Vizepräsident werden sollte, ließ sich von dem neuen Regime zum Außenminister ernennen und gehört seitdem zu den erbittertsten Gegnern Abiolas.

Zu den Hardlinern, die sich über die Wahlergebnisse des letzten Jahres hinwegsetzen wollen, zählen vor allem die politischen Führer der Hausa/Fulani. In den Zeitungen von Kano und Kaduna ist zu lesen, daß der Norden Nigerias von einem Präsidenten Abiola nichts zu gewinnen hat. Diese Aussage ist sicher richtig, wenn man sie auf das politische Establishment des Nordens bezieht, das befürchten muß, seine dominierende Rolle in Nigeria zu verlieren.

Auf der Seite der Demokratiebewegung sammelten sich dagegen all jene Politiker, die sich in ihren Ambitionen durch das Militär behindert sahen. Dazu gehörten die zivilen Gouverneure, Senatoren und Abgeordneten, die General Abacha bei seiner Machtübernahme entlassen hatte. Abiola sicherte ihnen zu, daß er sie wieder in ihre Ämter einsetzen würde. Und seine neuen Verbündeten erklärten im Gegenzug, daß sie sich nicht an der verfassunggebenden Versammlung beteiligen würden.

Sobald sich abzeichnete, daß Abiolas Chancen auf das Präsidentenamt wieder stiegen, sprachen sich auch mehr und mehr Yoruba-Politiker dafür aus, die Verfassungskonferenz zu boykottieren. Statt sich den Plänen der Generäle unterzuordnen, sahen sie die Chance, im Gefolge Abiolas direkten Zugriff auf die Macht zu bekommen. Dem Boykottaufruf schlossen sich außerdem die Führer einiger Minoritäten an: der christlichen Minderheit im Norden und marginalisierter Ethnien im Zentrum Nigerias, die sich



Wahlsieger Abiola 1993

von einem Präsidenten aus dem Süden Protektion versprechen.

Der Südosten Nigerias, der von den Igbo dominiert wird, hat sich bislang abwartend verhalten. Zwar sind die Machthaber aus dem Norden unter den Igbo äußerst unbeliebt, doch das Mißtrauen gegenüber den Yoruba ist - seit dem Biafra-Krieg - ebenso groß. Wenn Politiker aus Lagos oder Ibadan an die Generäle appellieren, den Willen des Volkes zu respektieren, sehen viele Igbo darin nichts als demokratische Rhetorik: Denn im Grunde gehe es der Nationalen Demokratischen Koalition nur darum, die künftige Regierung mit Yoruba-Ministern zu besetzen.

Das Mißtrauen gegenüber dem Bündnis aus Abiola-Anhängern und Bürgerrechtsbewegung erscheint nicht ganz unberechtigt. Immerhin haben einige Führer von NADECO unverhohlen ausgesprochen, daß ihnen an einer ethnischen Dominanz gelegen ist: Der Norden, so heißt es, müsse sich damit abfinden, daß die Wahl Abiolas das Machtgefüge zugunsten des Südens verschoben habe. Eine solche Argumentation ist jedoch fatal, wenn es darum geht, demokratische Legitimität zu gewinnen. Den Wählern im Norden wird damit nachträglich bedeutet, daß sie durch ihre Stimme für Abiola die Macht aus den Händen gegeben haben.

Für Angehörige der politischen Klasse ist es im wesentlichen eine Frage der Opportunität, ob sie sich dem Regierungslager oder der Demokratiebewegung anschließen. Politiker, die sich in die verfassunggebende Versammlung wählen ließen, handelten sicher nicht in der Überzeugung, daß Nigeria eine neue Verfassung braucht. Sie beteiligen sich an dem Demokratiespektakel der Militärs, weil es ihre Chancen erhöht, bei der Verteilung von Ministerämtern und anderen Staatspfründen bedacht zu werden. In der Bevölkerung macht sich denn auch niemand Illusionen, was den Zweck der Verfassungskonferenz betrifft, und deshalb beteiligten sich an der Wahl nur 300.000 Nigerianer (bei einer Bevölkerung von etwa 100 Millionen). Die Delegierten hindert das freilich nicht, im Namen ihrer Wähler alle möglichen Vorschläge zu unterbreiten. Gleich zu Beginn der Konferenz wurde vereinbart, daß jeder Teilnehmer zehn Minuten Redezeit erhalten sollte, um seine Vorstellungen vorzutragen. Ende Juli hatten gerade einmal die ersten 250 Delegierten ihre Reden gehalten. Einer von ihnen bemerkte dazu lapidar: "We will be talking and talking for as long as the government will provide the money."[2] Das eigentlich zentrale Thema - die Annullierung der Wahlen - soll jedoch erst in ein paar Monaten als letztes Thema der Konferenz behandelt werden.

Der Streik in der Ölindustrie

Vor dem Hintergrund ethnischer Konflikte wird verständlich, warum sich die Streiks auf die Ölindustrie konzentrierten. Fast alle Raffinerien und Förderanlagen befinden sich im Nigerdelta, im äußersten Süden des Landes. Doch der Reichtum aus den Ölquellen, der dem Staat mehr als 90 % seiner Einnahmen verschafft, wird von Politikern bzw. Militärs kontrolliert, die meist aus dem Norden Nigerias stammen. Jede Regierung hat es bisher verstanden, einen Großteil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft auf Privatkonten im Ausland zu transferieren. Neu ist jedoch, daß die Regierung unter General Abacha fast nichts mehr in die heimische Infrastruktur investiert. Selbst die Gehälter für Lehrer und andere Beamte werden nur noch unregelmäßig und mit großer Verspätung gezahlt. Außerdem läßt das Regime, um seinen laufenden Verpflichtungen nachzukommen, einfach neues Geld drucken. Für die Bevölkerung, die in den 80er Jahren an mäßige Inflationsraten gewohnt war, bedeutet das, daß sie für 1994 mit einer Geldentwertung von 300 % rechnen muß.

Zu den umstrittensten Maßnahmen der jetzigen Regierung gehört es, daß sie feste Wechselkurse eingeführt hat. Devisen sind seitdem nur noch über die Zentralbank erhältlich, und hier entscheiden Politiker nach Belieben, wer Zugang zu den knappen Dollarreserven erhält. Viele Unternehmen haben kaum noch die Möglichkeit, Industriegüter und Rohstoffe zu importieren, so daß die Zahl der Firmenschließungen dramatisch zugenommen hat. Von der staatlichen Mißwirtschaft ist die Ölindustrie besonders stark betroffen. Nigeria ist vermutlich der einzige OPEC-Staat, in dem es wochenlang kaum Benzin zu kaufen gab. Das zuständige Ministerium hatte es einfach versäumt, die Raffinerien instand zu halten. Außerdem wurde ein Teil der Produktion in die Nachbarländer verschoben, wo sich höhere Preise erzielen lassen.

Rückschläge gab es auch bei der Produktion von Rohöl. Die Erdölförderung liegt in der Hand von Joint Ventures, an denen der Staat mehrheitlich beteiligt ist. Die nigerianischen Anteilseigner weigern sich jedoch seit mehr als einem Jahr, ihren Anteil an den Betriebskosten zu zahlen. Auf diese Weise hat Nigerias Regierung 800 Millionen Dollar Schulden angehäuft. Ausländische Partner wie Shell oder Texaco, die sich gezwungen sahen, den Betrieb der Joint Ventures allein zu finanzieren, haben ihre Investitionen nun weitgehend eingestellt. Verbunden damit ist eine Welle von Entlassungen. Nach Angaben von PENGASSAN, einer Gewerkschaft, die höhere Angestellte in der Ölbranche vertritt, hat im ersten Halbjahr 1994 ein Viertel ihrer 12.000 Mitglieder den Job verloren.

Manche Beobachter vermuten, daß die Öl-Multis möglichst viele Arbeiter entließen, um die Regierung unter Druck zu setzen. Falls Shell und Texaco tatsächlich diese Strategie verfolgten, ist es ihnen gelungen, dem Abacha-Regime ihre 'Botschaft' zu übermitteln. Denn die streikenden Arbeiter forderten die Militärs ultimativ auf, die 800 Millionen Dollar Schulden zu zahlen. Um die Korruption in der Ölbranche einzudämmen, wurde außerdem verlangt, daß staatliche Unternehmen privatisiert werden. Desweiteren soll die Regierung den Devisenverkehr liberalisieren und, im Interesse stabiler politischer Verhältnisse, den gewählten Präsidenten in sein Amt einsetzen. Mit diesem Forderungskatalog haben sich die Gewerkschaften auf eine ungewöhnliche Politik festgelegt: Ihr Streik soll das Abacha-Regime zwingen, zentrale Auflagen der Weltbank zu erfüllen. Nur in einem Punkt weichen die Forderungen deutlich von den Vorstellungen der Weltbank ab: Die Regierung wird gedrängt, einen Teil der Ausländer, die in der Ölindustrie beschäftigt sind, aus dem Land zu werfen. Die vielen 'Inder, Rumänen, Italiener, Holländer, Polen' - so heißt es in einer Erklärung von Gewerkschaftssprechern - seien 'unqualifiziert' und außerdem 'überflüssig'.[3]

Neben dem Staat ist die Ölindustrie der größte Arbeitgeber Nigerias. Im Vergleich zu anderen Branchen sind die Arbeiter im Ölsektor besonders gut organisiert, so daß sie sich landesweit die höchsten Löhne sichern konnten. Als ihre Gewerkschaft NUPENG für den 4. Juli einen unbefristeten Streik ausrief, konnte sie jedoch nicht bei all ihren 150.000 Mitgliedern auf Unterstützung rechnen. Die Beschäftigten in den staatlichen Raffinerien und Benzindepots weigerten sich, dem Streikaufruf zu folgen. Es wurde also, wenigstens in den ersten fünf Wochen des Streiks, weiterhin Benzin raffiniert und in die Depots gepumpt. Für die Regierung stellte sich nur das Problem, den Transport zu den Tankstellen sicherzustellen. Private Besitzer von LKWs waren nicht bereit, ihre Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen, da sie befürchten mußten, von streikenden Fahrern attackiert zu werden. Das Militär konfiszierte deshalb Hunderte von Tankfahrzeugen und ließ Armeeangehörige den Transport übernehmen. Dem Regime kam außerdem zugute, daß sich die NUPENG-Sektionen in Nordnigeria dem Streik nicht angeschlossen hatten. Fahrer

aus dem Norden steuerten weiterhin die Depots im Süden an und versorgten die eigenen Bundesstaaten mit Benzin. Auf diese Weise kam es zum direkten Konflikt zwischen den beiden Fraktionen der Gewerkschaft. LKW-Fahrer aus dem Süden blockierten die Depots, um zu verhindern, daß der Norden mit 'ihrem' Benzin beliefert wird.

Der Einsatz der Armee, um den Streik zu unterlaufen, hatte nur begrenzten Erfolg, weil der Armeeführung die Kontrolle über ihre Soldaten entglitt. Militärangehörige, die als Fahrer eingesetzt waren, um Tankstellen zu beliefern, zogen es vor, ihre Ladung an Schwarzmarkthändler zu verkaufen. Ähnlich verhielten sich Soldaten, die zu den Tankstellen abkommandiert waren, um den Verkauf zu überwachen. Statt sicherzustellen, daß Benzin zum offiziellen Preis abgegeben wird, verlangten sie, an den illegalen Geschäften beteiligt zu werden, mit dem Effekt, daß sich die Preise weiter erhöhten. In der Presse häuften sich auch Berichte, daß Armeeangehörige die Gelegenheit nutzten, um Autofahrer auszurauben, und deshalb mußte man sie in einigen Bundesstaaten wieder in die Kasernen zurück beordern.

Der Streik hatte also nicht zur Folge, daß die Versorgung mit Treibstoff unterbrochen wurde; er sorgte eher für eine Umverteilung. Davon profitierten in erster Linie Armeeangehörige und Schwarzmarkthändler, die nun mehr als das Zehnfache der offiziellen Preise verlangen konnten. Daß sich die Transportkosten enorm erhöhten, hatte für die Wirtschaft einschneidende Folgen. Viele Fabriken mußten schon deshalb schließen, weil sich ihre Beschäftigten nicht mehr die Fahrt zur Arbeit leisten konnten. Auch der Postverkehr kam für zwei Monate zum Erliegen, und in einigen Regionen brach die Stromversorgung zusammen. Durch die Streiks in anderen Bereichen kam hinzu, daß Nigerias Häfen geschlossen wurden, und auch der Flugverkehr war empfindlich gestört. In Lagos, wo 60 % der Industriegüter erzeugt werden, sorgte schließlich der Generalstreik dafür, daß die meisten Fabriken bis Mitte August geschlossen waren.

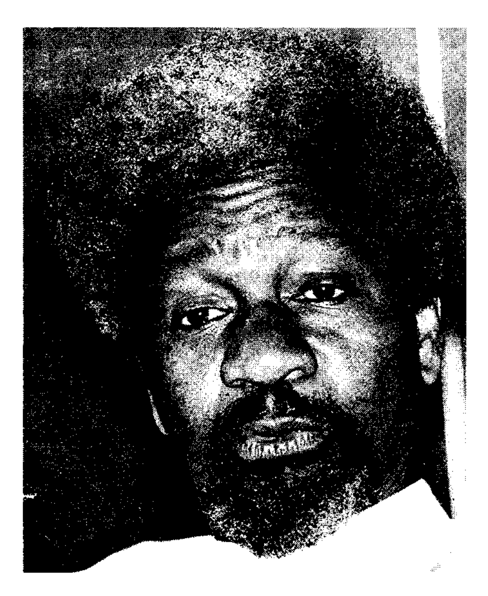
Die Reaktion der Regierung

Angesichts der enormen Verluste für die Wirtschaft hätte man erwarten sollen, daß sich die Regierung zu Zugeständnissen bereit erklärt. Doch die Bereitschaft, einen Ausgleich konfligierender Interessen zu suchen, ist in Nigeria nicht stark ausgeprägt. Für Regierungschefs wie Abacha, die sich an die Macht geputscht haben, geht es um Alles oder Nichts: Nur wer nichts von seiner Macht preisgibt, behält die Kontrolle über die Milliardeneinnahmen aus dem Ölgeschäft. Der Ölreichtum hat somit dazu beigetragen, die politische Kultur zu ruinieren: "Power is overpriced in Nigeria so that the contest for it becomes a matter of life and death."[4]

Es gehört zur politischen Kultur Nigerias, daß sich die Regierung (so wie andere Konfliktparteien) nicht an Absprachen oder Verträge hält. Lohnerhöhungen, auf die man sich in mühsamen Verhandlungen verständigt hat, werden rasch wieder zurückgenommen, sobald die Gewerkschaften ihren Streik beendet haben. Gegenüber dieser Willkür des Staates gibt es keine Instanz, an die man appellieren könnte, denn selbst die Entscheidungen höchster Gerichte werden von den Behörden mißachtet. Als die Regierung Anfang Juli die Ölarbeiter zu Verhandlungen einlud, weigerten sich die Gewerkschaftsvertreter zu kommen, weil sie befürchteten, bei dieser Gelegenheit gleich verhaftet zu werden. Am 20. Juli kam es dann doch zu einem Treffen, doch die Regierungsseite bereitete ihren Gästen einen üblen Empfang. Sobald die Gewerkschafter den Konferenzraum betraten, standen sie laufenden Kameras gegenüber. Das Fernsehteam wollte offenbar den Moment festhalten, in dem der Regierungsvertreter dem NUPENG-Präsidenten die Hand reicht, um abends im staatlichen Fernsehen die Nachricht zu verbreiten, die Verhandlungsführer hätten sich geeinigt und der Streik sei abgesagt. Bei den Verhandlungen selber hatte die Regierungsseite offenbar nicht die Absicht, eine Verständigung zu erzielen. Ihre Delegation erklärte einfach, sie sei nicht befugt, über politische Forderungen zu verhandeln. Ihr Verhandlungsangebot bestand allein darin, die Gewerkschaften aufzufordern, den Streik im Interesse der 'notleidenden Massen' abzubrechen.

Während sich die Verhandlungen ergebnislos hinzogen, versuchte die Regierung, einzelne Gewerkschaftsführer zu bewegen, separate Vereinbarungen zu treffen. Im Erdölzentrum Warri war der lokale NUPENG-Sekretär - nach einigen Tagen Polizeihaft - bereit, eine Fernseherklärung zu verlesen, in der er seine Kollegen aufforderte, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Um die Produktion in der Raffinerie von Warri aufrechtzuerhalten, mußten die Beschäftigten unter der Aufsicht von Soldaten arbeiten. Diese Form militärischer Kontrolle brachte jedoch nicht den erwünschten Erfolg. Als Arbeiter in einer anderen Raffinerie von Soldaten grob behandelt wurden, schlossen sich sämtliche NUPENG-Mitglieder in den Staatsbetrieben dem Streik an. Nach fünf Wochen Krisenmanagement hatte es die Regierung also soweit gebracht, daß die Benzinproduktion völlig zum Stillstand gekommen war. Da die Reserven in den Depots nur noch für wenige Wochen reichten, wurde in Regierungskreisen schließlich erwogen, Benzin aus Libyen zu importieren.

In der Armeespitze blieb es wochenlang umstritten, wie man den Streikenden gegenüber auftreten soll. Erst am 17. August wandte sich General Abacha in einer Fern-



Für Protest mit Paßentzug bestraft: der Schriftsteller Wole Soyinka

sehansprache an die Öffentlichkeit und kündigte ein hartes Durchgreifen an. Die beiden Ölgewerkschaften sowie der Dachverband der Gewerkschaften NLC würden unter Staatsaufsicht gestellt und einige ihrer Führer verhaftet. Die Streiks gingen freilich weiter, und deshalb wurde den Arbeitern ein Ultimatum gestellt. Den Banken etwa wurde gedroht, sie würden ihre Lizenzen verlieren, wenn sie ihre Filialen nicht bis zum 23. August öffnen. In der letzten Augustwoche nahmen die Bankangestellten wieder die Arbeit auf, wenige Tage später folgten die meisten Beschäftigten in der Ölindustrie.

Die Ethnisierung der Machtfrage

In der Presse wurde spekuliert, daß General Abacha unter dem Druck der Hausa/Fulani-Elite gehandelt habe. Der Sultan von Sokoto soll ihn gewarnt haben, daß der Norden politischen Selbstmord begehe, wenn das Militär die Macht an Abiola abgebe. Die Funktion der Armee wäre es also - nach dieser Darstellung -, die jahrzehntelange Vorherrschaft des Nordens abzusichern. Viele Nigerianer haben in der Tat den Eindruck, daß sie nicht mit der Armee Nigerias konfrontiert sind, sondern mit einer Armee des Kalifats Sokoto, die den Süden des Landes besetzt hält.

Gegen die Annahme, die feudale Oligarchie im Norden würde die Armee kontrollieren, spricht jedoch, daß hohe Offiziere für einen Dialog mit Abiola plädiert haben. Unmittelbar nach der Verhaftung der Gewerkschaftsführer wurden daher die Kommandeure des Heeres unter der Marine ihrer Ämter enthoben. Da Abachas Position in der Armee nicht gesichert ist, hat er wohl von sich aus bei den Herrscherfamilien im Norden nach Rückhalt gesucht. Seine Politik der ethnischen Konfrontation hat das



Demonstration von Anhängern Abiolas

Militärregime stabilisieren können; für die Zukunft Nigerias dürfte es jedoch fatal sein, daß Abacha keinen Konsens gesucht hat. Denn die Forderung aus dem Südwesten, den gewählten Präsidenten in sein Amt einzusetzen, ist völlig legitim. Das Militär hat nie einen Grund genannt, warum Abiola nicht geeignet sein sollte, den Staat zu führen. Während des Wahlkampfs hatte es Abiola sorgfältig vermieden, irgendwelche ethnischen oder religiösen Gruppen zu diskriminieren. Wenn ihm dennoch nicht die Möglichkeit gegeben wurde, das Mandat der Wähler wahrzunehmen, können die Yoruba daraus nur eine Folgerung ziehen: Daß sie, als die zweitgrößte Ethnie Nigerias, nicht das Recht haben, den Präsidenten zu stellen.

Mit der Entscheidung, Abiola zur Fahndung auszuschreiben, legte es Abacha offenbar darauf an, die Yoruba zu demütigen. Jeder Nigerianer wußte, wie der Sieger der Präsidentenwahl aussieht; trotzdem ließ es sich die Regierung nicht nehmen, eine Personenbeschreibung zu veröffentlichen. Und da der Gesuchte aus dem schwarzen Süden des Landes stammt, haben die etwas helleren Machthaber aus dem Norden ihren Gegenspieler auf ziemlich boshafte Weise beschrieben: 'Dunkle Hautfarbe, dicke Lippen, stottert.' - Als Abiola dann verhaftet war, wurde ihm nicht gestattet, sich mit seinem Rechtsanwalt in seiner Muttersprache zu unterhalten.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Ressentiments gegen die Machthaber aus dem Norden tribalistische Züge annehmen. Der Tribalismus der Yoruba ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern das Resultat der aktuellen Ausgrenzungspolitik. Bis in die Kolonialzeit hinein hat es die Yoruba als Stamm, Nation oder sonstige politische Einheit nicht gegeben. Sie begannen erst, sich als Einheit zu begreifen, als sie das Gefühl hatten, ein kollektives Schicksal zu erfahren. Den Yoruba wird beigebracht, daß niemand von Ihnen auf Gerechtigkeit hoffen kann, solange der Staat von Hausa/Fulani kontrolliert wird.

Gegen die Übermacht von Polizei und Armee konnten die Demonstranten in Lagos oder Ibadan nichts ausrichten. Ihre Wut richtete sich daher mehr und mehr gegen 'Verräter' in den eigenen Reihen, vor allem gegen Politiker aus dem Yorubaland, die sich an der Verfassungskonferenz beteiligten. Auch Minister aus dem Südwesten sahen sich angegriffen. Einige ihrer Häuser wurden geplündert und niedergebrannt, so daß sich die Betroffenen aus Furcht vor weiteren Angriffen nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigten. Einer von ihnen, der Minister für Arbeit und Wohnungsbau, wurde zufällig mitten in Lagos auf einer Beerdigung entdeckt. Innerhalb weniger Minuten fanden sich Hunderte von Demonstranten zusammen und versuchten, ihn zu lynchen.

Bedenklicher als solche Konflikte unter den Yoruba ist sicher, daß sich die Racheakte auch gegen Angehörige anderer Ethnien richteten. In Lagos wurden Igbo-Händler attackiert, weil sie ihre Protestaktionen gegen die Regierung nach einer Woche abbrachen und die Geschäfte wieder öffneten. Unter der Igbo-Bevölkerung, die sich noch gut an die Pogrome der 60er Jahre erinnert, werden solche Übergriffe genau registriert. Es wächst das Mißtrauen gegenüber den Yoruba, und damit schwindet die Bereitschaft, sich für die Präsidentschaft von Moshood Abiola einzusetzen.

Die Spaltung der Gewerkschaften

Die Konfliktstrategie des Abacha-Regimes hat dazu geführt, daß alle politischen Gruppierungen sich gegenseitig verdächtigen, nichts als ethnische Interessen zu verfolgen. Es ist daher schwer, eine Grundlage zu finden, auf der man gemeinsam handeln kann. Den Hausa/Fulani ist sicher nicht daran gelegen, daß ein Yoruba in den Präsidentenpalast einzieht. Sie dürften jedoch ein Interesse daran haben, daß der künftige Präsident von der Bevölkerung gewählt ist, und vor allem, daß er wieder abwählbar ist. Dieses Interesse, das einen Großteil der Bevölkerung verbindet, wird von keiner der politischen Parteien ernsthaft vertreten. Wahrscheinlich hätten nur die Gewerkschaften durchsetzen können, daß sich die politischen Akteure den Regeln demokratischer Kontrolle unterwerfen. Der Präsident des Nigerian Labour Congress, Paschal Bafyau, unterhält allerdings enge Kontakte zu den Militärs. Um diese guten Beziehungen zu pflegen, ließ ihn die Regierung zum Delegierten für die Verfassungskonferenz ernennen. Als sich Mitglieder von NADECO mit Gewerkschaftsvertretern trafen, um über

einen Streik für Abiola zu beraten, beeilte sich Bafyau, die Arbeiter davor zu warnen, sich von 'politischen Geldsäcken' mißbrauchen zu lassen. Ähnlich wie Bafyau wandten sich auch die Beamtengewerkschaft und andere konservative Gewerkschaften gegen einen politischen Streik. Entscheidend aber war, daß die Gewerkschaften entlang von ethnischen Linien gespalten waren. Bei einem Kongreß am 18. und 19. Juli, zu dem sich die Spitzen der 42 Einzelgewerkschaften trafen, fand diese innere Zerrissenheit sichtbaren Ausdruck. Der NLC-Präsident hatte die Sitzordnung so arrangiert, daß die Delegierten nach Regionen geordnet Platz nahmen. Gewerkschafter aus dem Süden, die den Rücktritt von General Abacha forderten, saßen Delegierten aus dem Norden gegenüber, die eine Solidaritätserklärung für die Regierung verabschieden wollten.

Als sich abzeichnete, daß die Forderung, Abiola als Präisidenten einzusetzen, keine Mehrheit finden würde, änderten die Pro-Demokratie-Delegierten ihre Strategie. Sie insistierten nun darauf, daß die Regierung alle politischen Gefangenen, einschließlich Abiola, freilassen müsse. Auf Grundlage dieser Forderung ließ sich schließlich ein Kompromiß erzielen. Der NLC stellte den Militärs ein Ultimatum, und am 3. August begann tatsächlich ein unbefristeter Generalstreik. Die Regierung reagierte prompt, lud die NLC-Führung zu Verhandlungen ein und versprach, Abiola in einigen Tagen freizulassen. Der NLC-Präsident berief daraufhin eine Pressekonferenz ein und erklärte den Streik nach zwei Tagen für beendet. Andere Teilnehmer der Verhandlungsdelegation boykottierten jedoch die Pressekonferenz. In einer separaten Erklärung kritisierten sie den 'Opportunismus' der Bafyau-Gruppe, die sich mit vagen Zusagen hatte abspeisen lassen. Bafyau wiederum fühlte sich von den 'radikalen' Kräften bedroht, so daß er bei weiteren Gewerkschaftstreffen nur noch mit Bodyguards der Regierung auftrat.

Daß es zu keiner wirksamen Allianz mit der Demokratiebewegung kam, läßt sich nicht einfach dem 'Verrat' einiger Funktionäre anlasten. Dem Versuch, einen landesweiten Streik durchzusetzen, standen vor allem die ethnischen Bindungen der Gewerkschaftsmitglieder entgegen. Die NLC-Vertreter in der Region um Lagos hatten schon am 12. Juli, ohne ein Mandat der nationalen Gewerkschaftsführung, einen Generalstreik ausgerufen. Und als Bafyau den Streik für beendet erklärte, wurde diese Weisung einfach ignoriert. Im Gegensatz dazu hatten die NLC-Sektionen in Kano und Kaduna, den wichtigsten Industrieregionen des Nordens, bereits vor der nationalen Konferenz erklärt, daß sie sich auf keinen Fall einem politischen Streik anschließen würden. Der Aufruf zum Generalstreik wurde aber auch in anderen Regionen kaum befolgt. Ein Gewerkschaftsführer aus Abuja, im Zentrum Nigerias, nannte als Grund, warum er seine Mitglieder nicht mobilisiert habe: Die NLC-Zentrale in Lagos habe, um den Generalstreik auszurufen, viel Geld bekommen. Doch statt einen Teil davon weiterzuleiten, habe sie alles für sich behalten.[5]

Im Südosten, unter den Igbo, wo der Streik ebenfalls wenig Unterstützung fand, hatte ich Gelegenheit, mit einigen Gewerkschaftsmitgliedern zu sprechen. Sie erklärten mir, daß sie und ihre Familien schon genug unter dem Streik der Ölarbeiter zu leiden hatten. Warum sollten sie nun riskieren, ihr Gehalt für August zu verlieren? Und all das, um einen Yoruba-Politiker an die Macht zu bringen? 'Die Yoruba rufen nach Demokratie, weil einer von ihnen nicht das Präsidentenamt bekommen hat. Aber wo waren die Yoruba, als wir um unseren Platz in der Regierung betrogen wurden?'

Die politische Klasse und das Militär

Für die Weigerung, sich dem Streik gegen die Militärs anzuschließen, gaben Gewerkschafsführer aus dem Norden eine eigenwillige Begründung: Die Krise um die annullierten Wahlen "(is an) intra-class conflict among the ruling class. (...) whether military or civilian, a ruling class is always a ruling class"[6]. Diese Erklärung erscheint zynisch, wenn es darum geht, ein Militarregime zu tolerieren, das gerade Hunderte von Oppositionellen verhaftet hat. Sie drückt jedoch eine weitverbreitete Skepsis aus, daß es den zivilen Politikern nur vordergründig um Demokratisierung geht. Als Kämpfer für eine demokratische Erneuerung wirkt Abiola jedenfalls wenig überzeugend. Während des Wahlkampfes hatte er erklärt, Nigeria sei die Nummer Eins in der Welt, wenn es um schmutzige Tricks in der Politik geht. Er selber ist mit solchen Tricks seit Jahren vertraut. Nach Schätzungen besitzt er ein Vermögen von zwei Milliarden Dollar, und diese Summe läßt sich nur zusammentragen, wenn man gute Kontakte zur Regierung unterhält. Abiola gehörte zu den größten Nutznießern des Militärregimes. General Babangida verschaffte ihm nicht nur Regierungsaufträge, er ebnete ihm auch den Weg für seine politische Karriere. Die Freundschaft mit Babangida - so meinte Abiola damals - stehe so unerschütterlich fest 'wie der Felsen von Gibraltar'. Deshalb ist es bis heute ein Gegenstand von Spekulationen, warum Babangida die Wahl seines Freundes annulliert hat.

Nach Ansicht mancher Beobachter war Babangidas Demokratisierungsprogramm so angelegt, daß nur die korruptesten Politiker die Chance bekamen, die Macht von den Militärs zu übernehmen. Nur so konnten die Generäle sicher sein, bald wieder einen Vorwand zu finden, in die Geschicke des Landes einzugreifen. Babangida mischte sich daher nach Belieben in die Auswahl der Präsidentschaftsbewerber ein, belegte zahlreiche Kandidaten mit einem Politikverbot, ließ sie verhaften und wieder freisetzen. Mitte 1992 standen endlich 23 Bewerber fest, zwischen denen das Rennen ums Präsidentenamt ausgetragen werden sollte. Doch Babangida disqualifizierte sie alle, und die Kür der Kandidaten mußte von neuem beginnen. Bei der Nominierung ihrer Präsidentschaftsanwärter benutzten beide Parteien ein indirektes Wahlverfahren, mit einem System von Wahlmännern, das die reichsten Bewerber begünstigte. Die Militärregierung unternahm nur halbherzige Versuche, den Kauf von Parteiämtern zu unterbinden. Bei den entscheidenden Parteitagen, als die Präsidentschaftskandidaten beider Parteien bestimmt wurden, ließ sie alle Delegierten beim Betreten der Konferenzgebäude nach Schußwaffen und Geldbündeln untersuchen. Trotzdem setzte sich bei der SDP mit Abiola der reichste Politiker durch. Und ähnlich verlief die Nominierung bei der NRC, wo Bashir Tofa, ein Vertreter der 'Kaduna-Mafia'[7], den Sieg davontrug. Die Wahl zwischen beiden war frei und fair, aber für die Bevölkerung wenig attraktiv. Deshalb beteiligte sich nur eine Minderheit von 14 Millionen Nigerianern an der ersten Präsidentschaftswahl seit zehn Jahren.

Abiola hatte in seinen Wahlsieg viel Geld investiert. Nach der Annullierung der Wahl schien ihm daher jedes Mittel recht, das Präsidentenamt doch noch zu erobern. Wie erst Monate später bekannt wurde, hatte General Abacha versucht, Abiola für seinen Putsch vom November 1993 zu gewinnen und hatte ihm zugesichert, ihn am 1. April ins Präsidentenamt einzuführen. Als sich der General nicht an seine Zusage hielt, suchte Abiola wieder ein Bündnis mit Babangida. Dabei beging er die Unvorsichtigkeit, Briefe an seinen 'lieben Bruder' zu schreiben. Babangida nutzte diese Chance, Abiola zu kompromittieren, indem er die Briefe der Presse zuspielte.[8]

Der Übergang zur Demokratie gestaltet sich schwierig, weil sich die zivilen Politiker gegenseitig den Militärs ausliefern. Hätten die Parteiführer der unterlegenen NRC gleich nach der Wahl ihrem Rivalen Abiola zum Sieg gratuliert, wäre die Armee kaum in der Lage gewesen, sich über das Votum der Bevölkerung hinwegzusetzen. Daß politische Parteien kaum bereit sind, Siege und Niederlagen zu akzeptieren, hat freilich gute Gründe. Denn wer sich in die Rolle der Opposition gedrängt sieht, wird - nach allen bisherigen Erfahrungen - nie die Chance erhalten, die Macht auf legalem Wege zu gewinnen. Ein Rückblick auf die Geschichte zeigt, daß den zivilen Regierungen ebensowenig wie den Militärs an einer demokratischen Kontrolle gelegen ist. Seit der Unabhängigkeit Nigerias hat jede Regierung ihre Kontrolle über den Staatsapparat erolgreich genutzt, um faire Wahlen zu verhindern.

Von zivilen Politikern ist auch nicht zu

erwarten, daß sie im Umgang mit öffentlichen Geldern mehr Zurückhaltung zeigen. Die letzte zivile Regierung, die sich von 1979 bis '84 im Amt hielt, war nicht nur berüchtigt für massive Wahlfälschungen; sie hat auch die Staatskassen mit größerer Hast geplündert als alle ihre Vorgänger. Als die Militärs sie von der Macht verdrängten, mußte sich Umaru Dikko, die dominierende Figur im Kabinett, nach England absetzen. Damals forderten die Generäle vergeblich seine Auslieferung, damit er sich für die Unterschlagung von 3,5 Milliarden Britischen Pfund vor Gericht verantwortet. Nach zehn Jahren im Exil durfte Dikko im Juni zurückkehren. Und das Militär, das ihn einst wie einen Aussätzigen behandelt hatte, bereitete ihm einen feierlichen Empfang, so als handele es sich um einen Staatsgast. In der Presse hieß es über die Rückkehr des Ausgestoßenen: 'Government has licked up its own vomit.' Als der neue starke Mann im Norden hofft Dikko, daß er die Macht von den Militärs übernehmen kann. Eine zivile Regierung unter seiner Kontrolle würde jedoch nichts dazu beitragen, die ethnischen Spannungen abzubauen. Ethnizität und Religion sind für Dikko probate Mittel, um politische Rivalen auszuschalten. Seine Angriffe richten sich vor allem gegen Abiola, der angeblich daran beteiligt war, ihn ins Exil zu treiben. Beide Politiker nutzen nun Nigerias Politik als Arena, um ihre private Vendetta auszutragen. Abiola - so erklärte Dikko in einem Interview - habe ihn zehn Jahre lang beschimpft. Doch nun sei die Zeit gekommen, Abiola und dem ganzen Südwesten eine Lektion zu erteilen: "Our tribe is now up." "Anybody who doesn't want me can jump into the sea."[9]

Giovanni Geriani

Anmerkungen

1 R.T. Suberu: Federalism and the Transition. In: B. Caron/A. Gboyega/E. Osaghae (eds): Proceedings of the Symposium on Democratic Transition in Africa. University of Ibadan 1992, S. 327.
2 The Guardian (Lagos), 12.7.94.
3 The Guardian, 8.7.94.
4 Claude Ake: Time for a Democratic Agenda. In: Tell, 22.8.94.
5 African Guardian, 15.8.94, S. 10.
6 The Guardian, 11.8.94.
7 Stadt in Nordnigeria
8 African Guardian, 21.3.94, S. 19 ff.
9 African Guardian, 8.8.94, S. 17, 16.

Kohl in Jerusalem ?

Politik und Positionen der PFLP in den besetzten Gebieten

Neben der islamistischen Hamas ist die PFLP die stärkste Partei, die das Abkommen zwischen der PLO und Israel ablehnt. Abgekommen scheint sie mit der Zeit allerdings auch von ihrer ML- Orientierung zu sein. Das zeigt ein Interview mit Dr. Majid Tabib*, einem Arzt aus Beit Sahur, der der PFLP nahesteht.

Wie sieht die Politik der PFLP nach dem palästinensisch- israelischen Abkommen aus?

Die Partei wird - und das ist Konsens in der palästinensischen Gesellschaft - dem Abkommen auf demokratische Art und Weise widersprechen. Ob das den oppositionellen Parteien jedoch erlaubt wird, bleibt noch abzuwarten. Viele befürchten, daß sich eine Ein-Parteien-Herrschaft herausbilden wird und daß eine autoritäre Entwicklung beginnt, in der kritische Parteien und Organisationen verboten und aus dem öffentlichen Leben verbannt werden, wie es schon die Besatzungsmacht Israel praktiziert hat. Für nichts anderes ist die palästinensische Polizei da. Inzwischen ist schon die erste Zeitung verboten worden. Auch die europäischen Länder tragen Verantwortung für einen solchen Prozeß, indem sie nur die Fatah unterstützen und Kritiker des Abkommens ignorieren oder sogar finanziell austrocknen lassen - z.B. die sozialen Einrichtungen der PFLP wie Kindergärten und Kliniken. Die gesamten Hilfsprogramme wenden sich an Institutionen und Projekte, die Fatah nahestehen. Hier bahnt sich eine Entwicklung an, die wir schon oft in Entwicklungsländern beobachten mußten: die Etablierung und Förderung eines Ein-Parteien-Systems. An sich demokratisch gesinnte Aktivisten werden so radikalisiert und quasi in den Untergrund getrieben. Ist das die demokratische Entwicklung, die die westlichen Staaten immer propagieren?

Glauben Sie, daß auf die politische und militärische Besatzung eine ökonomische Kolonisierung der palästinensischen Gebiete durch Israel und die westlichen Staaten folgt?

Das wird Israel und den westlichen Staaten schon deshalb nicht gelingen, weil die Wirtschaft zu marode ist. Die palästinensische Wirtschaft ist nach 27 Jahren Besatzung in einem solch schlechten Zustand, daß sich Investitionen nicht lohnen werden. Jericho ist ein winziges Gebiet von 25 Quadratkilometer und in Gaza wird die Alleinherrschaft von Fatah die katastrophalen Zustände nicht beseitigen können. Was den anderen Teil der besetzten Gebiete betrifft, so wollen die israelischen Autoritäten hier Bantu-ähnliche Gebilde schaffen. Doch eine Reihe kleiner palästinensischer Enklaven wie Nablus, Ramallah oder Jenin, die nicht miteinander verbunden sind und nicht unabhängig von Israel existieren können, werden keine positive wirtschaftliche Entwicklung erleben.

Sind Sie für Investitionen westlicher und israelischer Firmen? Die PFLP hat sich doch immer gegen wirtschaftliche Kontrolle durch imperialistische Staaten gewandt...

Es wird keine nennenswerten Investitionen geben. Die Gebiete sind zu rückständig. Ohne Pluralismus im westlichen Sinne kann keine Wirtschaft gedeihen. Die Erfahrungen mit den sozialistischen Systemen im Ostblock zeigen dies. Es muß gewährleistet sein, daß die Menschen sich politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich frei betätigen können. Eine Autonomie arbeitet solchen Prämissen per definitionem entgegen: Export, Import, Ausreise, Einreise - alles ist durch die israelischen Behörden reglementiert und eingeschränkt. Ohne die Etablierung eines Staates mit Gesetzen, die für alle gelten, mit Rechten und Aufgaben jedes einzelnen, mit freien Wahlen und freier politischer Betätigung kann keine Wirtschaft gedeihen. Die palästinensische Gesellschaft ist eine demokratische - sie wird lediglich daran gehindert, ihre Institutionen nach demokratischen Prinzipien zu gestalten. Die Forderung der PFLP nach mehr demokratischen Rechten entspricht dem, was der einfache Mensch auf der Straße denkt.

Was sind die Forderungen der PFLP bezüglich des Friedensprozesses?

Die Frage des Rückkehrrechts für Flüchtlinge ist nicht verhandelbar. Sicherlich sind Konzessionen denkbar - das Existenzrecht Israels ist seit dem Palästinensischen National- Kongreß (PNC) von Algier 1988 immerhin auch von der PFLP anerkannt -, aber es steht niemandem zu, meinem Vater zu sagen: "Du hast kein Recht, in dein Heimatdorf zu gehen." Stopp der Siedlungen, Rückzug aus den besetzten Gebieten von 1967 einschließlich Ostjerusalems, das sind weitere Grundsätze. Wie der Status von Jerusalem endgültig aussehen wird, kann verhandelt werden, wenn Frieden herrscht. Wenn ein gerechter Frieden erst garantiert ist, wenn Recht und Ordnung eingekehrt sind, wenn das öffentliche Leben nach demokratischen, pluralistischen Prinzipien funktioniert, dann kann Jerusalem von mir aus auch von Nelson Mandela oder Helmut Kohl regiert werden.

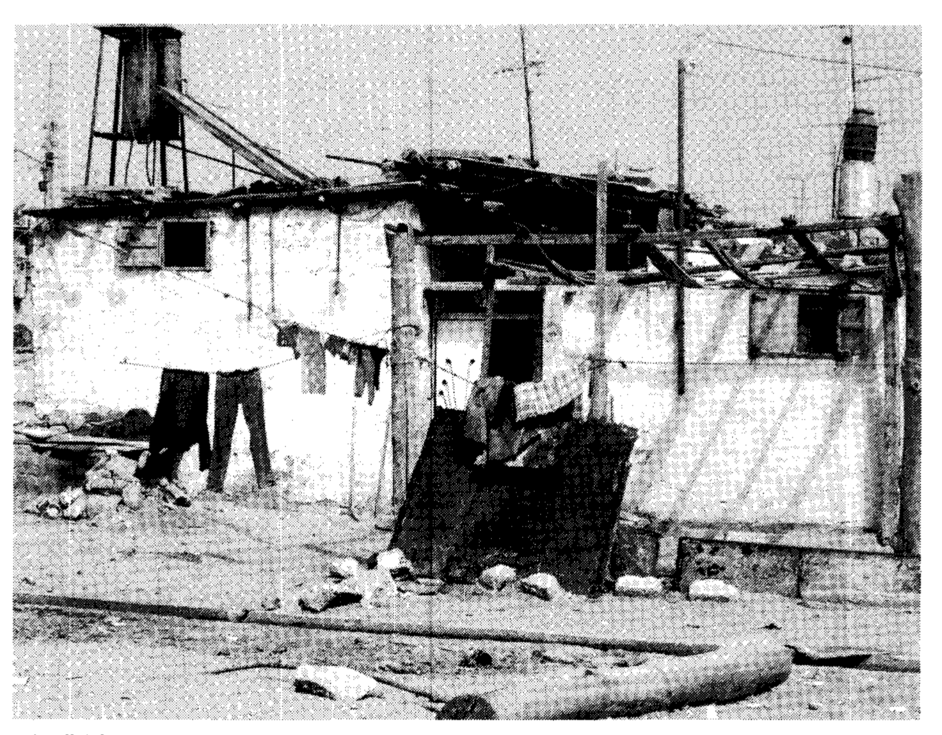
Wie ist Ihre Einschätzung zum jüngsten Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien? Welche Auswirkungen hat es auf die palästinensische Gesellschaft?

Kein Mensch weiß das, nicht einmal die PLO-Führung. Da steckt keine globale Vorstellung dahinter. König Hussein betreibt eine Politik der kleinen Schritte: erst handeln, dann schauen, was die Folgen sind. Ihm ist kein Vorwurf zu machen. "Wenn die Palästinenser einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnen, warum sollten ihnen die Jordanier, Syrer etc. nicht folgen? Hussein war fair. Er wußte nichts von dem Osloer Abkommen. Er sagte damals: "Wenn die PLO mich nicht unterrichten will und ihre Politik autonom betreibt, dann gestalte ich die jordanischen Angelegenheiten ebenfalls ohne Absprache." Daran ist nichts auszusetzen, auch wenn seine Politik schlechte Auswirkungen auf die Palästinenser haben sollte. Unsere Führung macht die Fehler! Auch gegenüber den Palästinensern in Jordanien hat sich der König fair verhalten. Alle, die nicht nach Palästina zurückkehren wollen oder können, genießen jetzt die gleichen Rechte und Pflichten wie die anderen jordanischen Staatsbürger.

Wie erklären Sie sich die Zusammenarbeit einer als links und progressiv geltenden Partei wie der

Nach der palästinensischen Katastrophe von 1948, als 700.000 AraberInnen aus Israel vertrieben wurden oder flüchteten, organisierte sich eine Grundströmung der Nationalbewegung im Bund der Arabischen Nationalisten, den Qaumiyun. Sie orientierte sich panarabisch und nasseristisch. Die Qaumiyun glaubten, der Weg zur Befreiung Palästinas liege in der arabischen Einheit. Sie predigten einen bürgerlichen Nationalismus und Antiimperialismus. Aus dem Bund gingen 1967 die Volksfront (PFLP) und später die Demokratische Front (DFLP) zur Befreiung Palästinas hervor, die sich nach Nassers Tod auf den wissenschaftlichen Sozialismus beriefen und als Organisationen marxistisch-leninistischen Typs militärisch und politisch operierten. Programmatisch festgelegtes Ziel der PFLP ist nicht nur die Befreiung Palästinas, sondern auch der Kampf gegen „Imperialismus und die reaktionären Kräfte in der arabischen Welt" in einem „lang anhaltenden Volkskrieg". So forcierte die PFLP zum Beispiel 1971 den Aufstand gegen den jordanischen König Hussein, der diesen im „Schwarzen September" blutig niederschlug. Die PFLP hat sich dem „gemäßigten Kurs" Arafats innerhalb der PLO immer widersetzt, enthielt sich jedoch während des 19. Nationalrates (PNC) 1988 in Algier der Stimme, als der PNC sämtliche UNO-Resolutionen und damit das Existenzrecht Israels anerkannte. Die Partei beugt sich seitdem grundsätzlich den demokratisch zustandegekommenen Entscheidungen der PLO. Die palästinensische Linke hat, da stellt sie keine Ausnahme dar, auf den Zusammenbruch des Sowjetsystems noch keine Antwort gefunden. Die PFLP, das ließ schon ihre vorbehaltlose Unterstützung für Saddam Hussein während des Golfkrieges vermuten, hat sich wieder ihren historischen Wurzeln angenähert.

PFLP mit einer sehr konservativen Organisation wie Hamas?
Das war kein guter Schritt der PFLP. Zur Zeit gibt es auch keine gemeinsamen Aktionen oder Erklärungen mehr. Allerdings muß man auch die Umstände dieser Zusammenarbeit in Betracht ziehen: Es sollten möglichst viele Menschen mobilisiert werden, um der Welt zu zeigen, daß die Beschlüsse, die in Madrid, Washington und Oslo gefaßt wurden, nicht nur auf Zustimmung stoßen. Die PFLP ist nicht gegen den Frieden, sie ist auch nicht gegen Verhandlungen. Aber es müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein wie etwa ein Siedlungsstopp, und es müssen Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern stattfinden.



'Die Alleinherrschaft von Fatah wird die Probleme in Gaza nicht lösen'- Haus im Flüchtlingslager Shati, Foto: Georg Stein

Ist die Opposition gegen das Abkommen wichtiger als die Forderung nach gleichen Rechten für Frauen?
Die Arbeit zwischen Männern und Frauen in der PFLP sowie zwischen Frauenkomitees und etwa Gesundheitsprojekten der Partei laufen auf gleichberechtigter Basis. Die Haltungen jedes einzelnen oder der Gruppe gegenüber Frauen ist doch viel entscheidender als Frauenförderungs- und Gleichberechtigungsprogramme im westlichen Sinne. Die gibt es auch nicht. Aber auch in der Öffentlichkeit ist die PFLP präsent und fordert beispielsweise kompromißlos das Wahlrecht für Frauen.

Im Gazastreifen hat sich die PFLP vor zwei Jahren sehr zurückgehalten, als die Hamas ihre Schleier-Kampagne durchführte...
Die Prioritäten liegen in Gaza anders, nicht die Grundsätze. Die PFLP wollte vermutlich eine offene Konfrontation und Straßenschlachten mit der dort sehr starken Hamas vermeiden. Sie ist selbstverständlich gegen die Zwangsverschleierung von Frauen. Wenn sich die Machtverhältnisse in Gaza ändern, werden auch die Prioritäten der PFLP wieder andere sein. Politik ist etwas Elastisches. Man geht nicht auf die Straße, um sich abschlachten zu lassen. Dann soll die Verschleierung lieber bleiben. Deswegen geht die PFLP nicht unter.

Die PFLP wäre untergegangen?
Es hätte einen innerpalästinensischen Kampf gegeben. Wenn der Schleier aufgrund eines nationalen Konsenses gedeihen soll, kann die PFLP das nicht ändern. Bestimmte Grundsätze dürfen aber nicht gebrochen werden. Die PFLP darf nicht öffentlich vertreten, sie sei für den Schleier.

Die PFLP hat in letzter Zeit viele AnhängerInnen und SympathisantInnen verloren.
Alle Parteien haben Anhänger verloren, sogar Hamas. Viele Menschen haben resigniert und warten ab, was jetzt kommt. Sie ziehen sich zurück, durchdenken Sinn und Form politischer Arbeit oder warten auf bessere Zeiten.

Was sagen Sie zum Niedergang der Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland?
Das ist zum einen Ergebnis davon, daß sich palästinensische Kader in der BRD immer als große Politiker aufgespielt haben. Sie erzählten große Geschichten über den bewaffneten Kampf und nicht über das alltägliche Leben der Menschen unter der Besatzung. So konnte niemand erfahren, wie wir wirklich leben. Warum sollten sich Leute in der BRD für uns interessieren und einsetzen?

Zum anderen waren die Linken in der BRD ebenfalls niemals gesellschaftsfähig. Sie erschienen immer in einem schlechten Licht, entweder waren sie vom Baader-Meinhof-Geist beseelt oder vertraten wie die K-Gruppen sektiererische Positionen. Radikalität hieß Selbstisolierung und Intoleranz. Die Linken entzogen sich der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, in der sie lebten, anstatt in ihr zu wirken. Sie wollten mit ihrer Familie, ihrer Nachbarschaft nichts zu tun haben. Wenn ich aber von Menschen zum Beispiel Geld für Solidaritätsaktionen will, muß ich in einem menschlich guten Kontakt zu ihnen stehen. Mit der Oma zu reden, haben die Aktivisten nie verstanden.

Katrin Flechtner und Jörg Später

Anmerkung:
* Name wurde von der Redaktion geändert. Tabib lebte siebzehn Jahre in der BRD.

Die zweite Plünderung Neuguineas

Malaysische Konzerne in den Fußstapfen der Europäer

Wird die pazifische Region zum "Hinterhof" der wohlhabenden ost- und südostasiatischen Staaten? Wenn asiatische Fischtrawler die pazifischen Seegebiete leerfischen und wenn japanische und malaysische Holzkonzerne die Urwälder plündern, fühlen sich die Menschen im pazifischen Raum als Opfer einer neuen Invasion. Besonders kraß zeigt sich diese neue Ausbeutung im Verhältnis zwischen Malaysia und dem ökonomisch ziemlich chancenlosen Inselstaat Papua-Neuguinea.

Einige politische Führer Malaysias haben sich dadurch einen Ruf erworben, daß sie westliche Wirtschaftsunternehmen dafür angegriffen haben, daß sie ihr Land in der Vergangenheit wirtschaftlich beraubt haben. Ironischerweise zeigen nun einige ihrer eigenen Bürger im Südpazifik ein häßliches, ausbeuterisches und völlig unerträgliches Bild ihres Landes und Asiens." Diese Kritik des Magazins "Islands Business Pacific" steht nicht allein. Dabei war Ostasien in den zurückliegenden Jahren zum Vorbild für einen erhofften Wirtschaftsaufschwung auch im pazifischen Raum geworden. Jetzt fürchten viele Menschen im Pazifik, daß sie nur zum Objekt neuer Expansionspläne geworden sind.

Solche Ausbeutung hat eine Tradition von über hundert Jahren und stößt auf eine entsprechende Ablehnung der Südseebewohner. Zunächst kamen die deutschen, französischen und britischen Überseeunternehmen, die billig Kopra (ein Produkt der Kokospalme) erhalten und ihre oft minderwertigen Konsumartikel verkaufen wollten. Sie gründeten auf allen größeren Inseln ihre Handelsstationen und legten Plantagen an. Sie brachten die eigenen Regierungen dazu, die Inseln zu Kolonien zu erklären und damit sämtliche Kosten der Verwaltung zu übernehmen, soweit sie nicht der einheimischen Bevölkerung aufgebürdet werden konnten. Auch das Deutsche Reich mischte zunächst mit und hißte auf vielen Inseln die deutsche Flagge.

Mit dem Ersten Weltkrieg kamen die deutschen Kolonialträume zu einem abrupten Ende, während Großbritannien, Frankreich und Australien im Interesse ihrer jeweiligen Außenhandelsunternehmen weiterhin die Kolonialgebiete verwalteten, ohne sich für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung in nennenswertem Umfang zu engagieren. Im Zweiten Weltkrieg wurden die pazifischen Inseln zum Schlachtfeld in den US-amerikanisch-japanischen Hegemoniekämpfen in der Region. Nachdem die USA diesen Kampf gewonnen hatten, machten sie Inseln wie Guam zu gewaltigen Militärstützpunkten, von denen aus z.B. Bomber gegen Vietnam starteten. Die kaum wahrnehmbare sowjetische Präsenz in der pazifischen Region diente zudem als Vorwand für eine umfangreiche westliche Militärpräsenz auf vielen pazifischen Inseln.

Die französischen Kolonialherren nutzten Polynesien über Jahrzehnte für Atomwaffentests, die USA führten solche Tests in den 50er Jahren in Mikronesien durch. Die verheerenden Auswirkungen für Menschen, Tiere und Pflanzen sind hinreichend bekannt. Als Ende der 80er Jahre die US-Chemiewaffen in der Bundesrepublik nicht mehr benötigt wurden und vernichtet werden sollten, erinnerte man sich an die pazifischen Inseln und wählte das Johnston-Atoll als Standort für eine Fabrik zur Vernichtung der Waffen aus.

Etwa seit Mitte der 80er Jahre ist der Südpazifik Schauplatz eines neuen Konkurrenzkampfes, in dem es um den natürlichen Reichtum der Region und um die Beherrschung der Märkte für Investitions- und Konsumgüter geht. Traditionell beherrschten Konzerne aus jenen Ländern die pazifischen Märkte, die Kolonien besaßen oder besitzen, z.B. US-Konzerne in "Amerikanisch"-Samoa oder französische Konzerne in Tahiti. Papua-Neuguinea, bis 1975 unter australischer Verwaltung, gehörte zum Einflußbereich australischer und britischer Konzerne. Der kommerzielle Fernsehsender und die lange Zeit einzige Tageszeitung sind z.B. in australischer Hand. Nun bemühten sich ostasiatische Regierungen und Konzerne um einen größeren Einfluß.

Malaysische Konzerne machen mobil

Zunächst waren es vor allem japanische, bald aber auch koreanische und singapurische Unternehmen, die investierten und sich Märkte für ihre Produkte sicherten. Nunmehr hat Malaysia eine wichtige Rolle beim Kampf um die Rohstoffe im pazifischen Raum übernommen. Malaysische Unternehmen und ihre Regierung bemühen sich um neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Besonderes Gewicht liegt auf tropischem Holz. Bisher gehört Malaysia zu den wichtigsten Exportländern für tropische Hölzer. Aber die intensive Abholzungspolitik hat dazu geführt, daß die heimischen Bestände in einigen Jahren weitgehend erschöpft sein werden. Manche der noch nicht abgeholzten Flächen wurden zu Nationalparks erklärt, um wenigstens einen kleinen Teil der ursprünglich vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten und das Image des Landes in ökologischen Fragen zu verbessern.

Die malaysischen Holzkonzerne wußten früher und präziser als die übrige Gesellschaft, daß der Raubbau an den heimischen Wäldern ein Ende haben wird und daß der Regenwald als sehr komplexes ökologisches System sich nach einem Kahlschlag nicht erneuern läßt. Außerdem zeigten die Proteste von internationalen und lokalen Umweltgruppen insofern eine gewisse Wirkung, als die malaysische Regierung eine stärkere Kontrolle über den Holzeinschlag einführte. Die Holzkonzerne haben ihre Milliardengewinne aus dem Raubbau an den Urwäldern in anderen Branchen investiert und damit zum malaysischen Wirtschaftsboom beigetragen. Gleichzeitig stehen sie aber vor dem Problem, wie sie ihre großen Sägewerks- und Möbelindustriekapazitäten auslasten können, wenn der ein-



Malaysische Holzkonzerne haben längst mit dem Raubbau an Papua-Neuguineas Wäldern begonnen

heimische Holzeinschlag zurückgeht. Die logische Konsequenz ist eine Expansion in andere tropische Staaten mit intakten Urwaldgebieten.

Die Tropenholzinteressen malaysischer Konzerne reichen inzwischen vom südamerikanischen Guayana bis zu den pazifischen Salomonen. Ein Schwerpunkt der malaysischen Holzexpansion ist Papua-Neuguinea. Das Land ist noch zu etwa 70% mit Urwald bedeckt, und dessen holzwirtschaftliche "Nutzung" bringt Erträge in Höhe von mindestens 180 Milliarden Mark. Einen wesentlichen Teil dieses Holzes billig zu erwerben, in Malaysia zu verarbeiten und dann z.B. in Form teurer Möbel auf dem Weltmarkt zu verkaufen, bringt nicht nur den Holzkonzernen Gewinne, sondern kann auch dazu beitragen, die strukturellen Handelsbilanzdefizite Malaysias abzubauen. Sie entstehen, weil das Land wegen seiner vergleichsweise kleinen Investitionsgüterindustrie viele Maschinen importieren muß und weil der Luxuskonsum der Mittel- und Oberschicht zu einem erheblichen Teil über Importe abgedeckt wird.

Papua-Neuguineas Hoffnungen sind unbegründet

Die malaysische Motivation für das Holzengagement in Papua-Neuguinea ist also leicht verständlich, schwieriger durchschaubar ist, warum die pazifischen Staaten wie Papua-Neuguinea diesen Raubbau hinnehmen. Ein wichtiger Faktor ist der Versuch der Regierung Papua-Neuguineas, Anschluß an die ostasiatische Wachstumsregion zu finden. Die deutschen und britischen und dann die australischen Kolonialherren hinterließen eine deformierte Wirtschaft und Infrastruktur. Investiert wurde dort, wo es mineralische Rohstoffe oder Plantagen gab, der Rest des Landes wurde vernachlässigt. Bei der Unabhängigkeit 1975 wurde eine Modernisierungspolitik propagiert, die ganz den Interessen der westlichen Konzerne und der wachsenden einheimischen Elite entsprach. Schon damals empfahl die Weltbank, die Holzwirtschaft auszuweiten und durch internationale Konzerne den Holzeinschlag binnen fünf Jahren zu verdoppeln.

Vor allem die ländliche Bevölkerung in abgelegenen Landesteilen wurde an den Rand gedrängt. Wenn die Preise für Kaffee und Kopra auf dem Weltmarkt hoch sind, werden die Dorfbewohner in die Geldwirtschaft integriert, wenn die Preise fallen, müssen sie zur Subsistenzwirtschaft zurückkehren. Expandieren konnten nach der Unabhängigkeit vor allem der Bergbausektor und die Holzwirtschaft, beides mit z.T. katastrophalen ökologischen Folgen. Wachstumsimpulse auf andere Wirtschaftszweige gingen von den isolierten Wirtschaftszweigen kaum aus. Der Bergbausektor ist sehr kapitalintensiv und zudem krisenanfällig gegenüber den Schwankungen der Weltmarktpreise. Die Preise für tropisches Holz steigen ständig, aber der Wirtschaftszweig sägt durch Raubbau ständig an dem Ast, auf dem er selbst sitzt. Die Regierungen Papua-Neuguineas konten sich bisher nicht aus der Abhängigkeit von westlicher, vor allem australischer, Entwicklungshilfe und von internationalen Bergbau-und Holzkonzernen lösen. Damit blieb der politische Handlungsspielraum sehr beschränkt, und eine insgesamt eher stagnierende Wirtschaft sowie eine politisch mächtige Elite verhinderten eine Neuverteilung der Entwicklungschancen zugunsten der ländlichen Gebiete.

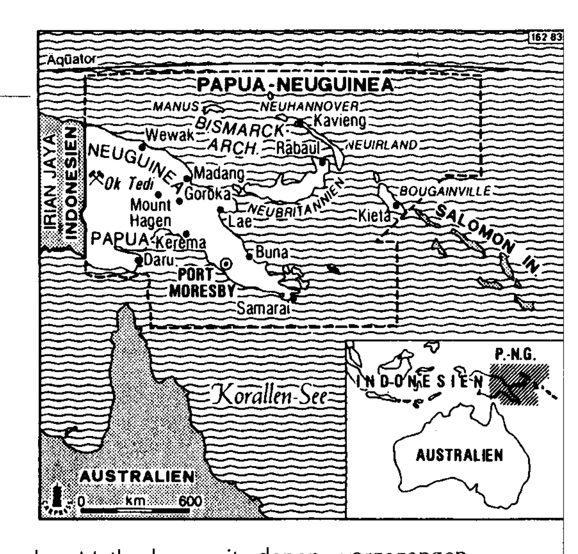
Nachdem die Kolonialverwaltungen und später die westliche Entwicklungshilfe keines der strukturellen Probleme des Landes nachhaltig lösen konnte, entstand die Hoffnung, daß die Zusammenarbeit mit den ostasiatischen Regierungen und Konzernen helfen würde, die wirtschaftliche Abhängigkeit und Stagnation zu überwinden. Die offizielle "Look North"-Politik orientiert sich an Ländern wie Malaysia. Papua-Neuguinea gehört zu den assoziierten Mitgliedern der ostasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft ASEAN.

Im Schatten des asiatischen Booms

Bevor man eine solche Politik als aussichtslos verwirft, muß man sich klar machen, vor welchen gravierenden Problemen das Land steht und wie verheißungsvoll eine Wachstumspolitik im Stile Malaysias erscheinen muß. Etliche Menschen im modern-westlich beeinflußten Sektor der Wirtschaft und Gesellschaft Papua-Neuguineas haben binnen einer Generation den Sprung vom einfachen Dorfleben ins Computerzeitalter getan. Aber andere sind auf diesem Weg gescheitert, darunter besonders viele junge Leute. Jedes Jahr kommen 50.000 Schulabsolventen auf einen Arbeitsmarkt, auf dem höchstens für einige Tausend relativ gutbezahlte Jobs vorhanden sind.

Der Pazifik-Experte Roland Seib schreibt in einer Studie über die Wirtschaft Papua-Neuguineas, "...daß viele der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und soziokulturell mehr oder weniger Entwurzelten nicht mehr bereit sind, nichteingelöste Erwartungen und die eigene Verarmung angesichts des Reichtums einer dünnen sozialen Schicht hinzunehmen. Die enorme Zunahme von Gewalt und Kriminalität, die den Ausnahmezustand fast zur Dauereinrichtung hat werden lassen, sind Merkmale der innergesellschaftlichen Brüche und des Konfliktpotentials, das die wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes und den intendierten Modernisierungsweg künftig konterkarieren wird."

Die begrenzte Kaufkraft der vier Millionen Einwohner des Landes führt dazu, daß



sich die lokale Produktion von Konsum-und Investitionsgütern auf den meisten Gebieten aus der Sicht internationaler Konzerne nicht lohnt. Was bleibt, sind Investitionen in Brauereien oder Softdrink-Fabriken, die aber nur eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen schaffen. Auch beim Abbau von Rohstoffen ist die Zahl lokaler Arbeitskräfte relativ gering, die zudem die schlecht bezahlten Arbeiten ausführen müssen, während die Konzerne für Führungsaufgaben und den technischen Bereich lieber ausländische Experten heranziehen. Die Möglichkeiten zur Schaffung von kleineren Industriebetrieben zur Verarbeitung von Holz, landwirtschaftlichen Produkten und Fisch werden bisher kaum genutzt, u.a. weil die Infrastruktur schlecht und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber importierten Massenprodukten schwierig zu erreichen ist. So konzentriert sich das Angebot an relativ gut bezahlten Arbeitsplätzen für einheimische Schul- und Hochschulabsolventen auf den Staatsapparat, der aber mit über 50.000 Beschäftigten schon die Grenze des Finanzierbaren erreicht hat.

Cut, cash and run...

Die malaysischen Konzerne hingegen versprechen Investitionen, z.B. den Bau neuer Sägewerke. Tatsächlich ist ihr Interesse am Bau solcher Sägewerke ebenso gering wie früher das Interesse westlicher oder japanischer Konzerne an solchen Investitionen. Die malaysischen Konzerne haben primär ein Interesse an Rundholz, denn damit können die konzerneigenen Sägewerke in der Heimat ausgelastet werden, und so lassen sich auch leichter illegal große Mengen Holz aus dem Land holen, ohne daß dies die Regierungsstellen merken: Es gehört fast schon zu den Standardversprechungen der Holzkonzerne, Sägewerke zu bauen und dann immer neue Gründe zu finden, warum sich deren Bau verzögert. Schließlich ist das Konzessionsgebiet so weit abgeholzt, daß ohne Aufhebens die Bulldozer auf die Schiffe verladen werden und das Unternehmen für immer aus dem Land verschwindet. Das Motto lautet: cut, cash and run. Der frühere Forstminister Tim Neville beurteilt die Aktivitäten der Holzkonzerne so: "Im allgemeinen hat die Holzwirtschaft getan, was sie wollte und sich so verhalten, als gehöre ihr die ganze Sache, als besitze sie das ganze Land. Sie haben sich im Grunde so verhalten wie Piraten..."

Vergeblich warten die Dorfbewohner auf die Schule, auf die Teerstraße und auf all die anderen Investitionen, die ihnen der Holzkonzern versprochen hat. Mit etwas Glück haben sie wenigstens die Konzessionsabgaben erhalten. Bei Vertragsabschluß sind sie den Dorfbewohnern, die am Rande der Geldwirtschaft leben, hoch erschienen, aber nach einem großen Fest ist schon ein erheblicher Teil des Geldes weg, und erst zu spät merken die Dorfbewohner, daß die Holzkonzerne das verpachtete Land in kurzer Zeit in eine Halbwüste verwandelt haben. Was bleibt, sind Verbitterung und Zorn. In einem Fall kam es bereits zur Ermordung eines japanischen Managers, als dessen Unternehmen sich nach der Abholzung des Waldes heimlich aus dem Konzessionsgebiet zurückziehen wollte, ohne auch nur die Abgaben an die Dorfbewohner ausgezahlt zu haben.

Dank umfangreicher Bestechungsmaßnahmen besitzen die Holzkonzerne bis hinein in höchste Regierungskreise Freunde, und außerdem trägt die Holzwirtschaft mit etwa 400 Mio. US-Dollar zur Handelsbilanz des devisenarmen Landes bei. Die Konflikte um das Holz sind deshalb geeignet, die Spaltung zwischen Habenden und Nicht-Habenden in der Gesellschaft zu vertiefen und die sozialen Konflikte zu verschärfen.

Je weiter die Abholzung in den Tropen voranschreitet, desto wertvoller werden die verbliebenen Edelholzbestände und desto rücksichtsloser wird auch der Kampf um sie. Der bis Ende August 1994 amtierende Forstminister Papua-Neuguineas, Tim Neville, bemühte sich, der unkontrollierten Abholzung der Regenwälder seines Landes ein Ende zu setzen. Nachdem er alle Bestechungsversuche abgewiesen hatte, erhielt er Morddrohungen, es wurde eine Prämie auf seinen Kopf ausgesetzt und es wurden mehrere Mordanschläge verübt, die bisher glücklicherweise alle scheiterten. Als Tim Neville trotz der Drohungen versuchte, die Verträge mit den Holzkonzernen prüfen zu lassen, gingen die Akten der nationalen Forstverwaltung Anfang Juni 1994 in Flammen auf. Die Suche nach den Tätern war bisher ergebnislos, aber es steht außerhalb jeden Zweifels, daß nur die internationalen Holzkonzerne ein Interesse an der Zerstörung des sie belastenden Materials haben konnten. Der Ende August gewählte neue Premierminister Julius Chan übernimmt ein schwieriges Erbe und es bleibt abzuwarten, ob er dem Raubbau ein Ende setzen kann.

Wo liegen die Alternativen ?

Es spricht vieles dafür, daß Papua-Neuguinea den Anschluß an den ostasiatischen Boom nicht erreichen wird, sondern daß das Land erneut Objekt fremder Begierden bleibt, und daß das ostasiatische Interesse an dem Land drastisch sinken wird, wenn es keine lukrativen Rohstoffe mehr gibt. Als Hemmnisse für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung bleiben der kleine und fragmentierte Binnenmarkt, die rudimentäre Infrastruktur, die geringe Zahl von Facharbeitern und die geringe Produktivität dem Land erhalten.

Wenn sich gegenüber früheren Zeiten etwas geändert hat, dann ist es die Vielfalt der Methoden, mit denen vorgegangen wird, um an die wertvollen Rohstoffe zu gelangen. Das herausragende Beispiel dafür ist der malaysische Konzern Rimbunan Hijau mit Hauptsitz in Sarawak. Über ein Geflecht von Tochtergesellschaften hat er sich einen Anteil von über 80% an der Holzwirtschaft Papua-Neuguineas gesichert. Damit gerät er natürlich auch häufig in die Schlagzeilen der lokalen Presse, sei es in Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen, sei es in Zusammenhang mit illegalen Abholzungen. Der Konzern war über diese Berichterstattung so verärgert, daß er in eine hochmoderne Druckerei investierte und seit dem November 1993 eine eigene Tageszeitung in Papua-Neuguinea herausbringt, ein in der Pressegeschichte bisher einmaliger Vorgang. Ob sich damit ein positives Bild der Konzernaktivitäten in der Öffentlichkeit aufbauen läßt, kann bezweifelt werden, aber schon ein Hinausschieben des Zeitpunktes, zu dem die weitgehend ungehinderte Abholzung eingestellt wird, ist ein großer finanzieller Erfolg für den Konzern.

Was bleibt, ist die Frage nach den Alternativen für Papua-Neuguinea. Weder das bisherige westliche Angebot von Entwicklungshilfe und Privatinvestitionen in ausgewählten Sektoren noch die ostasiatischen Aktivitäten werden die gravierenden sozialen und ökonomischen Probleme überwinden helfen. Gefragt ist eine Politik der eigenständigen Entwicklung, die sorgsam mit dem natürlichen Reichtum umgeht, vor allem also die Regenwälder schonend behandelt, und die den Menschen eine Perspektive für ein Leben mit der Natur und mit einem und sei es auch nur bescheidenen Wohlstand bietet.

Damals setzten sich die Modernisierungsanhänger durch, aber angesichts der deprimierenden sozialen und ökologischen Folgen dieser Politik gibt es eine wachsende Zahl von Menschen in Papua-Neuguinea und auf den anderen pazifischen Inseln, die an Konzepten für eine solche Entwicklung arbeiten. Darunter sind Umweltgruppen, kirchliche Initiativen, Hochschuleinrichtungen u.a.. Damit sie Erfolge erzielen können, bevor es für den Urwald zu spät ist, brauchen sie die Unterstützung aus anderen Teilen der Welt und eine Vernetzung mit Initiativen, die in anderen Ländern an dieser Thematik arbeiten.

Frank Kürschner-Pelkmann

Gewonnen hat das Patriarchat

Beobachtungen bei der Weltbevölkerungskonferenz

Nach 10tägigen, zähen Verhandlungen hat die "Völkergemeinschaft" in Kairo einen Aktionsplan für die Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik der nächsten 20 Jahre verabschiedet. Endlose Diskussionen über Abtreibung und "reproduktive Rechte" haben alle übrigen Themen an den Rand gedrängt. Das Resultat ist ein Freipaß für die Mächtigen, weiterzumachen wie bisher. Zu diesem Resumée kommt Anna Sax; sie nahm als Vertreterin von NGOs bei der offiziellen schweizerischen Delegation an der Konferenz teil.

Täglich singt im ägyptischen Fernsehen eine blondierte Schlagersängerin auf englisch, französisch und spanisch: "Willkommen in Ägypten - viel Glück bei der Rettung unseres Planeten." Kairo gleicht - zumindest auf den Routen vom Flughafen zum Konferenzzentrum und zu den Luxushotels - einer Stadt im Ausnahmezustand. Alle 20 Meter steht ein Polizist, die Eingänge zum Konferenzzentrum und zu den Hotels sind strengstens bewacht. Straßenmarkierungen und Häuserfassaden sind neu gestrichen, BettlerInnen aus Sichtweite der "heiklen" Routen entfernt worden. Islamistische Fundamentalisten seien vorsorglich verhaftet worden, erzählt ein Mitarbeiter der Schweizer Botschaft. Polizeiautos mit heulenden Sirenen begleiten Limousinen mit abgedunkelten Scheiben durch die zuvor abgesperrten Straßen. Den Limousinen entsteigen hauptsächlich graugekleidete Herren, einige in weißen oder bunten Gewändern, auch ein paar wenige Damen, allesamt wichtig dreinblickend. Sie stellen sich im unterkühlten Konferenzsaal ans Rednerpult und sprechen über Frauenförderung, Recht auf Selbstbestimmung und über die gemeinsame Verantwortung von Norden und Süden.

Bei der Eröffnungsansprache der pakistanischen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto wird man das Gefühl nicht los, sie rede, um ihren Hals zu retten. Die Familie allein könne der richtige Ort sein, um Kinder großzuziehen, betont sie, und niemand sei besser für diese Aufgabe geeignet als die Mutter. Frau Bhutto hatte zuerst ihre Teilnahme abgesagt, nachdem islamistische Fundamentalisten gegen die "Konferenz für Abtreibung und Homosexualität" gewettert hatten. Vom ersten Tag an ist die Stimmung geprägt von katholischen und islamischen MoralhüterInnen, die sich gegenseitig heftig applaudieren und mit gemeinsamen Kräften jeden Satz des Aktionsplanes, hinter dem sie im entferntesten unmoralische Absichten wittern, bis zur Unkenntlichkeit zu verwässern suchen. Zu guter Letzt haben sie nicht nur die Abschwächung der meisten Passagen über Frauenrechte erreicht, sondern zusätzlich dem ganzen Aktionsplan einen sogenannten "Chapeau" (Hut) übergestülpt, der seine Zielsetzungen insgesamt relativiert. Im "Chapeau" wird festgehalten, daß die Umsetzung der Empfehlungen des Aktionsplanes jedem Land überlasssen sei, "entsprechend seiner nationalen Gesetzgebung und Entwicklungsprioritäten" und "unter voller Berücksichtigung der verschiedenen religiösen und ethischen Werte sowie kultureller Hintergründe seines Volkes und in Übereinstimmung mit universell anerkannten Menschenrechten". Niemand wundert sich schließlich, als sich der Vatikan am Schlußtag von den tags zuvor als "historischen Kompromiß" gefeierten Kapiteln über "reproduktive Rechte" und Abtreibung distanziert. "Reproduktive Rechte" beinhalten die Möglichkeit für alle, ob Paare oder Einzelpersonen, frei und selbstverantwortlich über die Zahl ihrer Kinder und die Abstände zwischen den Geburten zu entscheiden. Dazu braucht es Mittel zur Geburtenkontrolle, Information und Gesundheitsversorgung. So etwas geht nicht nur den Getreuen des Vatikans zu weit. Eine ganze Reihe islamischer Staaten kündigte zum Schluß an, daß sie nichts anerkennen würden, was im Widerspruch zur Scharia - dem islamischen Recht - stünde. Insbesondere sei weder ein Tolerieren sexueller Aktivität außerhalb der Ehe noch Aufklärung und Gesundheitsversorgung für Unverheiratete denkbar.

"Wir haben noch andere Probleme!"

Die ganze Konferenz wird von Auseinandersetzungen dieser Art zeitweise blockiert und durchgehend überschattet. Das Medieninteresse konzentriert sich größtenteils auf die Auftritte des Vatikans und der militanten AbtreibungsgegnerInnen, die in den Korridoren mit Plastikföten herumfuchteln, in allen Pressekonferenzen aufkreuzen, TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) terrorisieren und teilweise versuchen, mit Tricks oder Gewalt in den Verhandlungssaal einzudringen. CNN bescheren die grimmigen "anti abortion"-Aktionen traumhafte Einschaltquoten. Es hilft wenig, wenn etwa die Sprecherin Tansanias sagt: "Wir Frauen haben außer Abtreibungen noch andere Probleme", oder der indische Delegationssprecher: "Wir repräsentieren zwar 20 Prozent der Weltbevölkerung - aber es würde uns nie einfallen, 20 Prozent der Verhandlungszeit zu beanspruchen". Sicher ist, daß die tagelangen Debatten um die 25 Zeilen des "Abtreibungs-Paragraphen" 8.25 nicht dazu beitragen werden, den öffentlichen Druck auf die Regierenden zu steigern, mehr in die sozialen Sektoren und zugunsten der Frauen zu investieren. Zudem gelingt es den reichen Ländern des Nordens, die zwar niedrige Geburtenraten, aber einen gigantischen Ressourcenverschleiß vorzuweisen haben, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen. Erfolgreich verhindern sie die definitive Aufnahme konkreter Maßnahmen, wie z.B. Energiesteuern, in den Aktionsplan. Frühere Entwürfe haben noch einige Zeilen zum Thema Ressourcenverbrauch im Norden beinhaltet. Doch bereits anläßlich der dritten Vorbereitungskonferenz vom vergangenen April in New York kippten die USA im Schatten der Abtreibungsdebatte diese Passagen in einer Blitzaktion hinaus. Nur Indi-

en, Nepal, Österreich und die Schweiz unterstützten den Versuch einiger NGOs, doch noch zwei Sätze über Maßnahmen gegen den wachsenden Ressourcenverschleiß im Schlußdokument zu plazieren.

Von der Liste gestrichen

Nicht nur die Konsum- und Ressourcenfrage, auch Wirtschaftsbeziehungen zwischen Norden und Süden, Verschuldung, Strukturanpassungsprogramme und andere Faktoren, welche die Armut in den Ländern des Südens verschärfen und die Lebenssituation insbesondere der Frauen schwer beeinträchtigen, kommen nur am Rande oder gar nicht zur Sprache. Besonders VertreterInnen von NGOs aus dem Süden reagieren enttäuscht darüber, daß jetzt so großes Gewicht auf "Bevölkerung" liegt und der Aspekt der "Entwicklung" völlig untergegangen ist. Das "Southern NGO Development Forum" (SNGODF), ein Zusammenschluß entwicklungspolitischer Organisationen aus dem Süden, war zunächst eingeladen worden, an der offiziellen Konferenz ein Statement abzugeben, das im voraus schriftlich beim Konferenzsekretariat einzureichen war. In diesem Statement steht, daß zu viel Gewicht auf Bevölkerungskontrolle gelegt und Frauen aus dem Süden zu Schuldigen für die Entwicklungsprobleme der Welt gestempelt würden. Es seien jedoch das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd und der ausbeuterische Ressourcentransfer, die zum Überkonsum und damit zur Zerstörung der Umwelt führten. Solches will das Konferenzsekretariat den "geschätzten Delegierten" anscheinend nicht zumuten. Das SNGODF wird kommentarlos wieder von der offiziellen RednerInnenliste gestrichen.

Im Streit festgebissen?

Im "Women's Caucus", dem täglichen Frauentreffen, protestieren Frauen aus Asien dagegen, daß sich auch die Feministinnen am Thema "reproduktive Rechte" und im Streit mit dem Vatikan festgebissen hätten. Angeführt von der New Yorker Frauenorganisation "Women's Environment and Development Organisation" (WEDO) und ihrer Wortführerin Bella Abzug, "Grand Old Lady" des US-amerikanischen Feminismus, ist der "Women's Caucus" seit Beginn der Vorbereitungen für die Kairo-Konferenz die tonangebende Gruppe unter den NGOs gewesen. Ausgerüstet mit Infrastruktur und professionellem Know-how, bilden diese gut organisierten Frauen eine veritable Gegenkraft zum Vatikan und verteidigen die einmal erreichte Festschreibung der "sexuellen und reproduktiven Rechte" mit Klauen und Zähnen. Ihr Erfolg kann sich sehen lassen und verdient Respekt, aber: "Ohne gerechtere wirtschaftliche Rahmenbedingungen nützen den Frauen 'reproduktive Rechte' nichts", sagt etwa die GATT-Spezialistin Marilen Danguilan aus den Philippinen. Sie gehört übrigens, wie die Peruanerin Celeste Cambria, die Argentinierin Zulema Palma und eine Vertreterin Boliviens zu den Frauen, die noch im April den offiziellen Delegationen ihrer Länder angehörten, jedoch in der Zwischenzeit ihren Platz zugunsten von Vertretern der katholischen Kirche haben räumen müssen.



„Die Bevölkerungspolitik soll unsere sexuellen und reproduktiven Rechte respektieren" - Forderung auf einer der NGO-Infoveranstaltungen, Foto: Anna Sax

Das NGO-Forum

Entlang einer Reihe von Sicherheitsmännern gelangt man in 10 Minuten vom Konferenzgebäude ins Forum der NGOs. Hier, in einem Sportstadion, befindet sich ein bunter Jahrmarkt mit Informations- und Verkaufsständen, Veranstaltungen, Verpflegungsmöglichkeiten, Video- und Theaterdarbietungen. Hier sind, ganz im Gegensatz zu den offiziellen Konferenzhallen, die Frauen in der Überzahl. Statt grauer Anzüge kann man bunte Saris und afrikanische Gewänder bewundern. Das Spektrum der "NGOs", die vertreten sind, reicht von feministischen Gruppen bis zu radikalen AbteibungsgegnerInnen. Auch die Weltbank hat hier ihren Stand und eine kalifornische Sekte wirbt um Mitglieder. Es kann, auch wenn offiziell immer wieder dieser Eindruck vermittelt wird, in keiner Weise von einheitlichen "NGO-Positionen" die Rede sein. Die im NGO-Forum debattierten Themen und Ideen reichen aber weit über das hinaus, was in der offiziellen Konferenz Platz findet. Hier nur eine kleine Auswahl aus mehreren Hundert Veranstaltungen: Ein Vortrag findet statt über Bevölkerungspolitik im Zusammenhang mit Militarismus und Krieg. Auseinandersetzungen werden ausgetragen über die Relevanz des Konzeptes der "reproduktiven Rechte" in einer Welt, wo viele Frauen um ihre bloße Existenz fürchten müssen. Mehrere Tribunale befassen sich mit den Verletzungen von Menschenrechten in Bevölkerungsprogrammen. Und weil sich nicht alle NGO - VertreterInnen Zugang zur offiziellen Konferenz haben verschaffen können, bemüht sich ein Vertreter der indischen Regierungsdelegation jeden Mittag hierher, um gegenüber den indischen NGOs Rechenschaft über den Stand der Verhandlungen und die Rolle der Regierung abzulegen.

Nicht, daß das NGO-Forum zu diesem späten Zeitpunkt noch Einfluß auf den Verlauf der Konferenz nehmen könnte - wo Lobbyarbeit erfolgreich war, hat sie vorher stattgefunden. Nicht zu unterschätzen ist jedoch die publizistische Wirkung, welche von der Präsenz von über 1000 NGOs aus der ganzen Welt ausgeht. Nur NGOs ist es schließlich zu verdanken, daß "Entwicklung" nicht endgültig aus den Traktandenlisten verschwunden ist. Diejenigen, die über den Verlauf der Verhandlungen und den wässrigen Aktionsplan frustriert sind, haben immerhin die Gelegenheit genutzt, neue Kontakte zu knüpfen und alte aufzufrischen. "Ich kann nicht sagen, ob diese Konferenz uns materiell etwas bringt", sagt die Vertreterin einer indischen Umweltorganisation, "aber die Begegnungen im NGO-Forum geben mir Energie und Mut, zuhause weiterzumachen."

Es gibt viele, allzu viele, die sich am Ende der Konferenz ein wenig als SiegerInnen fühlen dürfen: Die diversen religiösen FundamentalistInnen, weil sie dem Aktionsplan nicht nur jede progressive Spitze genommen, sondern sich zum Schluß vom Übrig-

Das "Aktionsprogramm" von Kairo

Das "Aktionsprogramm", von den rund 170 Länderdelegationen verabschiedet, ist in 16 Kapitel aufgegliedert. Hier ein kurzer auszugsweiser Überblick:

3. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung:
Eine nähere Auseinandersetzung mit der Frage, was unter "nachhaltigem Wachstum" zu verstehen ist, hat nicht stattgefunden. Es soll jedoch, laut dem Aktionsplan, das wichtigste Mittel zur Armutsbekämpfung sein.

4. Stellung der Frau:
Hier sind viele Empfehlungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt enthalten. Die Notwendigkeit der Gleichstellung der Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wird hervorgehoben. Das "Wie" der Umsetzung (z.B. Quotenregelung) wird nicht angesprochen. Was bleibt ist der reine Appellcharakter. Mehr als eine Seite ist übrigens der Verantwortung der Männer gewidmet.

6. Bevölkerungswachstum und -zusammensetzung:
Hier werden in sehr allgemeiner Form Maßnahmen gefordert, um die Fruchtbarkeit zu beeinflussen. Außerdem kommen die Rechte besonders benachteiligter Gruppen (Kinder und Jugendliche, ältere Leute, indigene Völker und Behinderte) zur Sprache.

7. Reproduktive Rechte und reproduktive Gesundheit:
Die Frage, wie "reproduktive Rechte" (zunächst hießen sie noch "sexuelle und reproduktive Rechte") zu interpretieren seien und besonders, ob implizit ein "Recht auf Abtreibung" in diesem Begriff enthalten sein könnte, war Dauerthema der Konferenz. (Zur verabschiedeten Definition s. Artikel.) Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Absage an demographische Zielsetzungen in der Familienplanung.

8. Gesundheit:
Der heiß umstrittene "Abtreibungsparagraph" 8.25 wird mit dem an mehreren Stellen des Dokumentes plazierten Satz eingeleitet, daß Abtreibung "auf keinen Fall als Familienplanungsmethode gefördert werden darf". Im übrigen sollen primär unerwünschte Schwangerschaften verhütet werden. Wenn dies mißlingt, sollen "Information und Beratung" angeboten werden. Wo Abtreibung "nicht gegen das Gesetz" ist, soll sie sicher sein, und wenn nach illegalen Abtreibungen Komplikationen auftreten, soll Frauen trotzdem geholfen werden (!). Leider fiel die Sorge vieler Vertreterinnen des Südens, daß die ohnehin schon viel zu knappen Mittel aus der Basisgesundheitsversorgung in Zukunft noch vermehrt in die Familienplanung abgezweigt werden, unter den Tisch.

10. Internationale Migration:
Die Auseinandersetzung dieses Kapitels und zugleich der wichtigste zutage getretene Nord-Süd-Konflikt dieser Konferenz lautet: Gibt es ein Recht von MigrantInnen auf Familienzusammenführung? - Gegen den Widerstand der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder war kein Kraut gewachsen. Die verärgerten Länder des Südens fordern nun von der UNO die baldige Durchführung einer Konferenz über Migration.

12. Technologie, Forschung und Entwicklung:
Gefordert werden Investitionen in "Gesundheitsforschung" - die Rede ist vor allem von Verhütungsmitteln (auch für Männer!) -, aber auch in Forschung über Geschlechterrollen und Sexualverhalten. Auch das Mißbrauchspotential von Verhütungsmitteln soll untersucht werden.

13. Nationale Maßnahmen:
Wieviel muß gezahlt werden? Das war ein weiterer Streitpunkt unter den Delegierten. Dabei ging es nur um Aufwendungen für Bevölkerungspolitik und "reproduktive Gesundheit", nicht aber für wirtschaftliche oder ökologische Maßnahmen. Die sog. „20/20-Klausel (20 Prozent der Staatsausgaben und 20 Prozent der Entwicklungshilfe für die sozialen Sektoren) wurde faktisch gekippt. Weitere Diskussionen wurden auf den "Sozialgipfel" von 1995 in Kopenhagen verschoben.

14. Internationale Zusammenarbeit:
Das erklärte Ziel der UNO, daß die reichen Länder wenigstens 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit aufwenden sollen, bleibt reine Absichtserklärung.

gebliebenen auch noch distanziert haben. Die Feministinnen, weil "der Begriff 'reproduktive Rechte' jetzt wenigstens einmal schwarz auf weiß hier steht", wie sich Thais Corral vom brasilianischen Frauennetzwerk REDEH ausdrückt. Immerhin wurden Begriffe wie dieser einst von der Frauenbewegung in die Diskussionen geworfen. Ein anderer Begriff, "Fertility Regulation" (Fruchtbarkeitsregulierung), der nicht nur Empfängnisverhütung, sondern beispielsweise auch die Festlegung des Zeitpunktes einer Schwangerschaft oder die Behandlung von Unfruchtbarkeit beinhaltet, wurde im Lauf der Kompromißverhandlungen in "Regulation of Fertility" umbenannt. Einzige mögliche Erklärung für seltsame Manöver wie dieses ist, daß "Regulation of Fertility" noch unbefleckt ist von feministischen Inhalten. Thais Corral will sich jetzt gemeinsam mit anderen dafür einsetzen, daß der Aktionsplan im Sinne der Frauenorganisationen umgesetzt wird. Sie ist beteiligt an den Plänen für ein "Kairo-watch"-Netzwerk, welches darauf achten will, daß die Rechte der Frauen auf eine selbstbestimmte Geburtenkontrolle, auf Gesundheitsversorgung und eine sichere Existenz respektiert werden.

So finden sich auf der positiven Seite der Bilanz hauptsächlich sprachliche Fortschritte, die, wenn alles gut geht, ein Umdenken signalisieren. Einige Beispiele: Es wird jetzt von der "Völkergemeinschaft" offiziell anerkannt, daß es überall auf der Welt Strukturen gibt, welche die Diskriminierung der Frauen begründen, und daß diese Strukturen verändert werden müssen. Es wird offiziell zur Kenntnis genommen, daß Gewalt gegen Frauen und Kinder, ganz besonders auch im häuslichen Bereich, allgegenwärtig ist und daß es sich dabei um ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem handelt. Und es wird die Notwendigkeit gesehen, Frauen nicht nur im gesellschaftlichen, familiären und politischen, sondern besonders auch im wirtschaftlichen Bereich mehr Macht einzuräumen.

Ein kalter Wind

Auf der anderen, auf der ernüchternden Seite, stehen die bis zur Unkenntlichkeit verwässerten Forderungen zur Umsetzung dieser Einsichten in die Tat. Und an dieser Stelle ist es einfach nicht länger möglich, darumherum zu reden: Alles in allem und nüchtern betrachtet, muß festgestellt werden, daß der Aktionsplan, der in Kairo mit viel Lärm und Medienbegleitung verabschiedet worden ist, zu allererst ein Freipaß für die Mächtigen ist, weiterzumachen wie bisher. Sie haben sich mit Präambeln, mit "Soll"- und "Kann"-Formulierungen und mit Vorbehalten rundum abgesichert, so daß sie den Aktionsplan "einhalten" können, ohne das Geringste verändern zu müssen. Einige Regierungen des Nordens haben mehr Mittel für bevölkerungspolitische Programme versprochen. Die Programme werden auch in Zukunft nicht ohne direkten und indirekten Zwang auskommen, sie werden weiterhin auf Kosten der Gesundheit vor allem armer Frauen im Süden gehen. "Frauenförderungsprogramme" im Norden wie im Süden erreichen da eine Grenze, wo der erste Mann fürchtet, seine Privilegien könnten davonschwimmen. "Religiöse" und "traditionelle" Werte dürfen nicht angetastet werden. Ebensowenig braucht die wirtschaftliche Vormachtstellung des Nordens und der Männer in Frage gestellt zu werden.

Viele Frauen verlassen Kairo mit triefender Nase, geschwollenen Halsdrüsen oder einem schmerzhaften Ziehen in Kopf und Nacken. Während draußen Temperaturen zwischen 30 und 35 Grad herrschten, wurden die Säle des Kairoer Konferenzzentrums auf Kühlschranktemperatur herunterklimatisiert. Ein kalter Luftzug wehte ständig durch alle Räume. Eine Parlamentarierin und Mitglied der Schweizer Delegation bringt es auf den Punkt: "Überall auf der Welt sind Parlaments- und Konferenzgebäude für Männer in Anzügen und Kravatten eingerichtet." Kalter Wind bläst den Frauen weiterhin ins Gesicht, wenn sie ein besseres Leben für sich und ihre Mitwelt fordern. Oder: Das Patriarchat hat in Kairo nochmals den Sieg davongetragen.

Anna Sax
(Die Autorin ist Ökonomin und Mitarbeiterin der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern.)



Wenn der Frieden nicht aufs Land kommt ...

Die Landfrage im salvadorianischen Friedensprozeß

Daß die ungeheure Konzentration des Landbesitzes in El Salvador eine der zentralen Kriegsursachen war, ist ein alter Hut. Waren es doch gerade die verzweifelt um Land kämpfenden Bäuerinnen und Bauern, die aus der Guerrilla eine Volksbewegung machten. Nichtsdestotrotz ist es heute, zweieinhalb Jahre nach Kriegsende, wieder die ungelöste Landfrage, die am neu erlangten Frieden zweifeln läßt. Klar, die Massaker der Elitebataillone haben aufgehört. Aber die extreme Armut hat nicht aufgehört, sie hat zugenommen.

Eine der davon besonders schwer betroffenen Bevölkerungsgruppen ist die der Landlosen, die von der Regierung und der UNO auf 200.000 Familien geschätzt wird. Das heißt: 40 Prozent der Landbevölkerung haben keinen oder praktisch keinen Zugang zu Land! Hinzukommt, daß weitere 40 Prozent der Landbevölkerung weniger als 1,5 Hektar pro Familie besitzen. Für diese Leute schmeckt der Frieden nicht so viel anders als der Krieg. Morgens Mais und Bohnen, zu Mittag Bohnen und Mais, und Mais und Bohnen am Abend. Im Alltag bedeutet der Frieden in erster Linie die altbekannte und heute demokratisch legitimierte Unterernährung. Den Frieden, den sie so ersehnt hatten, von dem sie sich eine bessere Zukunft versprachen, erfahren sie als Zementierung der alten Land- und damit Zukunftslosigkeit. Kein Wunder, daß die Enttäuschung groß ist auf dem Land, und die evangelikalen Kirchen wachsen, weil sie wenigstens eine Zukunft nach dem Tod anbieten können.

Die Friedensverträge sind im Blick auf die Landfrage zwar völlig unzureichend, aber auch nicht ganz folgenlos geblieben. Immerhin ist auf Initiative der UNO das "Landübertragungsprogramm" (Programa de Transferencia de Tierras, PTT) in Gang gesetzt worden, über das etwa 140.000 Hektar Land an insgesamt 40.000 Ex-KämpferInnen der FMLN und der Armee, sowie LandbesetzerInnen in den ex-konfliktiven Zonen vermittelt werden sollen. Wer nicht zu einer dieser drei Gruppen gehört, hat das Nachsehen. Funktionsprinzip des PTT-Landtransfers ist, daß die Regierung mit Geldern von US-AID und EU Land auf dem "freien Markt" kauft und an die Leute weiterverkauft - zu etwas milderen Bedingungen selbstverständlich. Von den zahlreichen Problemen des PTT seien hier nur erwähnt, daß es erstens quantitativ überhaupt keine Antwort auf die Landfrage, sondern lediglich ein Pazifizierungsprogramm ist. Sein zentrales Ziel besteht darin, den ehemaligen Kriegsprofis den Einstieg in das zivile Leben zu ermöglichen und damit das unmittelbarste Konfliktpotential abzuwickeln. Zweitens ist das PTT ein reines Landübereignungsprogramm, zu dem lediglich zu Beginn Kredite für Hütte und Aussaat dazukommen. Nach den schlechten Erfahrungen mit Agrarreformen, bei denen die Aspekte Ausbildung und langfristige Begleitung durch Kredit-, Produktions- und Vermarktungsförderung ebenfalls ausgespart wurden, wäre in El Salvador eigentlich ein integralerer Ansatz dran gewesen. Drittens beschwört das PTT schon jetzt einen neuen Konflikt um die Agrarschuld herauf, weil die Bäuerinnen und Bauern die Kredite für Landkauf, Hütte und Produktion mit Sicherheit nicht zurückzahlen können. Sie werden froh sein, wenn sie aus dem bißchen Land ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können. Viertens kommt das PTT nur sehr langsam voran: Es sollte Ende '93 abgeschlossen sein, doch war bis Jahresmitte '94 gerade ein Drittel des PTT erfüllt. Im Übrigen löst diese Tatsache nicht nur bei den Ex-Guerrilleros Wut und Enttäuschung aus. Am 16. Juni besetzten Ex-Soldaten die Agrarreformbehörde ISTA, verbrannten Reifen und machten einen Krach, wie es sich die Linke schon lange nicht mehr getraut hat.

"Wir bezahlen, was wir können, also fast nichts"

Vergleichsweise erfolgreich konnte diesen Juli ein anderes, gegenüber dem PTT allerdings sehr bescheidenes Landtransferprogramm zum Abschluß gebracht werden. Das "Abkommen vom 3. Juli" wurde 1991 vom Verteidigungs- und Landwirtschaftsminister sowie von Vertretern der Demokratischen Bauernallianz (ADC) unterschrieben. Letztere war 1989 zur Rettung der Agrarreform gegen die Privatisierungspolitik der ultrarechten ARENA-Regierung ins Leben gerufen worden und hat sich seither zum größten Zusammenschluß linker Bauernor-

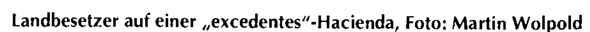
ganisationen gemausert. Mit einer Welle von 49 Landbesetzungen von Ende 1990 bis Mitte 1991 versuchte die ADC die Dringlichkeit des Landthemas für die Friedensverhandlungen deutlich zu machen. Immerhin erregte sie dadurch die öffentliche Meinung und die Nerven der Großgrundbesitzer so sehr, daß die Regierung sich schließlich gezwungen sah, sich zur Duldung dieser Besetzungen zu verpflichten - mit der Bedingung, daß die ADC ihrerseits von weiteren Landbesetzungen absah. Dies war der Inhalt des "3. Juli"-Abkommens, das später in den Friedensvertrag aufgenommen wurde. Bei der Umsetzung der Friedensverträge gingen die meisten Landbesetzungen dieses Abkommens in das PTT über, so daß die ADC nur noch die Legalisierung von 17 Landbesetzungen mit der Agrarreformbehörde ISTA zu verhandeln hatte. Ein zäher Prozeß des Taktierens setzte ein und kam nur unter ständigem Druck der ADC und der Vereinten Nationen voran. Anderthalb Jahre dauerte es, bis das ISTA sich bereit fand, BesetzerInnen und Landstücke genau zu registrieren. Es verging fast ein weiteres Jahr, bis es zur Legalisierung kam. Dies bedeutete allerdings nicht, daß die Bäuerinnen und Bauern das besetzte Land einfach übereignet bekommen hätten. Ganz ähnlich wie beim PTT hatten die LandbesetzerInnen nur das Recht, vom Staat gekauftes Land zu erwerben. Hatte der ursprüngliche Eigentümer Lust, das Flurstück zu verkaufen, konnten die Bauernfamilien bleiben. Wenn nicht, wurden sie umgesiedelt. Letztendlich wurden die 1.577 erwachsenen NutznießerInnen des "3. Juli" auf elf Haciendas mit ungefähr 1.700 Hektar Land angesiedelt. Das sind pro Familie etwa zwei Hektar, was zwar nicht genug für eine anständige Ernährung ist, doch zuviel, um es jemals bezahlen zu können. Aber das bekümmert die Leute nicht sonderlich. "Wir bezahlen, was wir können", d.h. fast nichts, ist die allgemeine Grundhaltung. "Hauptsache, wir haben das Land - und Kämpfen sind wir ja gewohnt." In diesem Sinn ist die Umsetzung des "3. Juli"-Abkommens ein Erfolg. Auch wenn er quantitativ nicht von Belang ist, ist er doch politisch und symbolisch wichtig: Der ARENA-Regierung konnte die Legalisierung von Landbesetzungen abgerungen werden. Dies ist nicht zuletzt für das Ansehen der ADC bei den Landlosen, der übrigen Volksbewegung, bei der Regierung und den Vereinten Nationen von Bedeutung.

Schlechte Zeiten für eine Agrarreform

Laut Friedensvertrag sollte es neben dem PTT und dem "3. Juli" noch zu einem weiteren Landtransferprogramm kommen. Nach dem ersten Artikel des Agrarkapitels soll auch alles Land, das über den privaten Maximalbesitz von 245 Hektar hinausgeht, enteignet und den Landlosen überschrieben werden. Damit bestätigt der Friedensvertrag, was die Verfassungsartikel 105 und 267 bereits 1983 festgelegt haben und was eine verspätetete Sekundärgesetzgebung 1988 konkretisiert hatte. Leider ist es aber weder vor noch seit dem Friedensvertrag gelungen, diese "excedentes", d.h. Überschußländereien, zu enteignen. Die Agrarreformbehörde ISTA hat alles getan, ihren gesetzlich eindeutig definierten Auftrag zu verweigern - mit der fadenscheinigen Begründung, es gebe keine "excedentes" mehr. Die ADC hat Ende September zusammen mit FIAN, der internationalen Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren, eine Liste von 361 "excedentes"-Eigentümern publiziert. Nach dieser Liste gibt es mehr als 97.000 Hektar Land, das schon seit Jahren hätte enteignet werden müssen. Immerhin wurde und wird dadurch über 20.000 landlosen Familien der Zugang zu Land verwehrt. Seit Unterzeichnung der Friedensverträge wurden mehrere "excedentes" besetzt. In mindestens sieben Fällen hat eine trilaterale Kommission aus ADC, ISTA und UNO bereits festgestellt, daß Überschußland vorliegt. Nichtsdestotrotz weigert sich der Präsident des ISTA standhaft, das Dokument zu unterzeichnen. FIAN hat sich mit Petitionen an das Parlament, das Menschenrechtskommissariat sowie an die nationalen und internationalen Instanzen zur Überwachung des Friedensabkommens gewandt. Trotz dieser Bemühungen ist allerdings noch kein Durchbruch erzielt worden. Daß die ARENA-Partei und die von ihr gestellte Regierung blockieren, ist nicht weiter verwunderlich. Aber daß die ehemalige Guerrilla und heutige Partei FMLN ebenfalls kaum Interesse aufbringt für die "excedentes", ist doch bemerkenswert. Es mag zu einem Teil daran liegen, daß sie viele interne Konflikte auszustehen hat und mit sich selbst beschäftigt ist. Ein Grund ist jedoch sicher auch, daß sie Enteignungen und Besetzungen auch nicht mehr so gut findet wie früher... Insgesamt ist die Großwetterlage für Agrarreformen ja eher ungünstig. Nach neoliberaler Lehre basiert das Wirtschaftswachstum eben auf der Sicherheit der Investition, die durch die Sicherheit des Privateigentums garantiert wird. Das Recht auf Land hat ausschließlich, wer das Geld hat, es zu kaufen. Dies ist das Land-Credo des Marktes und eine furchtbare Realität nicht nur für die salvadorianischen Landlosen. Deswegen wird der PTT zu neuen Konflikten führen. Wenn die Bäuerinnen und Bauern das Land nicht wieder wegen Überschuldung verlieren wollen, werden sie sich wehren müssen.

Deswegen ist auch der Kampf um die "excedentes" so wichtig. Wenn es nicht möglich ist, ein Agrarreformprogramm durchzuführen, das sich auf Verfassungsartikel, Sekundärgesetzgebung, Friedensvertrag und Menschenrechte stützen kann, dann ist überhaupt keine Agrarreform mehr möglich. Dann allerdings wäre für die Landlosen tatsächlich die Zukunft gestorben, und der Frieden käme nie dorthin, wohin er es bis heute in El Salvador nicht geschafft hat: aufs Land.

Martin Wolpold



Landbesetzer auf einer „excedentes"-Hacienda, Foto: Martin Wolpold



Der Autor arbeitete von August '93 bis Juli '94 als Beauftragter der Menschenrechtsorganisation FIAN mit der salvadorianischen Bauernbewegung ADC zusammen.

Vorwort



Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera" ist nicht nur ein zehn Jahre alter Romantitel, der im Zeichen von „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker" erschien. In ihm kommt darüberhinaus das Lebensgefühl einer ganzen Generation von InternationalistInnen zum Ausdruck. Nicaragua war ein kleines, von den Yankees bedrohtes Land, dessen 'dignidad' (Würde) es auch hier zu verteidigen galt. Die Metropolen durften kein ruhiges Hinterland sein: unsere Solidarität war gefordert. Nicht wenige opferten ihren Jahresurlaub und reihten sich in die zahlreichen Brigaden ein. Im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten gestaltete sich die Geschichte dort ja äußerst transparent, zudem wurde viel experimentiert. Die Suche nach einem „dritten Weg" bewegte wieder die Geister, auch wenn die pingeligen Deutschen an den chaotischen Projekten einiges auszusetzen hatten. Wer in den inzwischen wohl etwas verstaubten Büchern der Kult-Autorin Gioconda Belli blättert, spürt diesen heißen Hauch der Geschichte, der uns auf die Straßen trieb. Mit den Sätzen „Die Fackel ist entzündet, niemand wird sie mehr löschen können. Niemand wird den Klang der Trommeln zum Verstummen bringen können", endet ihr Bestseller „Bewohnte Frau".

Heute noch versuchen Teile der restlichen Mittelamerikasolidarität mit der Parole „Solidarität bleibt unsere Waffe" ihre Projektionen aufrechtzuerhalten und beweisen damit doch nur, daß die Frage nach der Wahl der Waffen ihnen schon immer wichtiger war als die konkreten Verhältnisse, unter denen die Menschen dort zu leben hatten und haben. Die Geisterdebatte um die Frage, welche Fraktion der inzwischen de facto gespaltenen ehemaligen Befreiungsbewegungen FMLN und FSLN sozialistischer ist, beweist nur die Zählebigkeit des Schablonendenkens.

Juan Goytisolo ist demgegenüber zuzustimmen, wenn er im Zusammenhang von Begrifflichkeiten wie Sozialismus oder Solidarität trocken konstatiert: „Als Waisen der Wörter haben wir die Fähigkeit verloren, glaubhafte Alternativen zu formulieren". In dieser ohne Frage schwierigen Situation gilt es die Suche nach der verlorenen Zukunft der Solidaritätsbewegung wieder aufzunehmen.

Der folgende Themenblock soll, in Anknüpfung an den vorherigen Schwerpunkt, Kernpunkte unseres schwach gewordenen inhaltlichen Selbstverständnisses bestimmen, um politisch wieder an Profil zu gewinnen. Kontroverse Debatten sind dabei erwünscht. Einige Beiträge im letzten Heft, und hoffentlich auch in diesem, regten erfreulicherweise zu Antworten an, die wir Euch in der Ausgabe 202 präsentieren wollen.

In einem Interview mit dem Mittelamerika-Komitee Freiburg (MAK) bleiben wir nicht bei der Frage stehen, „Was war an der Solidaritätsarbeit falsch belichtet", sondern es geht auch um die praktischen Konsequenzen, die das MAK aus seiner fast fünfzehnjährigen politischen Arbeit gezogen hat. Die Idee zum Aufbau eines Kreditfonds für Genossenschaften in El Salvador steht dabei im Vordergrund.

Kuba war für viele Solidaritätsbewegte trotz alledem und alledem ein leuchtendes Vorbild. Auch heute noch ist Kuba für nicht wenige ein schöner Apfel, der aber den Wurm des Kapitalismus schon in sich trägt. Demgegenüber ist für Bert Hoffman nicht der Wurm das Problem, sondern der Glaube an den Schein des schönen Apfels. Er plädiert für eine Pluralisierung der Kuba-Solidarität, die jenseits des „Modells Kuba" die Vielfältigkeit der kubanischen Gesellschaft erfaßt und unter dieser Voraussetzung die Blockadepolitik der USA glaubhafter kritisieren könnte.

Auch staatenlose Gesellschaften sind vielfältigen Blockaden ausgeliefert. In Kurdistan-Irak ist es die Blockade der irakischen Regierung und der UNO. Die Maßnahmen von Hilfsorganisationen, die nur helfen wollen, ohne den politischen Rahmen ihrer Hilfe zu reflektieren, verstärken das jahrelange Drama Südkurdistans. Zynisches Gerede? Mitnichten, wer sich die Projektpolitik genauer anschaut, erkennt schnell, daß die Projekte über das hierzulande oft idealisierte Subsistenzniveau nicht hinausgehen. Zudem beschränkt sich die Unterstützung, je nach politischem Weltbild, nur auf einen Teil Kurdistans. Wer sich mit der PKK solidarisiert, nimmt nur verzerrt wahr, was im südlichen Teil von Kurdistan vorgeht und umgekehrt.

Nicht nur in Kurdistan treten die Schwächen der Solidaritätsbewegung offen zutage. Michael Bommes und Albert Scherr gehen weiter und decken die analytischen Schwachstellen der Dritte-Welt-Bewegung im Bereich von Anti-Rassismus und Flüchtlingspolitik auf. Moralisch aufgeladene Solidaritätsforderungen führen oft zu einer quasi-religiösen Aufrüttelungsrhetorik, die Gefahr läuft, reaktionäre Weltbilder zu transportieren. Mit dieser Kritik und der Forderung nach einer größeren Politikfähigkeit der Solidaritätsbewegung begründen die Autoren ihre Zustimmung zu Einwanderungsgesetzen. Da kamen wir nicht umhin, doch noch eine kleine Anmerkung zu machen.

Mit Begrifflichkeiten wie 'Völker', 'kultureller Identität' und 'Ethnie', die unser Autorenteam im vorherigen Beitrag kritisiert, hantiert mit Vorliebe die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). In der hauseigenen Postille 'pogrom' ist dann auch schon mal von „Mischehen" die Rede, die unerwünschte Folgen zeitigen. Wer sich die Reden und Beiträge ihres Vorsitzenden Tilman Zülch zur Brust nimmt, kann die GfbV nicht mehr ernst nehmen, ja sie ist sogar als politisch gefährlich einzustufen.

Die wie Pilze aus dem Boden schießenden Lobby-Organisationen sind zwar nicht unbedingt gefährlich, leisten aber der Illusion Vorschub, Reförmchen könnten doch zu einer Aufhebung der weltweiten ökonomischen und politischen Ungleichgewichte führen. In Kauf genommen werden hierarchisierte Strukturen und eine Abkehr der ehemals hochgehaltenen Basisorganisierung - nur um auf Teufel komm' raus mit den Regierenden in Kontakt zu kommen.

Die Redaktion

Kuba-Solidaritäten

Wider die Fixierung auf Staat oder Verrat

Kuba widersteht, sagen die einen, und sagen: Weiter so.
Kuba verfault, sagen die anderen, und sagen: Weiter so.

Wohl mehr und dauerhafter als irgendein anderes Land war Kuba für die Solidaritätsbewegung in den vergangenen 35 Jahren ein Fixpunkt, ein Hoffnungsträger. Doch der alte Traum vom David, der den Goliath besiegt, ist ausgeträumt. Nüchtern zieht Bert Hoffmann Bilanz und plädiert für eine "Pluralisierung" der Kuba-Solidarität.

Für den Blick von außen war Kuba vor allem eines: Symbol. Ein Chiffre für Hoffnung. Ein Modell. Kuba, das dem ganzen Kontinent die Würde wiedergegeben hat. Auch heute gibt es für diese Sicht auf Kuba noch Triumphe gratis: Auch fünf Jahre nach dem Fall der Mauer ist Kuba nicht gefallen! Kuba als Balsam für die Seelen, wo auf eigenem Terrain die Erfolge so dünn gesät sind. Nur: Das Symbol Kuba hochzuhalten ist eine Sache, in ihm leben zu müssen, eine andere.

Kuba ist nicht gefallen für die, denen "Kuba" das politische System und Fidel Castro ist, die Herrschaft der Partei, der revolutionären, der einen, und das offizielle Bekenntnis des Staates zum "Sozialismus". Wenn Kuba aber mehr ist, wenn Kuba eine Gesellschaft ist und eine Kultur und das Leben und die Werte und die Hoffnungen von elf Millionen Menschen, dann zerfällt dieses Kuba derzeit in dramatischen Formen. Sicher, es gibt eine notwendige Solidarität mit dem Staat Kuba, sozusagen eine "Solidarität nach außen": gegen das Wirtschaftsembargo der USA und die politischen Pressionen, gegen militärische Drohgebärden und reale Angriffe, gegen Okkupationsszenarien und ihre Wegbereitung durch eine rigide Strategie ökonomischer Erdrosselung. Nur ist neben der Solidarität gegen die Aggressionen von außen auch die nüchterne Betrachtung der Verhältnisse in Kuba selbst vonnöten.

Wo die Analyse der kubanischen Politik sich auf eine Kritik der jüngsten Regierungsentscheidungen beschränkt, auf die Öffnung des Landes für Dollars, das Werben um Auslandskapital etc., bleibt sie jedoch oft kurzatmig. Vor allem läuft sie Gefahr, sich in diesen vertrauten Feindbildern einzurichten - und dabei en passant die Vergangenheit zu idealisieren, anstatt die jetzige, bittere Entwicklung als die Folge eben dieser Vergangenheit zu verstehen.

Beispielhaft formulierte diese Sicht Dorothee Piermont, langjährige Vorkämpferin der Sache Kubas im Europa-Parlament, als sie unlängst bei einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg den Verdacht äußerte, daß "auch Kuba uns als schöner Apfel erscheint, der aber den Wurm des Kapitalismus vielleicht doch schon in sich trägt". Nicht der Wurm ist das Problem, sondern der Glaube an den Schein des schönen Apfels. Solange dieser nicht einer kritischen Reflexion der 35jährigen kubanischen Erfahrung mit Revolution und Sozialismus weicht, die auch bereit ist, geschätzte Gewißheiten in Frage zu stellen, wird auch die Kuba-Solidarität nicht aus ihrer gegenwärtigen Sackgasse herausfinden. Gefragt sind allerorten Szenarien, wie es in Kuba in Zukunft weitergeht; hier stattdessen zunächst ein Blick zurück.

Kuba war die Ausnahme

Modell Kuba. Lange Zeit trug Kuba dieses Wort fast wie seinen Vornamen. Modell für einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg in der Dritten Welt. Modell für Unabhängigkeit und Antiimperialismus. Modell des Sozialismus anstelle des Elends des abhängigen Kapitalismus. Nur: Gestimmt hat das nie. Kein Mißverständnis: In Kuba ist seit 1959 vieles erreicht worden. Aber "Modell" impliziert per Definition Nachahmbarkeit. Und Kuba war definitiv für niemanden nachahmbar. Man braucht nur die Sandinisten zu fragen, von denen viele nach 1979 gerne auch in Nicaragua einen Sozialismus wie in Kuba aufgebaut hätten, ohne die Macht profithungriger Unternehmer und mit bescheidenem Wohlstand für alle.

Doch Kuba war nicht Modell, sondern die Ausnahme. Allein durch die Frontstellung der Großmächte im Kalten Krieg, die Fidel Castro wie kein zweiter auszunutzen verstand, war eine Entwicklung in dieser Form möglich. So konnte in Kuba tatsächlich eine Gleichung aufgehen, wie die Linke es ersehnte: Daß der radikale Konflikt mit den Mächtigen zu einem besseren Leben für die Vielen führt. Denn der revolutionäre Umsturz wird von der Mehrheit der Bevölkerung nie nur wegen der Aussicht auf mehr Würde unterstützt, sondern auch auf mehr Brot; wenn die Yankees und die Konzerne nicht mehr das Land ausbeuten, wenn die Elite entmachtet und die Großgrundbesitzer enteignet sind, dann wird der Reichtum der Nation endlich gerechter verteilt und die Armut überwunden werden können. Die Führung der kubanischen Revolution legte sich mit allen Trägern der alten Macht gleichzeitig an (und mit anderen, die es nicht waren), und trotzdem gab es Bildung und Gesundheit für alle, Lebensmittelkarten und Wohnungsbauprogramme und Stipendien zum Studium im Ausland.

In Nicaragua platzte die Gleichung. Der - erheblich weniger radikale - Konflikt mit den Mächtigen führte zur heftigen Gegenreaktion: Handelsboykott und Contra-Krieg, Unternehmerstreik und Kapitalflucht. Die Revolution brachte Hoffnung, nationalen Stolz und soziale Veränderungen, aber um den Preis eines bitteren Krieges, einer ausweglos scheinenden Wirtschaftskrise und einer galoppierenden Inflation von 23.000 Prozent. "10 Jahre lang gab's Würde zu essen", bilanzierte dies Xavier Gorostiaga, und danach eine Niederlage an den Wahlurnen.

In Kuba konnte der David dem Goliath trotzen und dabei auch noch gedeihen - doch nur, weil er seinen eigenen Goliath hinter sich hatte. Der atomare Schutzschirm der UdSSR sicherte die militärische Flanke, und die Fünf-Jahres-Pläne des RGW verschafften dem Außenposten in der Karibik eindrucksvolle Wachstumsraten. Die Milliarden-Subventionen der UdSSR sind inzwischen hinlänglich nachgerechnet worden. Allein das sowjetische Erdöl: 13 Milliarden Tonnen jedes Jahr, obwohl Kuba nie mehr



Es gibt nicht die eine Kuba-Solidarität - und ein Monopol darauf, welche die allein richtige ist, hat niemand.
Foto: cuba-libre

als 10 Milliarden verbrauchte. 3 Milliarden eingeplanter Überschuß, der nicht einmal nach Havanna verschifft wurde, sondern den die kubanische Regierung gleich aus Moskau auf eigene Rechnung gegen Dollars weiterverkaufen konnte. In Kuba macht die Bemerkung die Runde, daß nie eine Kolonie es gründlicher geschafft habe, ihre Kolonialmacht auszubeuten und in den Ruin zu treiben. Und: Kubas "Sonderperiode" hat nicht mit dem Zerfall der Sowjetunion begonnen, sie ist mit ihm zu Ende gegangen.

Zwänge der Ökonomie

"Man hatte uns immer erzählt, daß der Sozialismus eine Produktionsweise sei", sagt ein kubanischer Freund, "aber in Wirklichkeit war er bei uns immer nur eine Verteilungsweise." Heute sind die Lieferungen aus der Sowjetunion Geschichte und kein noch so großes Wollen schafft Abhilfe gegen die Zwänge der Ökonomie. Das ist kein Kniefall vor dem Neoliberalismus, das ist der alte Marx: Kein Überbau kann auf Dauer bestehen, wenn ihm die materielle Basis abhanden gekommen ist.

So kippen - mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - auch in Kuba die Grund- und Glaubenssätze: Die Öffnung für das einst verfluchte Auslandskapital, das Werben um Investoren, die Legalisierung des US-Dollars etc.. Und es wird noch Schlimmeres kommen. Hier soll es nicht um große Spekulationen gehen, nur in Kürze drei Punkte, die zwar hinausgezögert werden können, aber doch mit ziemlicher Sicherheit absehbar sind. Die Massenentlassungen: Ökonomen in Havanna rechnen mittelfristig mit einer bis anderthalb Millionen KubanerInnen (bei einer Erwerbsbevölkerung von vier Millionen), die zwangsläufig ihre Arbeitsplätze verlieren werden, wenn die nicht mehr finanzierbaren Subventionen für die Staatsbetriebe gestrichen werden. Der offene Ausbruch der zurückgestauten Inflation. Die Währungsreform, die bereits angekündigt ist. Das neue Geld soll konvertierbar und am US-Dollar orientiert sein. Wenn es halbwegs stabil sein soll, wird es sehr exklusiv sein müssen. Bei all dem steht die autoritäre Absicherung dieses Prozesses in der kubanischen Führung - die "Reformer" eingeschlossen - nicht in Frage.

Das ist schmerzhaft, und wer's billig möchte, kann "Verrat" schreien und Castro & Co als marktwirtschaftliche Wendehälse outen. Geschenkt. Er schreit vor allem gegen seine eigenen Illusionen an. Die "Kapitulation vor dem Kapitalismus" in der gegenwärtigen kubanischen Wirtschaftspolitik ist nicht das Gegenteil des jahrzehntelangen Staatssozialismus, sondern seine späte Konsequenz.

Der Schuldenberg Kubas

Das Problem der Auslandsverschuldung (und zwar der gegenüber dem Westen) soll dies verdeutlichen. Seit 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos die Schuldenkrise offen zutage trat, wurden die 80er Jahre zum "verlorenen Jahrzehnt" Lateinamerikas. Nur in Kuba präsentierte die Regierung weiterhin jährliche Wachstumsraten und kritisierte energisch die lateinamerikanischen Staatschefs, die sich den Anpassungsprogrammen von IWF und Weltbank unterwarfen.

Doch auch Kubas Verschuldung gegenü-

ber dem Westen stieg, von 2,8 Milliarden US-Dollar 1983 auf 6,1 Milliarden 1987. Und 1986 konnte auch Kuba den Schuldendienst dafür nicht mehr leisten. Die Gläubiger antworteten mit einer Sperre der Kredite. Für kein anderes Land, schon gar nicht für ein so extrem importabhängiges wie Kuba, wäre diese Situation länger tragbar gewesen. Für die Wirtschaftsplaner in Havanna hingegen gab es einen einfachen Ausweg: So "beschließt die kubanische Regierung 1986, die Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern auf ein Minimum zu reduzieren und sie stattdessen auf die Länder des RGW, vor allem auf die UdSSR zu konzentrieren."[1] Es geht weniger darum, daß dies aus heutiger Sicht ziemlich das fatalste war, was man tun konnte, als vielmehr darum, daß das Problem schon 1986 existierte und nur durch Kubas Ausnahmesituation - die Integration in den RGW - gelöst wurde. Mit zeitlicher Verzögerung schlägt die Krise nun umso unerbittlicher zu. Und mit dem Fortschreiten der Krise hat die kubanische Regierung zunehmend weniger Spielräume, über die Bedingungen der Anpassung zu verhandeln.

Was folgt nun aus alledem? Kapitalismus allüberall, und eh' alles egal? Und Solidarität mit Kuba ein Anachronismus? Nein, keineswegs. Solidarität und Hilfe tun Not. Nur: wer die Solidarität mit Kuba mit dem kubanischen Staat und der Regierung identifiziert, der wird Kröten schlucken, die nicht verdaubar sind, oder er wird sich irgendwann "enttäuscht" abwenden. Dabei geht es nicht darum, den kubanischen Staat in Bausch und Bogen zu verdammen; auch wenn die Errungenschaften der Revolution mit der wirtschaftlichen Krise zunehmend zerfallen, kommen ihm noch immer unleugbare Verdienste zu, etwa im Bildungssystem oder der Gesundheitsversorgung. Die kritische Ernährungslage freilich kann er nicht beheben. Vor allem aber ändern diese Leistungen nichts daran, daß erst die Lösung von der Fixierung auf die Staatslogik mit ihren Dichotomien von Loyalität oder Verrat, Unabhängigkeit oder Kapitulation, Sozialismus oder Kapitalismus etc. auch den Raum freigibt für einen differenzierenden Blick, der der komplexen kubanischen Gegenwart gerechter wird.

Das Damoklesschwert der Illegalität

Mit der Krise der formellen Ökonomie ist in Kuba, wie in anderen Ländern der Dritten Welt auch, eine rasante Expansion des informellen Sektors einhergegangen. So gut wie jede kubanische Familie greift für die Organisation des alltäglichen Lebens in der einen oder anderen Weise auf ihn zurück oder hält sich durch ihn über Wasser. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Artikeln des Grundbedarfs ist in Kuba heute ohne den informellen Sektor praktisch nicht vorstellbar.[2]

Der wesentliche Unterschied zu anderen Ländern liegt vor allem im Verhältnis des Staates zu diesem informellen Sektor. Er toleriert ihn, und eine Abschaffung wäre nur durch eine flächendeckend repressive Lösung denkbar und wäre ökonomisch selbstmörderisch. Dennoch ist der informelle Sektor in Kuba nur zu einem kleinen Teil legal, der weitaus größte Teil bewegt sich in einer Grauzone zwischen "Nachbarschaftshilfe" und "Schwarzmarkt", ohne rechtliche Absicherung und unter dem beständigen Damoklesschwert der Illegalität. Es ist also geradezu ein Euphemismus anzunehmen, dies sei eine Ökonomie "nach rein kapitalistischen Kriterien" (Eggers in iz3w Nr.198). Es fehlt eine auch nur minimale Rechtssicherheit für ProduzentInnen und VerbraucherInnen, für KäuferInnen und VerkäuferInnen. Und vor allem gibt es keine öffentliche Konkurrenz des Angebots, sondern nur eine enorm große Nachfrage, die sich in der Regel mit dem zufrieden geben muß, was ihr angeboten wird. Den verlangten hohen Preisen ist die Bevölkerung weitgehend schutzlos ausgeliefert, gerade weil die Halb- oder Illegalität die AnbieterInnen in der Praxis oft konkurrenzlos macht. (Die einzige öffentliche Konkurrenz sind die Dollarshops des Staates - in denen aber auch dieser seine Monopolstellung ausnutzt und ebenfalls atemberaubende Preise verlangt.)

Fiktion der Schöne-Apfel-Ökonomie

Die traditionelle Linke, die primär an den Konflikten der formalisierten Arbeitswelt zwischen Kapital und Lohnarbeit orientiert war, hat sich mit dem informellen Sektor in den Ländern des Südens schwer getan. Es hat bittere Erfahrungen gegeben, bevor man die Interessenvertretung der "Informales" als einen der Kernpunkte linker Politik in der Dritten Welt akzeptiert hat. Für die Sandinisten etwa - um noch einmal auf das Beispiel Nicaragua zurückzukommen - war genau dies eines der Ergebnisse ihrer Selbstkritik nach den verlorenen Wahlen, und inzwischen ist es für sie selbstverständlich, fliegende HändlerInnen und informelle Kleinproduzentinnen gegen staatliche Willkür zu verteidigen.

Kuba sei das einzige Land, so warb Fidel Castro unlängst um Auslandskapital, in dem Investoren nicht befürchten müßten, daß sie eines Tages durch eine Revolution enteignet würden - Kuba habe seine Revolution schließlich schon hinter sich, und es sei die Führung der Revolution selbst, die die Investitionen und den freien Rücktransfer der Profite garantiere.

Die Argumentation ist erschlagend. Und dennoch: Wenn diese und andere ähnliche Kehrtwenden als Entwicklung Kubas in Richtung Marktwirtschaft verstanden werden, wird gerade die entscheidende Schieflage übersehen, die den bisherigen Reformprozeß prägt. Es gibt für die kubanische Bevölkerung heute tatsächlich nicht mehr, sondern weniger legale Marktmechanismen als vor zehn Jahren. Zugespitzt gesagt: Öffnung gibt es nach außen, nicht nach innen. Kein "reiner Kapitalismus" hält Einzug, sondern ein Kapitalismus für die ausländischen Investoren und die Kader.

Es ist vor allem diese Diskrepanz, die in der kubanischen Gesellschaft die entscheidende "Gerechtigkeitslücke" schafft. Einst ins Exil gegangene KubanerInnen werden als potente Groß-Investoren umworben, während den KubanerInnen, die der Revolution treu blieben, noch der Betrieb einfacher Garküchen im Hinterhof verboten bleibt.

Nein, die US-Blockade ist bei all dem nicht vergessen. Sie verschärft die kubanische Krise in tausenderlei Form, sie ist für jegliche Wirtschaftsperspektive Kubas ein Hindernis allererster Ordnung; die Gleichung, daß die Konfrontation mit den Mächtigen wirtschaftliches Wohlergehen für das Volk ermöglicht, geht auch in Kuba nicht mehr auf. Das rechtfertigt in keiner Weise die Machtpolitik der Mächtigen: Den USA ist jede Legitimation für die Blockade abzusprechen, sie ist unmoralisch, völkerrechtswidrig, sie ist in aller Schärfe zu verurteilen. Und die Embargopolitik folgt nicht hehren Zielen von Demokratie und Menschenrechten, sondern der traditionellen Imperialpolitik der USA und den ökonomischen Interessen der alten kubanischen Elite im Exil.

Aber: Gerade wenn die erreichte und zu verteidigende Unabhängigkeit Kubas als wichtigste Legitimation, die Fidel Castro für die Einparteienherrschaft der Revolution ins Feld führt, ernst genommen werden will, dann muß die Politik der Regierung Castro als kubanische Politik auch unabhängig von der - wie feindlich auch immer gearteten - Politik eines anderen Staates diskutierbar sein. "Es scheint mir unmoralisch, die ernsthafte Suche nach Lösungen für die kubanischen Probleme davon abhängig zu machen, daß die USA das Embargo aufheben", sagte Jesús Díaz unlängst bei einem Treffen mit kubanischen Schriftstellern, die noch auf der Insel leben [3]; "die USA können sich den Luxus leisten zu warten." Kuba nicht.

Viele Kuba-Solidaritäten

Bislang ist in diesem Artikel anhand einiger Punkte skizziert worden, wie eine andere, nüchternere Sicht auf Kuba aussehen könnte, eine Verschiebung der Perspektive weg von der Fixierung auf den Staat und hin zu der kubanischen Gesellschaft. Was heißt das nun für die praktische Solidarität mit Kuba? Zunächst einmal, ganz banal, daß ein großer Bedarf für sie besteht. Hilfe von außen kann die Probleme Kubas sicherlich nicht lösen, aber doch in bescheidenem

Maße zur Linderung einiger Nöte beitragen. Es fehlt an vielem: Ersatzteile für Busse und Krankenhäuser, Schulmaterial, Medikamente und Biogasanlagen. Und Milch für Kubas Kinder, nicht, weil in Kuba die Würde des Kontinents gewahrt wird, sondern weil Kubas Kinder Milch brauchen, Punkt.

An konkrete Projektsolidarität und Hilfe für Kuba werden dabei in vielem die gleichen Kriterien anzulegen sein wie für andere Länder. Manches ist leichter; weil die kubanische Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten derart heftig Einflüssen von außen ausgesetzt war, hat sie erheblich mehr Erfahrung im Umgang mit auswärtigen Helfern und ihren Produkten als viele andere "Empfänger" in der Dritten Welt. Was nicht heißt, daß nicht auch in Kuba wohlgemeinte ausländische Hilfe gewachsene Strukturen beschädigen oder zerstören kann.

Wenn dies ein Plädoyer für eine nicht staatsfixierte Kuba-Solidarität ist, dann ist es aber auch eines gegen eine völlige Dämonisierung "des Staates", wie sie nicht unbedingt nur von "der Rechten" zu hören ist, sondern zum Teil auch von kritischen Leuten, die durch Erfahrungen der Opposition in der DDR und Osteuropa geprägt sind. Natürlich können staatliche Stellen, Ministerien, Behörden und staatsnahe Institute sinnvolle Kooperationspartner für praktische Kuba-Solidarität sein, in den Bereichen von Schule und Gesundheitsversorgung etwa liegt das auf der Hand.

Aber die Kuba-Solidarität sollte bei all dem zu ihrem eigenen Kopf stehen, und sie darf auch in Kuba den Autoritäten gegenüber respektlos auftreten, wenn sie es will. Wenn die Regierung zur Kanalisierung ausländischer Gelder seit einigen Jahren den Aufbau von offiziellen NGOs betreibt, dann ist dies eine Sache, die andere Regierungen in der Dritten Welt schon lange vorher getan haben; in der Entwicklungsszene gibt es dafür den ironischen Ausdruck "GONGOs": Government Organized Non-Government Organisations. Dennoch lassen sich mit vielen dieser staatsnahen NGOs in Kuba sicherlich Projekte durchführen. Nur darf darüber nicht vergessen werden, daß es für eine tatsächlich unabhängige gesellschaftliche Interessenvertretung "von unten" in Kuba derzeit politisch keinen Raum gibt. Alle bisher gegründeten NGOs müssen der Regierung als zuverlässig loyal erscheinen, und die praktische Personalpolitik an ihrer Spitze sichert dies entsprechend ab. Und ein Institut etwa, das auf Beschluß des ZK gegründet wurde und nun als NGO firmiert, ist einfach nicht das, was wir üblicherweise unter "Non-Government" verstehen würden. Und das sollte man auch sagen, es wird sonst schnell sehr peinlich. Glaubwürdigkeit ist im Kampf gegen den Imperialismus keine vernachlässigbare Sekundärtugend.

Der Protest dagegen etwa, daß die USA den kritischen kubanischen Sänger Carlos Varela nicht einreisen lassen, wird nur dann Überzeugungskraft haben, wenn auch die Restriktionen, denen er in Kuba ausgesetzt ist, nicht stillschweigend gerechtfertigt werden. Man kann, wenn man mit Kuba zu tun hat, die jüngste, teilweise drastische Verschärfung der Strafgesetze kritisieren, auch wenn es in Guatemala viel schlimmere Gesetze, in den USA die Todesstrafe und in Deutschland skandalöse Isolationshaft gibt. Man kann selbstverständlich für die Rechte derer eintreten, die bei den Unruhen am 5. August verhaftet wurden, und gleichzeitig eine US-Politik anklagen, die genau auf solche sozialen Ausbrüche abzielt und sie durch die Embargo-Politik aktiv schürt. Man kann die sechs Monate Hausarrest verurteilen, die dem Dissidenten Elizardo Sánchez aufgebrummt wurden, ohne seine politischen Positionen für die richtigen zu halten. Man kann mit der regierungsnahen Organisation "ProNaturaleza" ein Naturschutzprojekt unterstützen, aber gleichzeitig solidarisch zu dem jungen Physiker halten, der die Frage, wo Kuba denn die radioaktiven Abfälle aus seinen Krankenhäusern und den wissenschaftlichen Versuchen der Nuklearphysiker lasse, allzu hartnäckig stellte, dafür seinen Job verlor und andere Repressalien erfuhr und nun sehr unfreiwillig im Exil in Schweden lebt. Es gibt nicht eine Kuba-Solidarität, es gibt viele Kuba-Solidaritäten. Und ein Monopol darauf, welche die einzig richtige ist, hat niemand. Die oft angeführte "Einmischung in die Angelegenheiten Kubas" ist letztlich ein politisch nach Belieben handhabbares Null-Argument; jede internationale Solidarität ist zwangsläufig und per Definition eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, immer.

Wenn die Kuba-Solidarität zu einer derartigen Pluralisierung findet, und ihr jenseits der Hoffnungen auf Staat, Modell und Sozialismus die so vielfältige kubanische Gesellschaft wieder mehr in den Vordergrund rückt - ja, dann könnte vielleicht auch die Solidarität mit dem Staat Kuba gegen die Zumutungen der Mächtigen und die Blockade-Politik der USA politische Stärke gewinnen. Zu wünschen wäre es.

Bert Hoffmann

Anmerkungen:

1) Carranza Valdés, Julio: Die Krise - eine Bestandsaufnahme, in: Hoffmann, Bert (Hg.): Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte, S. 18; Vervuert Verlag, Frankfurt M. 1994.

2) Vgl. insbesondere den Aufsatz von Ingrid Kümmels: "Jenseits des sozialistischen Staates. Betrachtungen einer Ethnologin zum Gegen-, Mit- und Ineinander verschiedener Weltbilder in der kubanischen Alltagskultur" im soeben erschienenen Jahrbuch: Lateinamerika Analysen und Berichte 18 "Jenseits des Staates?"; Horlemann Verlag, Bad Honnef, 1994.

3) Das Treffen fand vom 24. bis 29. Mai in Stockholm statt. Die fünf SchriftstellerInnen aus Kuba waren Miguel Barnet, Pablo Armando Fernández, Reina María Rodríguez, Senel Paz und Antón Arrufat, die Gruppe der außerhalb Kubas lebenden Autoren bestand aus Heberto Padilla, Lourdes Gil, René Váazquez Díaz, Manuel Martínez und Jesús Díaz. Die "16 Anmerkungen zum kubanischen Ungleichgewicht", die Jesús Díaz dort vorstellte, sind auf deutsch erschienen in der WoZ (Zürich) vom 17.6.'94.

Hilflose Helfer

Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft in Süd-Kurdistan

Wird durch die Unterstützung der Hilfswerke die Bevölkerung in Kurdistan-Irak ihr Leben auf unabsehbare Zeit als marginalisierte „Staatenlose" fristen müssen? Die Solidaritätsbewegung muß sich diese Frage gefallen lassen, da sie durch die Idealisierung der Subsistenz, die Fixierung auf die eigenen Projekte und die Aufteilung der Kurdistansolidarität die politischen Rahmenbedingungen aus den Augen verliert und somit unbewußt den Interessen der Regionalmächte in die Hände spielt.

In den Projektberichten der internationalen Hilfsorganisationen, die in Kurdistan-Irak arbeiten, grünt und blüht es. Mit den Zahlen der durch die Hilfsmaßnahmen Begünstigten wird jongliert, wie mit dem kleinen Einmaleins in der Grundschule. Nicht beschrieben wird, daß diese Maßnahmen nur einem ausgewählten Teil der Bevölkerung zugute kommen. Die tägliche Angst vor einem irakischen Angriff, Bombardierungen der türkischen Luftwaffe oder iranischem Raketenbeschuß können auch die Maßnahmen der Hilfsorganisationen nicht beseitigen. Unter Beibehaltung der Rahmenbedingungen konnte die internationale Hilfe nicht verhindern, daß sich die Verelendung und die sozialen Konflikte zugespitzt haben.

Die Politik des Baath-Regimes in Kurdistan

Nach der Beendigung des iranisch-irakischen Krieges zerstörte die irakische Armee 1988 mehr als viertausend kurdische Dörfer in Kurdistan-Irak, teilweise unter Einsatz von Giftgas, das mit deutschem 'Know-how' produziert werden konnte. Mehr als eine Million Menschen wurden deportiert. Schon 1985 wiesen die Führer der beiden großen kurdischen Parteien, Masoud Barzani (KDP) und Jelal Talabani (PUK), in öffentlichen Briefen an die Vereinten Nationen auf den bevorstehenden Völkermord durch die irakische Armee an der kurdischen Bevölkerung hin. Die internationale Unterstützung blieb ihnen versagt. Im Gegenteil, die Waffenlieferungen an die irakische Regierung setzten nicht aus.

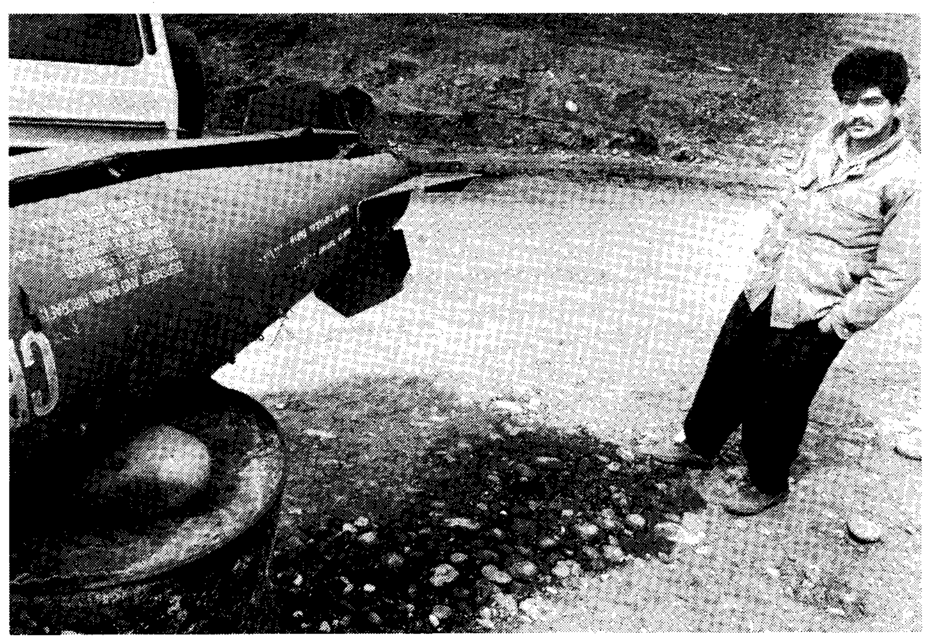
Ein staatliches System von Begünstigungen, ermöglicht durch die steigenden Öleinnahmen, machte aus ehemals bäuerlichen Produzenten Konsumenten. Sie waren nun abhängig von staatlichen Zuwendungen und Stellen und spürten zudem den alles beherrschenden staatlichen Sicherheitsapparat. Um die durch die Zerstörung entstandene Arbeitslosigkeit aufzufangen, schuf die irakische Regierung Arbeitsplätze in der sich aufblähenden, staatlichen irakischen Verwaltung, so daß letztlich ein Drittel der kurdischen Bevölkerung von den monatlichen staatlichen Lohnzahlungen abhängig wurde. Aufgrund staatlicher Subventionierung konnten andere ihren Lebensunterhalt im sich ständig vergrößernden Dienstleistungssektor sichern. An den staatlichen Aufträgen für Militäranlagen und dem Bau von Umsiedlungslagern für die deportierte kurdische Landbevölkerung konnten sich vor allem Ingenieure und Architekten bereichern. Die landwirtschaftliche Existenzgrundlage der kurdischen Bevölkerung im Irak wurde dagegen vollkommen zerstört.

Mit der Niederschlagung des kurdischen Aufstands gegen die Regierung von Saddam Hussein nach der Beendigung des Golfkrieges im März 1991 blieben die regelmäßigen Zuwendungen des irakischen Staates für die kurdische Bevölkerung Kurdistan-Iraks aus. Aufgeschreckt durch die Bilder kurdischer Familien, die vor der vom Westen hochgerüsteten irakischen Armee in die Berge über die irakisch-iranische und irakisch-türkische Grenze flohen, begann eine scheinbar großzügige westliche Hilfe. Unterschiedslos an alle Flüchtlinge wurden Lebensmittel frei verteilt, was sie schließlich dazu bewog, aus den Lagern in der Türkei und dem Iran, nach Kurdistan-Irak zurückzukehren. Aber auch dort waren sie staatlichen Repressionen ausgesetzt.



Die Bevölkerung Kurdistan-Iraks ist nach wie vor abhängig von den Lebensmittelverteilungen der Hilfsorganisationen, Foto: R. Maro

Entlang der türkischen Grenze richteten die Alliierten Streitkräfte des Golfkrieges eine 'Sicherheitszone' mit mehreren Auffanglagern für die zurückkehrenden Flüchtlinge ein. Hunderttausende kehrten in die 'Sicherheitszone' und die kurdisch kontrollierten Gebiete zurück. Es schien, als könnten die Nothilfeprogramme der Industrienationen die Bedürfnisse der kurdischen Bevölkerung sichern und die Versorgung durch den irakischen Staat ersetzen. Die internationalen Hilfsorganisationen waren nach Verhängung des UN-Embargos gegen den Irak (im August 1990, nach der Besetzung Kuwaits) die einzigen, die die dringend benötigten Güter nach Kurdistan-Irak einführen konnten. Da auch der Irak seit Herbst 1991 keine Güter mehr nach Kurdistan-Irak lieferte, waren die Hilfsgüter der einzige Input für die desolate kurdische Wirtschaft.



Keine Sicherheit in der 'Schutzzone': Kurde mit von der Türkei abgeworfener US-Clusterbombe, Foto: R. Maro

Die Machtlosigkeit der kurdisch-irakischen Regierung

Im Herbst 1991 wurden die Verhandlungen mit Bagdad von kurdischer Seite abgebrochen. Die Führung der in der 'Kurdistan Front' zusammengeschlossenen Parteien einigte sich auf Parlamentswahlen. Über weitere Verhandlungen mit Bagdad sollten die von allen Kurden Kurdistan-Iraks gewählten Volksvertreter bestimmen.

Die internationalen Hilfsorganisationen setzten die gewählte Regierung lediglich wie ein Subunternehmen bei der Projektdurchführung ein, während die Regierung selbst über keinerlei eigene Mittel für Projekte verfügte. Die Bitte der kurdischen Regierung an die europäischen und US-amerikanischen Geldgeber um Mitbestimmung bei den Hilfsprojekten wurde abschlägig beschieden.

Die UN-Hilfswerke akzeptierten die Regierung zwar als Gesprächs-, nicht aber als Projektpartner. Stattdessen arbeiteten sie mit den alten irakischen Verwaltungsstrukturen, z.B. den Provinzgouverneuren, zusammen. Die unabhängigen Hilfsorganisationen hätten hier die wichtige Funktion übernehmen können, durch Zusammenarbeit mit der südkurdischen Regierung diese beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen zu unterstützen. Doch die meisten beriefen sich auf ihren rein humanitären Status, der jedes politische Engagement ausschließen würde. Unterstützung wie gemeinsame Beratungs- und Planungsprojekte für die eigenständige kurdische Entwicklung blieben die Ausnahme. Daß der Standpunkt Kurdistan-Iraks tatsächlich nicht gefragt war, zeigte sich auch bei den permanent stattfindenden internationalen Verhandlungen, wie z.B. über die Frage der Verlängerung des UN-Embargos, bei denen Vertreter der kurdischen oder irakischen Opposition noch immer nicht beteiligt sind.

Die schleichende Rehabilitierung des irakischen Regimes war vielmehr von Anfang an Ziel der westlichen Staaten und der UN. Im Juni 1994 schließlich reiste der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Stercken, in Begleitung des ehemaligen Rüstungs-Lobbyisten Riedl, nach Bagdad. Anschließend erklärte er, daß die irakische Regierung die Auflagen des UN- Embargos erfüllt habe und es an der Zeit sei, wieder Gespräche aufzunehmen. Kein Wort verloren die Emissionäre über die permanenten Attentate gegen die kurdische Bevölkerung, geschweige denn darüber, daß die irakische Regierung schließlich erst mit bundesdeutscher Unterstützung in der Lage gewesen war, Giftgas zu produzieren. Vielmehr stellten Gerichte nahezu gleichzeitig den Prozeß gegen die bundesdeutschen „Händler des Todes" ein.

Sicherheitszone - Flüchtlingslager unter Selbstverwaltung

Nachdem von März bis Juli 1994 mehr als 10.000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei in die von den ehemaligen Golfkriegsalliierten errichtete Sicherheitszone vor den Übergriffen der türkischen Armee geflohen waren, wurde die Hilflosigkeit der Hilfswerke deutlich. Regelmäßig waren die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen seit 1991 durch die militärisch besetzten Gebiete der Türkei gereist, ohne offen über die Erlebnisse bei der Durchreise, die massiven Kontrollen, die Einschüchterungen der Taxifahrer durch die türkischen Sicherheitskräfte zu sprechen. Da die Türkei wichtiges Zulieferland für Hilfsgüter der eigenen Projekte war, brachten die Helfer die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan-Türkei lieber nicht zur Sprache - man wollte sich diesen Weg nicht verbauen. Das diplomatische Schweigen hat sich aber nicht bezahlt gemacht. Seit Mitte August werden am türkisch-irakischen Grenzübergang Habur, dem einzigen Weg, auf dem Hilfsgüter nach Kurdistan-Irak gelangen konnten, die Kontrollen auch bei den Mitarbeitern der Hilfsorganisationen verschärft. Die Türkei will zukünftig sogar ein gültiges irakisches Visum sehen.

Für die kurdische Bevölkerung, die in die 'Sicherheitszone' geflohen oder zurückgekehrt ist, existiert keine Schutzgarantie. Da die 'Sicherheitszone' vor allem eingerichtet wurde, um eine vereinfachte humanitäre Versorgung durchführen zu können, gab es auch keine internationalen Gremien, die mit dem Schutz der kurdischen Bevölkerung vor Angriffen der irakischen Armee oder anderer Nachbarstaaten beauftragt waren. Die Bewohner der 'Sicherheitszone' sind den Luftangriffen der Türkei gegen angebliche PKK-Basen oder Attentaten irakischer Agenten genauso ausgeliefert wie die Bewohner der kurdischen Dörfer außerhalb der 'Sicherheitszone'. Sie teilen das Schicksal mit den Bewohnern der Dörfer des an der iranischen Grenze liegenden Pijshdar-Tales. Die Dörfer waren in den vergangenen Monaten immer wieder das Ziel von türkischen Luft- oder iranischen Raketenangriffen. Viele der wiederaufgebauten Dörfer sind inzwischen wieder verwaist, was die Projektmaßnahmen der internationalen Hilfswerke ad absurdum führt.

Zwar konnten die Hilfsorganisationen die Bauern mit Baumaterial und anderen Hilfsgütern ausrüsten, aber für die Sicherheit der zurückgekehrten Familien kann keine der NGOs garantieren. Auch die nach dem Golfkrieg in den Irak entsandten UN-Guards haben kein Mandat, die kurdische Bevölkerung vor Übergriffen zu schützen. Sie sind

nicht einmal befugt, offiziell über Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu berichten.

Mit der Rückkehr der Menschen aus dem Iran und der Türkei in die 'Sicherheitszone' und die unter kurdischer Kontrolle befindlichen Regionen war das Mandat der Flüchtlingshilfe der UNO (UNHCR) beendet. Die kurdischen Flüchtlinge bekamen den Status der „intern Vertriebenen", der keinerlei international garantierte Rechte oder garantierten Schutz bedeutet. Erst ein international anerkannter Nachweis, daß von der irakischen Regierung Völkermord an der kurdischen Bevölkerung begangen worden ist, könnte internationale Schutzmechanismen auslösen. Ohne Anerkennung der kurdischen Regierung hat die kurdische Bevölkerung nicht die Möglichkeit, internationalen Schutz einzuklagen, da sie in den internationalen Gremien nicht vertreten ist. Es müßte erst ein Staat gefunden werden, der diese Forderung unterstützt und die Klage einreicht, was bis heute nicht geschehen ist. Als faktisch 'Staaten- und Rechtlose' werden sie an den internationalen Verhandlungen über die Zukunft Kurdistans genausowenig beteiligt wie an der Planung der Hilfsprojekte. Gleichzeitig werden in der BRD kurdische Asylsuchende aus dem Irak vom Bundesamt in Zirndorf mit der Begründung abgelehnt, daß sich im Norden des Irak in den kurdischen Gebieten eine "de-facto kurdische Regierung" etabliert habe.

Veränderte Gesellschaft

Mit Beginn der internationalen Hilfe für die geflohenen Kurden begannen die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), den Wiederaufbau ländlicher Regionen zur Rehabilitierung der Subsistenzwirtschaft zu unterstützen.

Hiervon profitiert aber nur der Teil der kurdischen Bevölkerung, der wieder in die Dörfer zurückkehrt, bzw. große Landbesitzer, die wieder Anspruch auf ihre Ländereien erheben können. Die Bewohner der Städte, Händler und kleine Handwerker sind von dieser Hilfe genauso ausgeschlossen wie die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Infrastruktur. Von Beginn an schloß die internationale Hilfe weit über die Hälfte der Bevölkerung aus. Die Hilfsprojekte schufen vielmehr ökonomische Nischen für ausgewählte Teile der Bevölkerung.

Vor allem Land- und Großgrundbesitzer ziehen ihren Nutzen aus den Hilfsprogrammen, die Saatgut, Düngemittel und Tiere zur Verfügung stellen. So erhalten Bauern, die in die Dörfer zurückkehren, Materialien im Gegenwert von mehr als 1.000 U$, umgerechnet mehr als 60.000 irakische Dinar (ID). Demgegenüber können die staatlichen Gesundheitsarbeiter, die in ländlichen Gesundheitsstationen arbeiteten, mit dem Lohn von 200 ID gerade zehn Prozent der monatlichen Lebenshaltungskosten einer durchschnittlichen Familie decken. Für alle Angestellten und Arbeiter staatlicher Institutionen, wie Kliniken und Ausbildungsstätten, gilt das gleiche. Der Bedarf an Medikamenten und Schulmaterial wird zwar vom Kinderhilfswerk der UN (UNICEF) gedeckt, da aber niemand für die Lebenshaltungskosten der Angestellten der staatlichen Infrastruktur aufkommt, mußten die ersten Gesundheitsstationen und Ausbildungstätten schon wieder geschlossen werden. Wie der Großteil der kurdischen Bevölkerung, die von der internationalen Nothilfe ausgeschlossen ist, sind Lehrer und ehemalige staatliche Angestellte gezwungen, ihr Überleben durch Schmuggel und Schwarzmarkt zu sichern. Von den Hilfsorganisationen wird es als Erfolg angesehen, wenn im jeweiligen ländlichen Projektgebiet die Verteilung von Lebensmitteln reduziert werden kann und sich die Bauern über Subsistenz selber versorgen können. Projekte, die geeignet sind, einen Überschuß zu produzieren, werden schon von den Geberländern nicht finanziert.

An den Projekten der Hilfswerke verdienen vor allem Großhändler, Stammesführer und Warlords, die somit in der Lage sind, ihre eigene Position auszubauen. Mit Privatmilizen erheben sie wieder Ansprüche auf verstaatlichte Ländereien, vertreiben landlose Pächter, setzen mit Wasserrechten Bauern unter Druck und treiben den Pachtzins ein. Ein Händler verdiente beispielsweise am Kerosintransport für das UN-Brennstoffprogramm innnerhalb eines Monats 2 Mio. U$ Dollar, was mehr ist als als das monatliche Budget der kurdischen Regierung.

Resultat: Krise

Nachdem der erste Enthusiasmus des Wiederaufbaus verflogen war und die internationale Hilfe reduziert wurde, sind mit der ökonomischen Krise die sozialen Konflikte wieder aufgebrochen. Großgrundbesitzer vertreiben Bauern, während die Städte immer mehr verelenden. In dieser desolaten wirtschaftlichen Situation sind die beiden großen Parteien KDP und PUK - neben den internationalen Hilfsorganisationen - zu den größten Arbeitgebern geworden.

Demonstrationen von landlosen Bauern vor dem kurdischen Parlament mit der Forderung, sich für die Rechte der Landpächter einzusetzen und eine Landreform zu verabschieden, bleiben wirkungslos. Lehrer und Gesundheitsarbeiter streiken, weil der Lohn nicht mehr zum Leben reicht. Doch es fehlen die Ansprechpartner. Verwaltungsstrukturen, die den Schutz der Interessen der sozial Schwachen wahrnehmen könnten, existieren nicht. Eine planerische Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen mit der Regierung könnte dies ermöglichen. Doch vor allem die Geberländer erteilen dem eine Absage, da es faktisch eine Anerkennung Kurdistan-Iraks und seiner Regierung bedeuten würde. Wenn Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen entwickelt werden, dann geschieht dies unter Umgehung der kurdischen Verwaltung.

Die Zusammenarbeit mit der Regierung wird vor allem dadurch erschwert, daß die beiden Parteien sich bei der Durchführung notwendiger Reformen gegenseitig blockieren, um ihre jeweilige Klientel nicht zu vergraulen. Da die Regierung auch über keine eigenen Einnahmen verfügt, sondern von den Einnahmen aus den Zöllen der Schmuggelpfade abhängig ist, die von den beiden Parteien kontrolliert werden, ist sie nahezu handlungsunfähig.



Abgedrängt in den Dienstleistungssektor: Lastentransporteur in Rania, Foto: R. Maro

NGOs und Solidaritätsbewegung

Ein Resumee der Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen und Solidaritäts-

gruppen über die letzten drei Jahre in Kurdistan-Irak ergibt, daß trotz aller gutgemeinten und oft mühsamen Arbeitseinsätze der Hilfswerke die grundsätzliche Transformation der irakischen Gesellschaft für die Zeit nach der Aufhebung des Embargos vorbereitet wurde. Die Einrichtung der 'Sicherheitszone' diente keineswegs der Sicherung kurdischer Interessen, sondern lediglich der gefahrloseren Verteilung von Hilfsgütern. Hand in Hand mit den internationalen Protagonisten der "neuen Weltordnung" haben die Hilfsorganisationen durch die beschriebene Projektarbeit von 1991 bis 1994 die kurdische Gesellschaft darauf vorbereitet, daß zukünftig nur selektierte Gruppen produktive Nutznießer des Sozialsystems sein werden. Denn die irakische Zentralregierung wird nicht mehr, wie in den 80er Jahren, in der Lage sein, das umfassende soziale Versorgungssystem aufrechtzuerhalten. Der mehrheitliche Rest der kurdischen Bevölkerung wird auf unabsehbare Zeit ein marginalisiertes Leben als "Staatenlose" fristen. Ohne Perspektive, Wohnung, Bildung, Arbeit - entrechtet in jeder Hinsicht.

Schon der Ansatz, der bei den Hilfsorganisationen bei rein „humanitärer Hilfe" liegt, und sich auch bei Projekten oft in einem verklärten Propagieren der Subsistenzwirtschaft ausdrückt, macht es unmöglich, zur Überwindung der gesamtkurdischen Krise beizutragen. Dies war auch nicht beabsichtigt. Vielmehr ging es darum, für einen Teil der Gesellschaft das Überleben zu sichern. „Zurückgebombt ins Mittelalter" - so lautete der Kommentar eines Augenzeugen nach dem Golfkrieg. Auf diesem Niveau soll sich die kurdische Gesellschaft offenbar weiterhin bewegen: traditioneller Baustil, Handarbeit und Handwerk. Auch den feudalistischen Strukturen wurde wieder neuer Raum geschaffen. Zurückgekehrte Dorfbewohner sehen sich mit den Großgrundbesitzern von einst konfrontiert.

Die ansatzweise fortschrittlichen Modelle des irakisch-kurdischen Befreiungskampfes, wie Basiskomitees, Frauenorganisationen, Gesundheitsversorgung in den befreiten Gebieten u.a.m. wurden neutralisiert.

Die vom UNHCR gezählten über 50.000 Witwen, die bei den 'Anfal' genannten Vernichtungsoffensiven der irakischen Armee verschwundene Familienangehörige zu beklagen hatten, erhielten gerade mal eine Extraration Lebensmittel. Ansonsten tauchen sie in den Berichten der NGOs als "besonders Benachteiligte" auf, für die Nähkurse oder das Knüpfen von Teppichen mit dem EG-Emblem angeboten werden. Das Anliegen der Bevölkerung, über die Opfer des 'Anfal-Massakers' und deren Verbleib rückhaltlose Aufklärung zu erlangen, wird zwar von einer internationalen Menschenrechtsorganisation unterstützt; bisher fand sich aber keine Regierung, die bereit gewesen wäre, die Klage gegen die irakische Regierung einzureichen. Nur so könnten den Forderungen der kurdischen Bevölkerung Nachdruck verliehen werden.



Keine Anerkennung als Opfer von Völkermord: Mutter mit Bild ihres während der Anfal-Offensive verschwundenen Sohnes, Foto: R. Maro

Diesen politischen Druck hätten die Solidaritätsgruppen in den Geberländern entwickeln müssen. Besonders in der Bundesrepublik, dem Land, aus dem damals das technische 'Know how' für die irakische Giftgasproduktion geliefert worden war. Der Schützenhilfe, die die BRD heute der Türkei im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung liefert, hätte damit vielleicht Einhalt geboten werden können.

Die Fraktionierung der Solidarität

Aber eine einheitliche Kurdistan-Solibewegung gibt es nicht. Neben der politischen Differenz teilt sich die Solidarität für Kurdistan in eine Nord- und eine Südfraktion. Es wird nur jeweils die 'eigene' Befreiungsorganisation beachtet. Der 'Osten' (Kurdistan-Iran) fällt ohnehin meistens weg.

Auf der anderen Seite ist es aber so, daß die bundesdeutsche Regierung und Wirtschaft mit allen Regimes, die die kurdische Bevölkerung unterdrücken, bestens zusammenarbeitet und den Krieg gegen die Kurden immer unterstützt hat. Die Kritik ist angebracht, daß mangels einer eigenständig definierten internationalistisch orientierten Politik keine Gruppe der Kurdistan-Solidarität, und im übrigen auch keine linke Partei fähig war, die gesamtkurdische Dimension politisch zu erfassen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es der Türkei möglich, den Kampf gegen die PKK in Kurdistan-Irak von der Solibewegung weitgehend unbemerkt zu führen, obwohl in Süd-Kurdistan neben der PKK, der dort das „Hinterland" genommen werden soll, die Autonomie der Region insgesamt bekämpft wird. Der Anspruch der Regionalmächte, die Region politisch zu kontrollieren, wird auch durch die Abkommen zwischen Syrien, Iran, Irak und der Türkei dokumentiert. Hier wird die gesamtkurdische Dimension besonders deutlich.

Der selektive Blick der Solidaritätsbewegung, der sich immer nur auf einen Teil des Befreiungskampfes bezieht, rächt sich heute etwa in Kurdistan-Türkei: Die systematisch ganze Dörfer zerstörenden 'Anfal-Offensiven' des irakischen Regimes gegen die Infrastruktur der irakisch-kurdischen Befreiungsbewegung von 1987/88, die auch wegen der Zersplitterung der Solidarität nie international geächtet werden konnten, dienen der türkischen Regierung jetzt offenbar als Vorbild bei der Bekämpfung der PKK in Kurdistan-Türkei. Wie damals muß wohl auch jetzt der Beweis für die Behauptung des Völkermords in der Türkei erst noch erbracht werden. Daß eine entsprechende Klage von der deutschen Bundesanwaltschaft zurückgewiesen wurde, hat bereits Folgen: erstmals wurde ein presserechtlich Verantwortlicher mit Strafe bedroht, weil in einer Publikation (Kurdistan-Report) der Völkermord - durch Abbildung eines Plakates - behauptet wurde.

Der kurdische Befreiungskampf der 90er Jahre ist ein Kampf um die internationale Anerkennung. Die Situation in Kurdistan wurde in den vergangenen Jahren auf die internationale Tagesordnung gebracht - bei der UN, bei der KSZE und beim Europäischen Parlament. Genau hier muß internationale Solidarität ansetzen: Zentrale Forderung, der politischen Solidarität, muß die internationale Anerkennung der gesamten kurdischen Realität sein - für den Norden, für den Süden, für ganz Kurdistan.

**Katharina Hayden/
Heinz Klein**

Von Revolutionsträumen zu Kreditfonds

Interview mit dem Mittelamerika-Komitee Freiburg

Seit Anfang der 80er gibt es in Freiburg das Mittelamerika-Komitee (MAK). Die Hoch-Zeiten der Mittelamerikasolidarität sind allerdings passé, von ehemals 30 Leuten sind nur noch vier übriggeblieben. Um Bilanz zu ziehen, sprachen die 'blätter' mit langjährigen Mitgliedern von Mittelamerika-Solidaritätsgruppen über die Entstehungsgeschichte des MAK, über ihre Auseinandersetzungen mit den eigenen Projektionen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die praktische Solidaritätsarbeit, sprich den Aufbau von Kreditfonds für Genossenschaften in El Salvador.

Georg: Wie viele andere Gruppen habt Ihr Euch Anfang der achtziger Jahre gegründet. Worin bestand damals die Motivation, sich gerade mit Nicaragua oder El Salvador zu beschäftigen?

Marion: Mit dem Sieg der Revolution in Nicaragua wurde es endlich möglich, aus der Position der Stärke heraus - zumindest aus subjektiver Sicht - Politik zu machen. Die Sandinisten, die einen sogenannten 'Dritten Weg', ein Experiment zwischen Sozialismus und Kapitalismus propagierten, waren an der Macht. Die Revolution in Nicaragua und die Gründung ähnlich strukturierter Befreiungsbewegungen in den angrenzenden Ländern rückten die Möglichkeit der Veränderung herrschender Verhältnisse wieder stärker ins Bewußtsein. Viele Leute aus den unterschiedlichsten sozialen Bewegungen, die Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik an gesellschaftlicher Stärke zugenommen haben, haben sich engagiert, weil eine positive Identifikation möglich war. Das Komitee bestand am Anfang vorwiegend aus Leuten, die bis dahin noch keine Internationalismus-Arbeit gemacht hatten.

Christian: Ich würde die Gewichtungen für die Entstehungsgeschichte etwas anders setzen. Auf keinen Fall sind andere soziale Bewegungen in den Vordergrund zu stellen, sondern die Geschichte der sogenannten Neuen Linken seit 1968. Ende der siebziger Jahre gab es eine Rückzugsbewegung, vergleichbar mit der von heute. Damals verabschiedeten sich die K-Gruppen, aber auch Spontis, Revisionisten, oder wie immer du sie nennen willst, von der Weltrevolution. Sie gründeten als Ersatz die Länderkomitees. Der globale Anspruch wurde allmählich aufgegeben zugunsten der Unterstützung einer punktuell arbeitenden Bewegung.

Andreas: Man muß die damalige Situation der Linken in der Bundesrepublik differenzieren. Es haben sich auf der einen Seite in erster Linie neue, bisher kaum politisierte Leute eingeklinkt, die einen Revolutionstraum hatten; auf der anderen Seite stand die Mehrheit, die vom klassischen Konzept der Weltrevolution Abschied genommen hatte. Abgesehen davon spielte die Propagierung des bewaffneten Kampfes als legitime Form des Widerstands gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der sogenannten Dritten Welt eine wichtige Rolle für die Linke in der BRD. Die Diskussion über den bewaffneten Kampf, bezogen auf hiesige Verhältnisse, hat ja auch hier stattgefunden. Die Geschichte der RAF war noch nicht aufgearbeitet.

Christian: Ein weiterer Faktor ist ein inhaltliches Charakteristikum dieser Revolution. Sie hat dazu eingeladen, sich dort zu versammeln. Man konnte hinfahren, die Geschichte gestaltete sich vergleichsweise transparent. Es gab in Nicaragua fast nichts, was man sich nicht anschauen konnte. Und das ist ja ein gewaltiger Unterschied zu anderen Revolutionen.

Stefan: Auch die Ablehnung der US-Außenpolitik war für viele ein wichtiges Motiv. Die Art und Weise, wie die US-Regierung in ihrem Hinterhof agierte, brachte viele Leute auf die Straße und stärkte deren antiimperialistisches Denken.

Andreas: Es ist sicher richtig, daß sich die Debatten hauptsächlich um den US-Imperialismus drehten. Aber die Tatsache, daß die Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika so lange aktiv war und immer noch ist, ist auch darauf zurückzuführen, daß alte Fehler nicht wiederholt wurden. Interne kulturelle, politische und ökonomische Prozesse flossen neben den externen Faktoren in die Analyse mit ein. Damals hatten viele Linke gelernt, genauer und kritischer hinzusehen.

Georg: Das klingt hier so, als wäre die Solibewegung der 80er Jahre ungeheuer informiert gewesen und hätte differenziert argumentiert. Dabei zeigen doch viele Ereignisse, wie falsch ihre Prognosen waren. Ein Beispiel ist die verlorene Wahl der FSLN in Nicaragua 1990, als jede mir bekannte Gruppe einen klaren Sieg prognostizierte.

Christian: Da waren wir uns einig mit der US-Regierung und wir waren uns einig mit dem nicaraguanischen Volk. Es war eine Fehleinschätzung, die aber allgemein geteilt wurde, und zwar nicht nur von der Linken.

Marion: Einspruch! Ich würde sagen, es war doch mehr Zweckoptimismus. Wir haben uns auf die Umfrageergebnisse verlassen und uns dabei zuwenig Gedanken über die Situation der Bevölkerung gemacht. Die Ökonomie lag danieder, es kam kein Geld ins Land... Wir konnten uns von hier aus nicht vorstellen, daß die Menschen unter solchem Druck standen, daß sie sogar bereit waren, die UNO zu wählen in der Hoffnung, wieder etwas in den Magen zu bekommen. Eigentlich ein nachvollziehbarer Prozeß, oder? Die Einschätzung hier, daß die großen Institute in den USA mit ihren Wahlprognosen die Bevölkerung bewußt täuschen wollten, machte es sich wieder mal zu einfach, da nicht berücksichtigt wurde, welchen Anteil die FSLN selbst an der Wahlniederlage hatte.

Wir haben zudem nicht berücksichtigt, daß viele Menschen sich bewußt nicht wieder für die FSLN entschieden haben, da sie schlicht mit deren Politik nicht einverstanden waren. Nicht genehme Entscheidungen der dortigen Bevölkerung führen bei uns oft dazu, den Menschen dort ein bewußtes Verhalten abzusprechen; im Klartext ein unmündiges politisches Verhalten unsererseits. Ein nicht gerade schmeichelhaftes Zeugnis und zudem paternalistisch angehaucht.

Christian: Nach Deiner Argumentation müßte die FSLN die nächsten Wahlen haushoch gewinnnen. Die Talfahrt ist ja mit der neo-liberalen Politik noch viel rasanter geworden. Ich würde den ökonomischen Aspekt nicht so in den Vordergrund stellen. Natürlich gab es Leute in Nicaragua, die geglaubt haben, mit der Wahlniederlage der FSLN würden Dollars ins Land strömen. Die Mehrheit allerdings hat die Situation des kleinen Davids gegen den übermächtigen Goliath nicht mehr ausgehalten: Man kann sich nicht ewig gegen eine Übermacht stemmen. Dazu kam die Erwartung, daß der jahrelange Krieg beendet werden würde.
Stefan: Für die hier unterstellte undifferenzierte Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Prozesse ist aber der Wahlausgang in Nicaragua ein schlechtes Beispiel. Intern waren wir uns ja gerade nicht sicher, ob die FSLN das Rennen machen würde. Aber alle Informationen, die uns hier zur Verfügung standen und die zum großen Teil auf Umfrageergebnissen verschiedener Meinungsforschungsinstitute basierten, ließen nur den Schluß eines ungefährdeten Sieges der FSLN zu. Das einzige, was wir uns ankreiden können, ist die Tatsache, daß wir wie alle einfach die Bedeutung der fünfzig Prozent unentschlossener WählerInnen ignorierten.

Georg: Gut, die Wahl in Nicaragua mag vielleicht ein weniger gutes Beispiel sein. Fakt ist aber dennoch, daß die Solidaritätsbewegung größtenteils unkritisch mit dem Subjekt ihrer Projektionen umging.
Andreas: Ich würde zunächst mal Georg recht geben wollen. Die Einschätzung, aus den Fehlern der alten Bewegungen hätte man gelernt und danach positiv weiter gearbeitet, wäre beschönigend. Viele Fehler, sei es die Fixierung auf eine Befreiungsbewegung oder die Projektion von irgendwelchen Revolutionskonzepten hat es immer noch gegeben.
Stefan: Wir versuchten schon sehr genau hinzuschauen. Doch die gesamtgesellschaftlichen Prozesse wurden eher gruppenintern reflektiert und in der Öffentlichkeitsarbeit nicht transparent gemacht. Dies hatte zwei Gründe: Zum einen interessierte sich ein Großteil der Leute nicht für eine differenzierte Betrachtungsweise; so waren zum Beispiel entsprechende Veranstaltungen schlecht besucht. Zum anderen waren wir in Veranstaltungen mit Repräsentanten der FSLN und FMLN oft nicht mutig genug, um deren Schönfärbereien, wie der Ankündigung einer „letzten erfolgreichen Endoffensive" Paroli zu bieten und öffentlich zu streiten.
Marion: Am Beispiel der problematischen Miskitopolitik der FSLN, die bei uns in den Medien entsprechend aufgegriffen wurde, gab es zwei Möglichkeiten, damit umzugehen.
Leute mit einer unkritischen Einstellung behaupteten, die Sandinisten seien so furchtbar gerecht und alles andere sei Propaganda. Andere wiederum setzten sich inhaltlich mit der Miskito-Frage auseinander, denn es gab das Eingeständnis, daß auch die FSLN nicht frei von Fehlern ist und die Misquitopolitik nur deshalb als propagandistisches Instrument verwendet werden kann, weil tatsächlich Prozesse in Gang gesetzt werden, die nicht so ganz richtig sind. Die erste Position war leider die dominante.
An Kuba wird dieser Konflikt heute wieder deutlich. Das ärgert mich fürchterlich. Die hausgemachten Probleme bleiben in der Öffentlichkeitsarbeit ausgeklammert und Fidels Führungsanspruch bleibt unwidersprochen. Ich höre immer nur die alte Leier, daß allein der US-Imperialismus und das Embargo für die gegenwärtige Situation verantwortlich seien. Würden wir heute zu Kuba arbeiten, sähe die Analyse etwas anders aus; hoffe ich jedenfalls.
Tilman: Leider gibt es auch in der El-Salvador-Bewegung immer noch diese Tendenzen. Im Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der FMLN bei den Wahlen werden an erster Stelle altbekannte Gründe wie das Medienmonopol von ARENA oder die unterschiedlichsten Formen des Wahlbetruges angeführt. Die Gründe, die auch in der Politik der FMLN zu suchen sind, tauchen kaum in den Stellungnahmen auf. Dabei ist die Frage, warum die FMLN nicht einmal in ihren Hochburgen, in den ehemals befreiten Gebieten, ihr Wahlziel erreicht hat, doch viel spannender.


Revolutionsbild mit kleinem Fehler: die Counter-Brause Coca Cola

Georg: Unter dem Motto „Falsch belichtet" habt Ihr vor zwei Jahren eine Fotoausstellung gezeigt und Veranstaltungen gemacht. Nun war ja offensichtlich nicht nur die klassische DKP-Position, nämlich interne Widersprüche zu verschweigen, wenn es gegen den gemeinsamen Feind geht, falsch belichtet. Auch die, wie Ihr sagt, kritische Solidarität selbst ist in die Sackgasse gerauscht.
Andreas: Sicher gab es bei uns schon immer den kritischen Blickwinkel, aber eine wirklich analytische Beschäftigung mit bestimmten Fragestellungen hat erst sehr spät eingesetzt. Die Analyse, daß eine Befreiungsbewegung auf bestimmte Schienen kommt,



Paßt nicht ins Weltbild

wenn es um die Machtfrage geht, die Frage nach dem Nationalismuskonzept solcher Bewegungen oder die Chancen von Demokratisierungsprozessen, das sind alles Punkte, die erst Anfang der 90er für uns relevant wurden.

Marion: Je tiefer wir in bestimmte Themen einstiegen, umsomehr mußten wir von unseren Revolutionsträumen Abschied nehmen.

Tilman: Und auch von unseren Mitgliedern.

Stefan: Ich denke, wir sollten jetzt nicht eine politische Analyse der Schwächen der Solibewegung anfangen, denn das wurde in den letzten 'blättern' mit dem Artikel von Karl Rössel bereits geleistet.

Anke: Ihr habt Euch, wie vorhin angesprochen, mit den Schwächen nationalrevolutionärer Bewegungen auseinandergesetzt. Hatte das praktische Konsequenzen für Eure Arbeit? Habt ihr euch beispielsweise stärker auf Basisbewegungen bezogen?

Tilman: Nein. Die Diskussion mit Nationalismus hat mehr auf theoretischer Ebene stattgefunden. Es ging um die Strukturen und Funktionsweisen von nationalen Konzepten aufgrund verschiedener Herrschaftsverhältnisse. Auch wenn man nicht sagen kann, daß der Nationalismus in Europa genau in dieser Form auf Nicaragua übertragen wurde, so gibt es dennoch vergleichbare Strukturen, z.B. Hierarchien, bestimmte Vorstellungen von Entwicklungen, bestimmte Vorstellungen von Macht, die in der Form nicht positiv bewertet werden können.
Daraus ist aber nicht die Konsequenz gewachsen, von den Bewegungen als solchen Abstand zu nehmen, da wir sehen müssen, daß über diese Bewegungen - jedenfalls was El Salvador angeht - die effektivste Form von Politik repräsentiert wird. Es gibt viele andere Ansätze, die unterstützenswert sind, und damit müssen wir uns auch auseinandersetzen. Doch die FMLN und ihre Organisationen waren und sind politische Realität. Auch wenn sie kritisch hinterfragt werden, kann man nicht einfach als Konsequenz „Tschüß" sagen.

Marion: Deine Frage nach der Auseinandersetzung mit den Schwächen von Befreiungsbewegungen beinhaltet zwei Aspekte: Einmal die Auseinandersetzung mit dem nationalen Charakter und den Herrschaftsmechanismen, die dadurch transportiert werden, zum anderen die Fragestellung, ob eine einzelne Revolution überhaupt noch die herrschende Weltordnung auf den Kopf stellen kann. Beide Aspekte spielten in der Diskussion eine Rolle, haben aber nicht zu der von Dir angesprochenen Konesquenz geführt.

Tilman: Diese Frage kann auch nicht pauschal beantwortet werden. In El Salvador zum Beispiel kann man aufgrund der Geschichte noch nicht zwischen der FMLN und anderen Basisgruppen trennen. Die



Paßt auch nicht ins Weltbild

kriegsbedingte politische Polarisierung hat das Entstehen von der FMLN unabhängiger sozialer Bewegungen gar nicht ermöglicht. Erst jetzt kristallisieren sich langsam Basisbewegungen heraus. Dennoch besteht nun kein Grund, sich auf die Suche nach einem neuen „revolutionären Subjekt" zu machen, nur weil die bisher unterstützte Gruppierung nicht ganz unseren alten oder neuen Wunschvorstellungen entspricht.

Anke:Es geht doch weniger um ein neues revolutionäres Subjekt, als vielmehr darum, zu erkennen, daß es unterschiedliche Unterdrückungsformen gibt, zum Beispiel bei Frauen oder indianischen Bauern. Wie kann hier ein Lösungsweg gefunden werden, der einerseits verschiedene Unterdrückungsformen anerkennt, ohne andererseits in eine Abgrenzungs- oder Identitätspolitik abzurutschen?

Marion: Wir haben doch nie die Existenz von verschiedenen Unterdrückungsformen geleugnet. Ich habe allerdings den Eindruck, daß das Rekurrieren auf bestimmte Bevölkerungsgruppen nur wieder den alten Mustern folgt. Mich macht halt der Umstand mißtrauisch, daß obwohl seit Jahren verschiedene Organisationsformen bestimmter Bevölkerungsgruppen dort existieren, diese erst in bestimmten Zeiten hier wahrgenommen werden. Ich denke, daß dies durchaus etwas damit zu tun hat, daß die Suche nach positiven Identifikationsmustern nach wie vor eine Rolle spielt. Platt gesagt, liegt mir mehr daran, nach Unterstützungsformen zu suchen, die all die verschiedenen Facetten der Unterdrückungsformen einbeziehen, anstatt mich ausschließlich mit einer Gruppierung zu solidarisieren.

Georg: Im März diesen Jahres wurde in El Salvador gewählt. Die Ergebisse sind nicht sehr ermutigend. Was ist heute noch Eure Motivation, Solidaritätsarbeit zu machen?

Tilman: Die Situation in El Salvador hat sich auch durch die Wahlen nicht wesentlich geändert. Die Mißstände, die zur Gründung der FMLN geführt haben, bestehen weiter. Würden wir jetzt mit der Soliarbeit aufhören, müßten wir uns doch fragen, ob die Propagierung des bewaffneten Kampfes für uns wichtiger war, als die Beseitigung der Mißstände, wegen denen er geführt wurde. Wir müßten uns die Frage gefallen lassen, ob es uns primär um die Form des Kampfes und weniger um politische Inhalte ging.

Marion: Das Wahlergebnis ist für mich kein Anlaß, mich gefrustet abzuwenden und mir ein neues Polithobbyland zu suchen. Mich frustet eher der ewig gleiche Mechanismus der Solibewegung, nämlich, daß nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern die Konjunktur der Soliarbeit bestimmen, sondern die auf eigenen Befindlichkeiten beruhenden Vorstellungen von „gerechtem Kampf" und „revolutionärem Handeln".

Andreas: Nachdem die FMLN seit Jahren für eine Verhandlungslösung eingetreten ist, also selbst vom klassischen Revolutionskonzept Abstand genommen hat, war doch die Umwandlung in eine Partei, die sich in ein formal-demokratisches System integriert, klar absehbar. Natürlich gab es Brüche, die nicht einfach zu verstehen sind. Jetzt treten eben Widersprüche auf, die wir vorher einfach nicht wahrgenommen haben.

Tilman: Ohne Frage ist es heute schwieriger geworden. Solange die Parole „Waffen für El Salvador" im Vordergrund stand, hat doch niemand nach einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konzept der einzelnen

FMLN-Fraktionen gefragt. Ebenso wenig haben wir unsere Unzufriedenheit mit den inneren Strukturen geäußert. Wir wußten aber doch ganz genau, daß diese Fragen anstehen.

Andreas: Die Entsolidarisierung ist ja nicht nur in unserer Gesellschaft dominant, sie wendet sich auch ganz klar gegen den Süden. Deswegen finde ich es eminent wichtig, an internationalistischen Themen zu bleiben. Mich ärgert es, daß sich jetzt zum Beispiel viele ehemalige Soligruppen auf die sicher wichtige Flüchtlingsarbeit stürzen, ohne daran zu denken, daß auch diese Probleme im internationalen Zusammenhang stehen. Obwohl wir ein Länder-Komitee sind, haben wir nie nur zu El Salvador gearbeitet, sondern uns auch in viele andere Politikbereiche eingeklinkt; haben uns natürlich mit den Verhältnissen hier beschäftigt, ohne gleich den inhaltlichen Schwerpunkt zu wechseln.

Georg: Wie sieht denn dann eure zukünftige Arbeit aus? Ihr habt ja die Idee, einen Kreditfonds zu initiieren, an dem alle bundesdeutschen Mittelamerika-Komitees beteiligt sein sollen. Wie seid ihr denn darauf gekommen?

Marion: Die bestehenden bundesweiten Strukturen sollten erhalten und ausgebaut werden. Doch die Reaktionen der verschiedenen Mittelamerika-Komitees fielen sehr mager aus. Die machen lieber ihre Kleinprojekt- und Fraktionshuberei , frei nach der Frage: „Welche Fraktion der FMLN ist die sozialistischste?" weiter. Doch eigentlich kamen wir auf die Idee des Kreditfonds durch unsere Erfahrungen vor Ort. Dort gibt es einen ungeheuren ökonomischen Druck. Kleine und mittlere Betriebe vor allem im Agrarsektor, und dazu gehören auch die vielen Kooperativen, haben auf dem Markt überhaupt keine Chance, wenn sie ihre Produktion nicht erneuern oder umstellen können. Dazu brauchen sie Kredite, 90% der Kredite werden aber von den Großen kassiert.

Andreas: Wir wollen mit unserer Idee auf zwei Ebenen arbeiten: Einerseits in El Salvador Kredite an Genossenschaften vergeben. Die sind in unseren Augen zwar ein sehr begrenztes Modell, aber sie bieten eine ökonomische Sicherung mit der Möglichkeit, nicht stinknormal kapitalistisch wirtschaften zu müssen. Uns ist natürlich auch klar, daß viele Genossenschaften in El Salvador der FMLN und damit der hierarchischen Parteistruktur zugeordnet sind, wo es aber an der Basis ganz andere Vorstellungen von Entscheidungsfindung gibt. Andererseits ist es nicht unsere Aufgabe, hier nur Geld zu sammeln, sondern weiterhin politische Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Und zwar sowohl zum Land selbst als auch zu globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen, z.B. Entschuldung, Zins und andere Themen. Außerdem hat uns der Gedanke gereizt, daß die Leute hier nicht mit einer Spende ihr Gewissen beruhigen können, sondern durch ihre Einlage in den Fonds ganz anders einbezogen sind.

Stefan: Uns reizt der Gedanke, daß wir eine Möglichkeit der Geldbeschaffung suchen sollten, die nicht nur mit der üblichen Spendenmentalität zu tun hat. Warum nicht eine größere Summe auch als Einlage bzw. als Kredit zur Verfügung stellen. Da wären wir doch mit ganz anderen Mechanismen konfrontiert. Es ist doch einfach, sich von einer kleinen Summe, die gerade übrig ist, zu trennen, dabei gibt es doch eine Menge Leute, die ihre Kohle hier auf der Bank arbeiten lassen, sich gleichzeitig über die weltwirtschaftlichen Mechanismen beklagen und selbst aber noch nicht bereit sind, über den eigenen Geldbeutel nachzudenken. Einen Kredit zu vergeben heißt, du mußt ganz schön Vertrauen entwickeln, mußt dich informieren, mußt auch von dem Gedanken Abschied nehmen, daß dein Geld in der üblichen Form Gewinne abwirft.

Tilman: Vielleicht sollten wir noch ein Wort zum Kredit sagen. Bisher lief die Soliarbeit hauptsächlich über Spenden. Die Probleme, die es damit gibt, wie Paternalismus, neue Abhängigkeiten und Ineffizienz sind ja bekannt. Ein Kredit ist zwar nicht unproblematisch, aber wenigstens für beide Seiten kalkulierbar, deshalb vielleicht auch ehrlicher.

Marion: Das Problem ist ja, daß die Genossenschaften gar keine Kredite kriegen. Sie würden sogar die hohen Zinsen zahlen, wenn sie nur an Kredite herankommen könnten. Dazu kommt noch ein Rollback gegen Genossenschaften. Der Staat, die US-amerikanische Entwicklungshilfeorganisation AID und andere betreiben zur Zeit eine Kampagne, die die Kooperativen massiv unter Druck setzt, sich aufzulösen. Dagegen haben sich in El Salvador eine ganze Menge alternativer Institutionen gebildet, die Genossenschaften unter anderem auch mit Krediten unterstützen. Es gibt also gute Ansätze. Wir haben keine Lust, jetzt unser eigenes kleines Projektchen zu suchen, sondern wollen mit unseren Krediten solche übergeordneten Strukturen unterstützen.

Der Friedensvertrag und die Wahlen hängen maßgeblich damit zusammen, daß die zentralen Wirtschaftsleute in El Salvador die Notwendigkeit einer Modernisierung erkannt haben. Doch die wesentliche Frage, wie denn auf der Basis der vorhandenen Wirtschaftspotenz, trotz aller weltwirtschaftlichen Restriktionen, binnenökonomisch eine gerechtere Verteilung machbar ist, wird nicht angegangen.

Anke: Also habt Ihr Eure revolutionären Utopien gegen die Propagierung einer sozialdemokratischen Umverteilung eingetauscht?

Marion: Was wäre denn daran schlecht? Wenn alle Leute in El Salvador den gleichen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen hätten und wirtschaftlich einigermaßen abgesichert wären, dann hört sich das für uns vielleicht blöd an, aber dort wäre das ja schon fast die Revolution!

Andreas: Nur weil wir hier keine Revolution machen können, sollten wir es auch nicht von den Leuten dort erwarten. Aber es gibt gute Ansätze und die wollen wir weiterdenken und mit den Leuten in El Salvador im Austausch bleiben.

An dem Gespräch waren Andreas (MAK), Tilman (MAK), Marion (MAK), Stefan (MAK), Christian (Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili), Anke (iz3w) und Georg (iz3w) beteiligt.



Paßt ins Weltbild, Fotos: Ausstellungskatalog 'Falsch Belichtet?'

Mobilisieren durch Moralisieren

Über den Anti-Rassismus der Dritte-Welt-Bewegung

„Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit" ist eine zentrale Mobilisierungsformel der Solidaritätsbewegung. Auf den Bereich Migration und Antirassismus angewandt, läuft sie aber Gefahr, den herrschenden „Überflutungsszenarien" Vorschub zu leisten.

Nachfolgend wird die Dritte-Welt-Bewegung (DWB) als eine Bewegung verstanden, die als Thema das Verhältnis Erste/Dritte Welt hat und ihren Protest gegen die Erste Welt mittels der Forderung nach „weltweiter Gleichheit und Gerechtigkeit" vorträgt. Ein Spezifikum dieser Bewegung besteht darin, daß sich aus der Konstruktion ihrer Thematik nicht zwanglos die Aufforderung ergibt, an der Bewegung deshalb teilzunehmen, weil man selbst Betroffener ist. Betroffenheit muß vielmehr erst erzeugt werden.

Im Unterschied zu anderen, alten und neuen sozialen Bewegungen wie der Arbeiterbewegung, den Bürgerrechtsbewegungen, der Frauenbewegung, der Ökologie- und Friedensbewegung kann sich die DWB nicht als ein kollektiver Protest der von sozialen Konflikten und Problemen direkt betroffenen Bürger, als ein Protest der Opfer darstellen. Es gehört zu ihren Grundannahmen, daß die Bewohner der westlichen Industriestaaten von der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt profitieren. Mobilisierung von Protest gegen Verhältnisse, von denen unterstellt wird, daß diejenigen, die protestieren sollen, profitieren, kann nicht an materielle Interessen und egoistische Nutzenkalküle appellieren, sondern ist auf Moralisierung angewiesen.

Das Problem der Betroffenheitserzeugung

Eine grundlegende Mobilisierungsstrategie der DWB besteht deshalb darin aufzuweisen, daß und wie von politischen und ökonomischen Akteuren und Strukturen allgemein geteilte moralisch ethische Prinzipien von Gerechtigkeit und Gleichheit außer Kraft gesetzt werden. Die universalistische Formel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" ist für die Bewegung konstitutiv. Die vorgetragene Kritik beschränkt sich jedoch nicht auf entsprechend moralisch begründete Anklagen des Handelns politischer und ökonomischer Eliten sowie der Weltmarkt- und Weltpolitikstrukturen. Zudem soll der Aufweis der Verstrickungen der Bürger der Ersten Welt (als Konsumenten, Arbeitskräfte und Staatsbürger) in die herrschende Welt(un)ordnung „Betroffenheit" an die Stelle von vermuteter Distanz zum Problem treten lassen.[1] „Betroffenheit" aber meint hier die Einsicht, daß man selbst schuldhaft zur Erzeugung und Stabilisierung des weltweiten Unrechts und der Ungleichheit beiträgt. So erzeugte Betroffenheit ist aber schwer auf Dauer zu stellen, denn sie kann nicht „erlebt", sondern muß „eingesehen" werden. Gegenüber den Mitteln des Erzeugens solcher „Einsicht", z.B. dem massenmedialen Vorzeigen von Kriegsopfern und verhungernden Kindern, treten dabei Gewöhnungseffekte ein und es bedarf immer neuer Mobilisierungskampagnen, um individuelle und kollektive Akteure in Bewegung zu setzen.

In bezug auf die skizzierte „Betroffenheitsproblematik" soll nachfolgend die Thematisierung von Migration im Kontext der DWB diskutiert werden. Migration in Form von politischen Fluchtbewegungen ist für die DWB kein neues Thema. Seit Ende der 70er Jahre sind der Bewegung nahestehende Organisationen wie terre des hommes und später Pro Asyl etwa stets für das Asylrecht und gegen Absichten der Änderung des Grundgesetzes eingetreten, u.a. mit Verweis darauf, daß politische Flüchtlinge aus der Dritten Welt Opfer der durch die Ungleichheit zwischen Erster und Dritter Welt mit verursachten politischen Unterdrückung seien. Initiativen vor Ort begründen ihr Eintreten für Flüchtlinge mit dem Verweis auf ungleiche und ungerechte Weltverhältnisse. Aber erst in dem Maße, wie Migration zum gesellschaftlich umstrittenen Feld wird, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht und nicht Feld der Experten bleibt, nehmen die Intensität der Thematisierung, die Heftigkeit der Debatten und damit die Anschlußfähigkeit des Themas zu. Migration - und hierbei insbesondere Fluchtmigration - wird als Folge von ökonomischen Deprivationen und/oder politischer Unterdrückung und/oder ökologischer Katastrophen aufgefaßt, die insbesondere der Abhängigkeit der Dritten Welt von der Ersten Welt und den entsprechend unterstellten Ausbeutungsverhältnissen geschuldet sind.

Eine pauschale Schuldzuweisung an die Erste Welt für Armut, politische Unterdrückung, ökologische und demographische Probleme ermöglicht es, Wanderung als Ausdruck des Verhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt zu interpretieren.

Dies eröffnet ersichtlich zwei Möglichkeiten: Zum einen können Wanderer nun „Betroffenheit" auslösen wie auch Gegenstand der Bearbeitung dieser Betroffenheit werden. Zum anderen kann mit Verweis auf ihre Anwesenheit und daraus resultierende Folgeproblematiken „Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit" als einzige sowohl moralische als auch politische Möglichkeit der Problembewältigung eingeklagt werden: moralisch als Wiedergutmachung an den Migranten, für die sofortige rechtliche Gleichstellung eingeklagt wird, und an den „Noch-nicht-Gekommenen" in den Herkunftsländern; politisch als Mittel zur „Bekämpfung der Fluchtursachen". Diese mit der Mobilisierungsformel der DWB eröffneten Möglichkeiten lassen die Bewegung aber nun auf Argumentationsfiguren zurückgreifen, die sich in ihren Konsequenzen nicht so sehr von dem unterscheiden, was man aus der Perspektive der DWB „den Herrschenden" vorwirft, nämlich „Angst vor Migration und Überfremdung zu schüren".

Die politische Bearbeitung von Migration und ihren sozialen Folgen bezieht sich in der jüngeren Geschichte der BRD wesentlich auf drei verschiedene Wanderungsbewegungen: Arbeitsmigration seit Mitte der 50er Jahre, Zuwanderung von Asylsuchenden verstärkt seit Ende der 70er Jahre,

Zuwanderung von Aussiedlern mit dem Zusammenbruch des Ostblocks seit Mitte der 80er Jahre. Die Bundesrepublik wurde so im Verlauf der 80er Jahre und mit Beginn der 90er Jahre zu dem westlichen Land mit den höchsten Zuwandererzahlen, für das zugleich seitens der Regierung erklärt wird, es sei kein Einwanderungsland. Politische Auseinandersetzungen um Migration drehten sich daher bis heute wesentlich um die Fragen, welche Rechte lange hier lebenden Zuwanderern und ihren Familien zuzuerkennen seien, ob der Asylparagraph des Grundgesetzes erhalten oder abgeschafft werden soll oder ob dieser Paragraph mißbräuchlich in Anspruch genommen werde, ob schließlich die Zuwanderung von Aussiedlern weiterhin als das Recht von im Prinzip deutschen Staatsbürgern behandelt werden soll oder ob diese Zuwanderung kontingentiert oder perspektivisch abschließend geregelt werden soll (vgl. dazu zusammenfassend Bade 1992).

Zentrales Stichwort in der programmatischen Auseinandersetzung über den angemessenen Umgang mit Migration und ihren Folgen ist seit Beginn der 80er Jahre „Multikulturelle Gesellschaft". Unterschiedliche Positionen zu Fragen der Einbürgerung, Integration und politischen Partizipation von Migranten, zur Öffnung oder Schließung von Grenzen sowie zur Konzipierung einer Einwanderungspolitik kristallisierten sich lange Zeit um ein Pro oder Kontra zur „Multikulturellen Gesellschaft" (vgl. Radtke 1990). In Ergänzung zu dieser Perspektive des Multikulturalismus - und zum Teil bereits in Kritik dieser Perspektive - wird darüber hinaus seit einiger Zeit, insbesondere seit den Ereignissen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und Magdeburg, verschärft die Frage gestellt, ob die modernen westlichen Gesellschaften, die sich und ihren Wohlstand gegen Migranten und Flüchtlinge abschotteten, nicht „strukturell rassistisch" seien, (vgl. Argument Sonderband Nr. 201, 1991; AG 501 1993).

Zu beiden Komplexen - „Multikulturelle Gesellschaft" und „Rassismus" - gibt es eine kaum mehr überschaubare Vielfalt an Literatur. Im Kontext der DWB sind die Stellungnahmen dazu uneinheitlich und reichen von der Favorisierung der Förderung der Toleranz und des Verständnisses zwischen „den Kulturen" bis zur Kritik des Multikulturalismus als „kulturalistischem Rassismus". Eignet sich Migration als Thema für die DWB aus den oben skizzierten Gründen, so findet die Bewegung schnell Anschluß an die Debatte um die multikulturelle Gesellschaft insofern, als die Thematisierung von Kultur im Kontext der Kritik internationaler Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse selbst bereits eine zunehmende Rolle gespielt hatte.



Der Kulturdiskurs der DWB

Die Kritik der staatlichen Entwicklungspolitik war noch in den 70er Jahren wesentlich durch den Versuch gekennzeichnet, den theoretisch fundierten Nachweis zu erbringen, daß nicht die von Modernisierungstheorien behauptete kulturelle Rückständigkeit der Länder der sogenannten Dritten Welt die Ursache von Armut und Elend sei, sondern die durch Ausbeutung ökonomisch bedingte und durch internationale politische Herrschaftsverhältnisse stabilisierte Weltordnung. Auch hierin war zunächst die Attraktivität solcher Entwicklungstheorien, die sich grundlegend auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie bezogen, begründet.

Seit Beginn der 80er Jahre steht dem die verstärkte Berücksichtigung kultureller Aspekte im Diskurs kritischer Entwicklungstheoretiker und der DWB gegenüber. Die für diesen Perspektivenwechsel relevanten Gründe und Ursachen sind komplex: Bedeutsam war zum einen die im Kontext der Ökologiebewegung formulierte Kritik der westlichen Industriegesellschaften. Die Behauptung der grundsätzlichen Überlegenheit des Entwicklungsmodells der wohlfahrtsstaatlich abgesicherten Industrialisierung wurde mit Verweis auf „ökologische Grenzen des Wachstums" in Frage gestellt. Vorstellungen eines einfachen, mit der Natur versöhnten Lebens gewannen in diesem Kontext an Attraktivität (vgl. etwa Ullrich 1979). Damit eröffnete sich zugleich eine neue Sichtweise der sog. primitiven Gesellschaften: Sie konnten nunmehr als Modelle für ökologische Lebensweisen, als Reservate von Kulturen betrachtet werden, die noch im Einklang mit der Natur zu leben wissen.

Einschlägig für entsprechende Tendenzen war z.B. die weite Verbreitung popularisierter Varianten der Naturmythologien indianischer Völker. Damit verbanden sich zweitens - vor dem Hintergrund der Ausweitung der Ökologie zur Alternativbewegung - umfassendere „Versuche, der Zivilisation zu entkommen" (Greverus/Haindl 1983), die Ausschau hielten nach „Vorwegrealisierungen in einer neuen, nicht ausbeuterischen Gesellschaft - auch in der Dritten Welt" (Bahr/Gronemeyer 1978, S. 9). Aufgegriffen wurden hier z.B. die Überlegungen zur Entschulung der Gesellschaft, einer Rückkehr zu einer anderen Medizin, wie sie in einflußreicher Weise Illich formulierte (vgl. Illich 1978).

Drittens wurden kulturelle Aspekte nunmehr - in Abgrenzung zu ökonomistischen Theorien - als relevante Bestandteile von Entwicklung und Unterentwicklung entdeckt. An dem in Bewegungskontexten intensiv diskutierten Fall des Exports von Babynahrung durch den Nestlé-Konzern wurde zu verdeutlichen versucht, daß Verelendung in der Dritten Welt nicht nur aus dem unmittelbaren Zwang der ökonomischen Verhältnisse resultiere, sondern daß dieser sich mit der Durchsetzung westlicher Lebensweisen und Konsumnormen, mit kultureller Modernisierung als Fremdbestimmung verbinde (vgl. Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern 1976). Viertens wurde die kulturelle Dimension des Verhältnisses von Erster und Dritter Welt in der Kritik einschlägiger großtechnologischer Projekte thematisiert, indem darauf hingewiesen wurde, daß industrielle Produktionsanlagen in Entwicklungsprojekte implementiert wurden, ohne die sozialen und kulturellen Bedingungen und Folgen zu bedenken, die mit einer „Entmündigung durch Experten" (Illich u.a. 1980) einhergingen.

In diesem hier nur unvollständig skizzierten Kontext wird auch „Kulturzerstörung" zum Thema der DWB. Pointiert formulierte z.B. R. Dhunjibhoy (1983, S. 29) anläßlich

der 10. Frankfurter Römerberggespräche unter dem Titel „Sag mir, wo ich zuhause bin - Enteignung von Kultur durch Kolonisation": „...weder die aufgezwungene Verwaltung noch die ökonomische Ausbeutung wären ohne einen dritten Faktor möglich gewesen. Ich spreche von der stärksten Waffe des Kolonialisten: Das war und ist die psychologische Beherrschung der unterlegenen Völker und Nationen durch die Zerstörung ihrer Kultur und Tradition." Der Verzicht auf Zerstörung und Respekt vor der „Eigenart der Kulturen" und der „kulturellen Identität" wurde damit zu einem politisch relevanten Programm.[2]

„Enteignete Kulturen" und „bedrohte Völker"

Die Auseinandersetzung mit „der Kultur" „der unterlegenen Völker und Nationen" bzw. „der indigenen Stammesgesellschaften" fand so aber von vornherein unter spezifischen Vorannahmen statt. Es war nicht die nüchtern distanzierte Perspektive, die von auf Postulate der wissenschaftlichen Objektivität verpflichteten Ethnologen zu erwarten wäre. Vielmehr wurde eine moralische Selbstverpflichtung auf Solidarität eingefordert, die sich mit der Erwartung verband, von den Kulturen der „Völker" und „Stämme" in der Dritten Welt Grundlegendes für eine Abkehr von der selbstzerstörerischen Zivilisation der westlichen Industriegesellschaften lernen zu können (vgl. Diamond 1976, S. 55ff.).

Bereits hier legt eine solche Perspektive analytische Verkürzungen nahe: Tritt die moralisch aufgeladene Solidarisierungsforderung an die Stelle kritischer Analysen, dann verbietet sich eine sachlich nüchterne Auseinandersetzung mit den komplexen Realitäten der Gesellschaften in der sog. Dritten Welt und mit den problematischen Seiten der jeweils in den Blick genommenen Kulturen. Ihre Macht- und Herrschaftsverhältnisse legitimierenden Werte und Normen werden nicht thematisiert (vgl. Sarkar 1993; Nussbaum 1993). An deren Stelle tritt eine dichotomische Gegenüberstellung von der negativ bewerteten „Kultur des europäischen weißen Mannes" und den dieser vermeintlich grundsätzlich überlegenen Kulturen.

Unklar bleibt in einschlägigen Texten auch das Verständnis von Kultur, des Verhältnisses von Kultur und Ökonomie, Kultur und Gesellschaft etc. (vgl. z.B. die Beiträge im Heft 153/1988 der Blätter des IZ3W sowie Scherr 1989). Zwar wird der projektive Charakter der Suche nach der intakten, authentischen und lebensbejahenden Kultur der vorindustriellen Gesellschaft in zahlreichen Texten ebenso reflektiert (vgl. etwa Fohrbeck/Wiesand 1983) wie betont wird, daß kulturelle Formen aus ihren gesellschaftlichen Verflechtungen nicht herauszulösen sind. Dies hindert jedoch nicht daran, Verweise auf vorindustrielle „Kulturen" (im Sinne der kulturanthropologischen Gleichsetzung von Kultur und Gesellschaft) als Vorbilder für Entwürfe eines „anderen Lebens" zu beanspruchen (vgl. Bahr/Gronemeyer 1978).

Analytisch fragwürdige bzw. unbrauchbare Begriffe wie „kulturelle Identität", „Volk bzw. Völker", „Ethnie" werden wiederkehrend und unreflektiert gebraucht. Die Aussage etwa, daß ein „Volk" sich durch eine gemeinsame Kultur auszeichne und berechtigt sei, diese gegen Einflüsse von außen zu wahren bzw. zu verteidigen, wird als politisch konservativ bewertet werden, wenn damit das „deutsche Volk" gemeint ist. Sie kann sich jedoch theoretisch bereits bei Fanon (1966, S. 158ff.) und praktisch in Kontexten der Nicaragua-Bewegung oder der Manifestkultur der DWB (vgl. z.B. das sog. „Osnabrücker Manifest" in Massarrat u.a. 1993, S. 497-505, hier S. 504) als Ausdruck einer solidarischen Haltung gegenüber der Dritten Welt darbieten.[3]

Die Beanspruchung universalistischer Positionen (etwa der Allgemeingültigkeit der in der Erklärung der Menschenrechte formulierten Normen) wird dabei unter den Verdacht gestellt, selbst Ausdruck der Macht- und Herrschaftsansprüche der europäischen Zivilisation zu sein.[4] Mit dem Argument, der Eigensinn jeweiliger Kulturen sei als oberstes Prinzip anzuerkennen, wird die Möglichkeit einer universalistische Prinzipien beanspruchenden Kritik aufgegeben (vgl. Bruckner 1984, S. 166ff.; Finkielkraut 1989, S. 57ff.).

Aspekte des Rassismusdiskurses

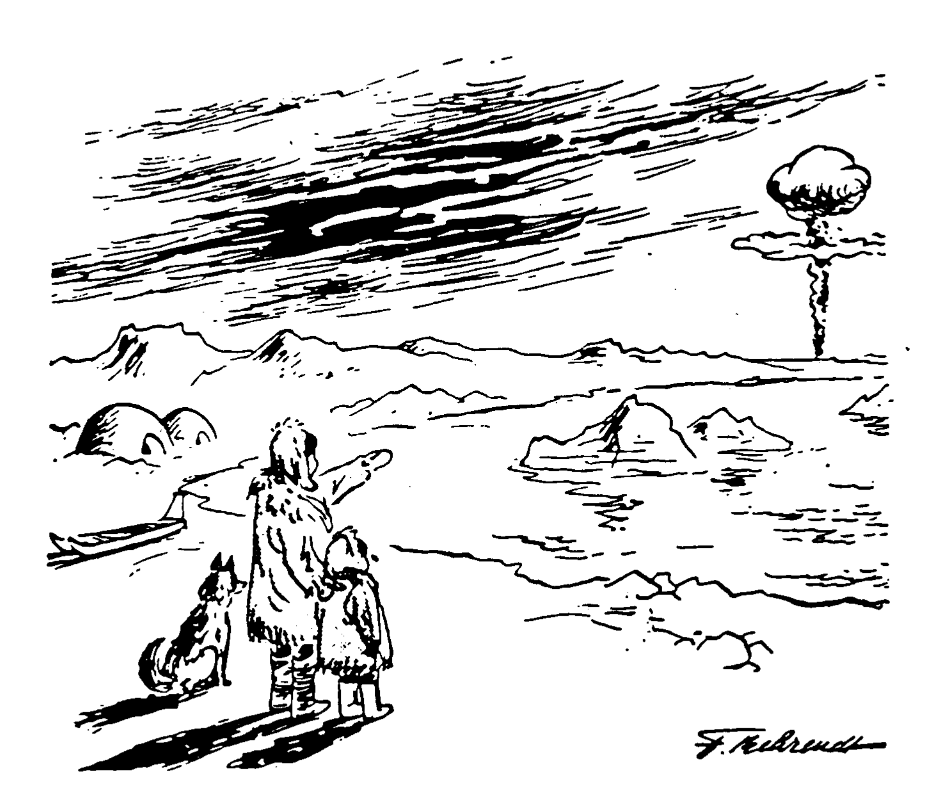
Bereits 1980 konnte man auf deutsch die Warnung Meillasoux' (1980) vor der Ethnologisierung der Einwanderungsfrage nachlesen. Das hat die kulturalisierende Ethnisierung der Migrationsproblematik nicht verhindert, die dazu beigetragen hat, daß der skizzierte Kulturdiskurs der DWB Anschluß an die Migrationsdebatte in der Bundesrepublik fand. Dabei konnte die DWB einen ihr eigenen Thematisierungsschwerpunkt etablieren: Migranten als „Die Dritte Welt bei uns". Es erübrigt sich, die Diskussion um die „multikulturelle Gesellschaft" hier zu skizzieren, sie umfaßt im rechten wie im linken Spektrum Befürworter wie Gegner.[5]

Rekonstruiert man Texte der DWB als Mobilisierungskommunikation für Protest gegen „die Erste Welt", „den Norden", dann findet sich darin bis heute das Plädoyer für „ein multikulturelles Zusammenleben" zwischen „Deutschen" und „Ausländern", für ein „Kennenlernen der Kulturen", für „interkulturellen Austausch" und für „Respekt vor den fremden Kulturen". Nimmt man in solchen Wendungen an der Konzipierung von Migration als Kulturdifferenzproblem zwischen „Völkern" bzw. „Ethnien"[6] teil, so wird in jüngster Zeit insbesondere vor dem Hintergrund der Anschläge auf Flüchtlingswohnheime die Multikulturalismusdiskussion von einer Rassismusdiskussion überlagert und zum Teil verdrängt.

In dieser Diskussion wird nicht so sehr auf das volkspädagogische Programm „Lernen von Toleranz und Akzeptanz im Verhältnis zu fremden Kulturen" gesetzt, sondern auf die Anklage diskriminierender Strukturen und Ideologien, die als genuiner Bestandteil der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen der Ersten und Dritten Welt betrachtet werden. Theorien des Rassismus verbinden im Unterschied zu Konzepten des Multikulturalismus die Kritik politischer und alltäglicher „Fremdenfeindlichkeit" eng mit der Kritik der Geschichte und Gegenwart „internationaler Herrschaftsverhältnisse" und fassen bezogen auf Migration „Rassismus" als Herrschaft der Ersten über die Dritte in der Ersten Welt auf. Die Rede vom sozialwissenschaftlich „modernisierten Rassismus", der sich vor allem auf Kulturdifferenz als unaufhebbaren Unterschied zwischen Völkern stütze, legt eine Kontinuität gegenwärtiger Ideologien und Praktiken der Diskriminierung zum klassischen Rassismus nahe, der als Begründungs- und Rechtfertigungszusammenhang des klassischen Kolonialismus verstanden werden kann.

Auf diese Diskussion und ihre theoretischen Verzweigungen kann hier nicht eingegangen werden (vgl. dazu Hall 1989, Clausen 1994), sondern es soll einzig die Anmerkung gemacht werden, daß die politisch-moralische Verwendbarkeit des Rassismusvorwurfs oft die analytische Unplausibilität der verwendeten Konzepte in Bewegungstexten verdeckt.[7] Generell besteht die Gefahr, daß das politische Etikett „Rassismus" sowie die Redeweise vom „strukturellen Rassismus" eine historisch spezifische Analyse von Formen sozialer Diskriminierung in modernen Gesellschaften sowie der sich wandelnden Formen der Diskriminierung zugunsten politischer Vereindeutigungen und Homogenisierungen für Protestzwecke verdeckt. Die vielfältigen Formen und Rechtfertigungen von Diskriminierung werden hier grob vereinfacht auf ein singuläres Muster zurückgeführt.

Zusammenfassend wäre daher für Rassismuskonzepte wie für Konzepte multikultureller Gesellschaft im Bewegungskontext festzuhalten, daß es sich auch hier eher um Mobilisierungskonzepte handelt, die den Protest der DWB als nun konkret erlebbar strukturieren: Verständigung mit fremden Kulturen und Toleranz als Wiedergutmachung an der Dritten Welt vor Ort; Antirassismus als scharfe Profilierung des Protestadressaten ohne Zwischentöne, der damit auch für „Widerstand" wieder erreichbar wird: „Schlußendlich sind es Flüchtlinge selbst, die als erste gegen ihre Lebenssituation revoltieren... Neben ihrer repressiven



„Schau, dort liegen die entwickelten Gebiete."

Rolle sind Lager (Ausfluß der „weißen Realität"; (M.B./A.S.) auch soziale Orte, an denen sich Widerstand *konstituiert."* (Anti-Rassismus-Büro (Bremen) 1993, S. 168)

Quasi-religiöse Aufrüttelungsrhetorik

Mit diesem Anschluß an Multikulturalismus und Rassismuskonzepte fügt sich die DWB relativ nahtlos in das Spektrum der sog. Ausländerarbeit und Initiativgruppen im Bereich Migration ein und stützt dieses bei der Mobilisierung für die Bewegungskommunikation. Die Einpassung der Argumentationsfiguren der Migrationsdiskussion in die bewegungstypische Protestkommunikation ist soweit auch nicht sonderlich aufregend. Heikel wird die Thematisierung von Migration durch die DWB erst da, wo Multikulturalismus- und Antirassismusfiguren - sowie die Beschreibung und Erklärung von Migration insgesamt - in einer Reihe von Bewegungstexten mittels quasi-religiöser Aufrüttelungsrhetorik zur Betroffenheitserweckung eingesetzt werden. Dies soll an Beispielen vorgeführt werden:

„Die Industrieländer haben ... die gesamte Menschheit in eine Katastrophe *hineingeführt, aus der eine* Rettung *kaum vorstellbar ist. In Anbetracht dieser Situation ist bei den wohlhabenden Ländern die Befürchtung entstanden, sie könnten bald ihren Wohlstand verlieren und müßten in naher Zukunft ihre Privilegien preisgeben. Die neue Weltordnung soll diese Gefahr unterbinden. Sie soll gegen den Strom von Flüchtlingen und Vertriebenen unüberwindbare Dämme errichten, gegen den Strom von Menschen, die eines Tages auf den Gedanken kommen könnten, an dem aus ihren Ländern geraubten Reichtum teilhaben zu wollen. Das ist sicherlich kein abwegiger Gedanke, er könnte bald zur Wirklichkeit werden" (Nirumand 1993, S. 20; Hervorhebungen M.B./A.S.).*

„Im Westen muß man sich dessen bewußt werden, daß es nicht möglich ist, nachdem Völker in einem Weltmarkt integriert wurden, ... daß man ... in protektionistische Selbstgenügsamkeit zurückfallen kann, um seine Prosperitätsinsel gegen Überflutung *von Fremden schützen zu wollen. Leben in einer multikulturellen Welt* muß *also eher eine bereichernde als eine bedrohende Perspektive werden. Wenn dies nicht möglich ist, dann werden auch alle Ausländergesetze die* Überflutung *nicht verhindern können" (Simo 1993, S. 32; Hervorhebung M.B./A.S.).*

„'Wir sind arm, weil ihr reich seid', so lautet die Botschaft *der Flüchtlinge in dem oben erwähnten Film, und genau diesen Zusammenhang gilt es zu beachten, wenn man über 'Wirtschaftsflüchtlinge' spricht, die ihr* Land *verlassen haben, weil dort ihre Existenz nicht mehr gesichert war." Und Löhlein zitiert in diesem Zusammenhang Günter Grass: „Da der* Druck *der stündlich anschwellenden* Weltbevölkerung *nicht nachläßt, sich vielmehr steigern wird, da die Zahl und Dichte der Slums mit dem unkontrollierten Wachstum der Städte... zunehmen wird, da dieses Wachstum und seine Zuwachsrate an Elend nicht der Dritten Welt vorbehalten bleiben kann, vielmehr grenzüberschreitend schon jetzt* Vorboten *schickt, werden die Industrienationen - sie werden noch so unbelehrbar von einer „Festung*

Europa" träumen - unabwendbar Teilhaber dieses Wachstums und der entsprechenden Verelendung werden. Mit anderen Worten: Kalkutta wird über uns kommen" *(Günter Grass: Zum Beispiel Kalkutta. In: Club of Rome; Die Herausforderung des Westens, Bern 1990, S. 67; zit. nach Löhlein 1993, S. 190; Hervorhebungen M.B./A.S.).*

Politikunfähigkeit

Es bedarf keiner sonderlichen Interpretationsanstrengung zu sehen, daß in Texten der DWB Bilder der Sintflut bemüht werden und Migration als sichtbares Zeichen des Sündenfalls der Ersten Welt behandelt wird. Die Figur der „Belastung" und „Bedrohung" durch Migration durchzieht zahlreiche Texte, sie wird hier nur als Forderung nach Gerechtigkeit, als Ausdruck „himmelschreiender Not und sozialer Ungerechtigkeit" (Kaufmann 1992, S. 179) interpretiert. Mit solchen quasi-religiösen Interpretationsangeboten als Mobilisierungskommunikation zur Erzeugung von Betroffenheit produziert die DWB aber zwei Probleme:

1) Sie beteiligt sich an dem, was im übrigen stets „den Herrschenden", den „Politikern" u.a. in Resolutionen und Manifesten vorgeworfen wird, sie „schürt Ängste" vor Migration. Ganz in der religiösen Tradition nimmt sie diese Angst als erzeugte Betroffenheit als Anknüpfungspunkt für ihre Forderung nach „weltweiter Gerechtigkeit". In der Konsequenz und bei allem deklarierten Antirassismus lautet - pointiert formuliert - die heimliche Botschaft aber so: „Werdet gerecht, sonst kommt der Fremde (Neger)." Gegenüber den Migranten, die bereits hier sind, inszenieren sich die entsprechenden Initiativen als Wiedergutmachung an den Migranten für die angetane Ungerechtigkeit. Sie tun Buße.

Nicht nur wird in dieser Weltuntergangsrhetorik jeder Versuch der Differenzierung bei der Thematisierung der Ursachen von Migration verstellt, sondern die Form der drohenden Protestkommunikation teilt mit Argumentationsfiguren im rechten Spektrum, wo ebenfalls Fluten, Ströme und Stürme gesehen werden, den Blick auf Migration. Einzig die moralische Schlußfolgerung ist eine andere, biblische: „Werdet gerecht!" Aber bereits die Kirchen waren nicht sonderlich erfolgreich mit dem Versuch, Gerechtigkeit (und Glauben) mit Drohungen zu erreichen.

2) Die skizzierte moralisierende Protestkommunikation zur Betroffenheitserzeugung wird aber zugleich eingesetzt, um jeden politischen Organisationsvorschlag zur Gestaltung von Migration unter Verdacht zu stellen:

„Wer die vielfältige Verantwortung der westlichen Industrieländer für die heutigen Fluchtbewegungen anerkennt (Waffenlieferungen, Welthandel und Verschuldung, weltweite Umweltzerstörung...), kann nicht ernsthaft dafür plädieren, daß sich die Industrieländer vor den Konsequenzen dieser Verantwortung abschotten. Und nichts anderes bedeutet die mit den Einwanderungsgesetz-Vorschlägen geforderte „Sozialverträglichkeit" der Zuwanderungen: Es sollen nur so viele Menschen einwandern dürfen, daß unser Lebensstandard erhalten bleibt, der Arbeitsmarkt nicht durcheinandergerät und das soziale Netz nicht gefährdet wird. Kein Wort darüber, daß die jahrhundertelange Ausplünderung durch Kolonialherren, Konzerne und Banken, die Unterstützung von Diktaturen und Kriegen durch westliche Regierungen, diese sozial und ökonomisch so „unverträglichen" Zustände hervorgerufen haben, die derzeit 5 Mio. Menschen weltweit auf der Suche nach Arbeit, Brot und Überleben zur Flucht treiben" (Merk, in: blätter Nr. 191, S. 33).

In der Konsequenz solcher Argumentationen ist jeder Versuch der politischen Regulierung von Migration moralisch diskreditiert. Bereits Fragen nach den sozialen, politischen und ökonomischen Folgen offener Grenzen für die Erste und für die Dritte Welt gelten als illegitim (vgl. Scherr 1992). Für Bewegungskommunikation ist dies insofern funktional, als nicht nur Migration Betroffenheit erzeugt, sondern damit zugleich jede Migrationspolitik Anlaß für Protestkommunikation bietet. Das bedeutet aber zugleich die Verabschiedung aus jeder Politik. Dies wird auch von Bewegungsteilnehmern gesehen, wie uns Erfahrungen aus der Teilnahme an Debatten solcher Initiativen lehren. Man sieht, daß die moralische Diskreditierung jedes Regelungsversuches das Ende der Politik bedeutet. Jeder konkrete Vorschlag der Regelung wird aber zugleich sofort als „ungerecht" kritisiert. Dies aber zeigt nur ein weiteres Mal die Limitierungsformel der DWB-Kommunikation, durch die jede Thematisierung, also auch die von Migration hindurch muß: „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit."

Michael Bommes/Albert Scherr

Dieser Beitrag ist ein leicht gekürzter Vorabdruck aus dem „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen", dessen nächste Nummer die „Solidaritätsbewegung zwischen Hoffnung und Resignation" zum Thema hat. Bezugsadresse: Westdeutscher Verlag GmbH, Postfach 5829, 65048 Wiesbaden.

Anmerkungen:

1) Vgl. z.B. Räthzel 1993, S. 22/23, die Dritte-Welt-Werkstätten in Analogie zu den Geschichtswerkstätten für die Bildungsarbeit als methodische Betroffenheitserzeugung vorschlägt.

2) Entsprechende Formulierungen finden sich etwa in dem zwischen der EG und den AKP-Staaten abgeschlossenen Lomé-III-Vertrag.

3) Entsprechend löst es dann Irritationen aus, wenn sandinistische Aktivisten Baseball-Mützen tragen und Coca-Cola trinken, was sich für manche Bewegungsteilnehmer im Sinne einer antiimperialistischen Lebensführung verbietet.

4) Vgl. ebenfalls Fanon 1969, S. 33ff., im Kontext der Migrationsdebatte Mert, 1993; kritisch dazu Nussbaum 1993.

5) Vgl. dazu z.B. Radtke 1990, Leggewie 1990, Ulbrich 1991, Cohn-Bendit/Schmidt 1993, Oberndörfer 1993, Geißler 1991.

6) Vgl. z.B. Simo 1993, Kaufmann 1992, o.g. Selbstdarstellungen von Initiativgruppen sowie das „Osnabrücker Manifest".

7) Zwei Beispiele: Bei Mert (1993) geht Antirassismus mit Ethnopluralismus zusammen; bei Kaufmann (1992) ist in die „Strukturen der Dominanzkultur des marktwirtschaftlichen Systems" der „Rassismus" 'eingebaut'" (S. 180), andererseits weiß er „aus eigener Erfahrung, daß das Zusammenleben, die Begegnung und ein lebendiger Austausch zwischen Deutschen und Ausländern für alle eine Bereicherung darstellt" (S. 176).

Replik auf Michael Bommes / Albert Scherr

Bommes und Scherr weisen auf ein zentrales Dilemma der Internationalismusbewegung hin: sie kann nicht darauf bauen, daß die Bewohner der Metropolen ein unmittelbares Interesse an der Aufhebung der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt haben. Angefangen beim morgendlichen Kaffeegenuß bis hin zum preisgünstigen Urlaub in der Karibik profitieren von der herrschenden Weltordnung selbst jene, die auf der richtigen Seite zu stehen meinen, haben also keinen persönlichen Vorteil durch die Etablierung einer „gerechten" Weltwirtschaft.

Zwar wurde zur Zeit der Studentenbewegung eine unmittelbare Interessenidentität zwischen Metropole und Trikont formuliert; auch heute noch gibt es Ansätze, die eine „Wiederkehr der Proletarität" in den Metropolen zu erkennen meinen und damit weltweite Verelendungsprozesse zu einem revolutionären Potential amalgieren wollen - vom unmittelbaren Interessenstandpunkt aus ist damit kein Blumentopf zu gewinnen.

Die neuen sozialen Bewegungen hatten es da leichter. Wenn sie gegen Atomkraftwerke oder Pershings demonstrierten, vertraten sie unmittelbare Menschheitsinteressen. Denn: wer konnte schon für Umweltzerstörung oder gegen den Frieden sein. Durch Mobilisierung außerparlamentarischer Spiel- bzw. Standbeine sollten im Parlament Mehrheiten verändert und Forderungen durchgesetzt werden.

Aber kann man heute eine Politik der Moral gegen eine Politik der ersten Person ausspielen, so wie Bommes und Scherr es implizit tun, wenn sie der „Rationalität" der Frauen-, Friedens- oder Ökologiebewegung die Moralität der Internationalisten bzw. Antirassisten entgegenhalten?

Für die Antirassismusbewegung stellt sich nun dieses Dilemma auf ganz neue Weise. Sie kann an kein rationales Kalkül des Metropolenbewohners appellieren, das diesem einsichtig machen würde, er hätte einen Vorteil von der Anwesenheit von Flüchtlingen - ausgenommen der hilflose Versuch von einigen Multikulturalisten, das Existenzrecht von Migrantinnen an ihrer Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft oder an ihre exotische Küche zu binden. Vielmehr entspringt es einem „gesunden Realitätssinn" der Metropolenbürger, Konkurrenten um soziale Leistungen und Gratifikationen des nationalen Sozialstaats möglichst fernhalten zu wollen. Solange der Besitz des deutschen Passes eine soziale Alimentierung verspricht, von der zwei Drittel der Menschheit nur träumen können, ist der Versuch, sich auf „Interessen" zu beziehen, unmittelbar zum Scheitern verurteilt.

Bommes und Scherr wollen nun auf der Grundlage eben dieser Zurückgeworfenheit der Antirassismusbewegung auf moralische Positionen nachweisen, daß diese von der Mobilisierungsformel „Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit" ausgehend, auf Argumentationsfiguren zurückgreift, „die sich in ihren Konsequenzen nicht so sehr von dem unterscheiden, was man aus der Perspektive der DWB 'den Herrschenden' vorwirft, nämlich 'Angst vor Migration und Überfremdung zu schüren.'"

Dies wird auch deutlich an der unkritischen Übernahme von „Kultur", der „quasireligiösen Aufrüttelungsrhetorik" und einem Antirassismus, der jenseits konkreter Analyse mehr auf die mobilisierende Wirkung moralischer Anklage setzt.

Bommes und Scherr gehen aber noch einen Schritt weiter und versuchen, „Rationalität" in die Debatte zu bringen, indem sie - ganz in der Tradition der neuen sozialen Bewegungen - an den Bedürfnissen und unmittelbaren Interessen der Bevölkerung ansetzen: der „moralisierenden" Forderung nach „offenen Grenzen" wird die „politische" Forderung nach „Regulierung von Migration" entgegengesetzt. Die „Vernunft", die in ihrer Argumentation mitschwingt, hat aber ihren Preis:

Nicht nur daß qualitative und quantitative Kriterien festgelegt werden müssen, mittels derer man zwischen „echten" und „unechten" Flüchtlingen sortieren kann, um die Belastbarkeit der Deutschen und die Leistungsfähigkeit des nationalen Sozialstaats nicht herauszufordern. Gleichzeitig wird damit die Hoffnung verbunden, wenn erst einmal nur die Begrenzung durchgesetzt ist, lasse sich auch der Rassismus der Bevölkerung eindämmen. Unterstützt werden damit nur die Weisheiten des sog. gesunden Menschenverstands, der schon immer wußte, daß der Rassismus umso stärker wird, je mehr Fremde kommen und somit letztlich den Migrantinnen ankreidet, daß sie die Bevölkerung zum Pogrom treiben.

Für Bommes und Scherr steht aber mit der Forderung nach Einwanderungsgesetzen die Politikfähigkeit der Antirassismusbewegung zur Disposition, denn: „die moralische Diskreditierung jedes Regelungsversuches (bedeutet) das Ende der Politik." Der Kampf gegen Fluchtursachen wird dementsprechend zu einem Moment der Betroffenheitserzeugung entmaterialisiert und damit suggeriert, daß dies moralisch legitim, aber empirisch unzulänglich sei. Einzig die Abwehr der Migrantinnen (oder netter gesagt: die Regulierung der Migration) könne für die Antirassismusbewegung eine rationale Perspektive sein, was wohl heißt, AntirassistInnen sollen sich schon mal überlegen, nach welchen Kriterien die Besitzstandwahrung sich zu organisieren hat.

Keineswegs will ich hier unterstellen, daß dies die Intention der Autoren ist. Aber der Forderung nach Einwanderungsgesetzen ist immanent, daß sie den herrschenden Diskurs zur „Lösung des Flüchtlingsproblems" von links unterfüttert. Bommes und Scherr geht es deshalb nicht besser als den von ihnen harsch kritisierten „Kulturalisten" und „moralisierenden Erlösungsrhetorikern": Die Diskussion um Einwanderungsgesetze verschiebt das Opfer-Täter-Verhältnis, bedient sich nur allzu oft der Krisenrhetorik von der „Belastbarkeit" des Sozialstaats und schürt damit Ängste. Letztlich trägt sie zur Formierung jenes nationalen Kollektivs bei, das sich betrogen und zu kurz gekommen fühlt und seinen Unmut gerne an den realen wie imaginären Konkurrentinnen austoben will.

Wer heute von unmittelbaren Interessen redet, landet notwendigerweise bei der (wie immer letztlich auch ausformulierten) Regulation der Migration. Die „wahren Interessen" liegen auf der Seite derjenigen, die den Kuchen mit möglichst wenigen teilen wollen. Deshalb bleibt der antirassistischen Bewegung nicht viel mehr als der Bezugsrahmen „Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit". Die an sie geknüpfte Forderung der „offenen Grenzen" mag vom Standpunkt eines (im besten Weber'schen Sinn) verantwortungsethischen Politikverständnisses unbefriedigend sein; sie steht aber diametral zur gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Abschottungspolitik und stellt gleichzeitig die nationalstaatliche Organisiertheit der Weltgesellschaft in den Kontext rassistischer Formierung.

Vielleicht ist es gerade die ureigenste Betroffenheit, die dafür sorgt, daß immer mehr Linke, die im Häuserkampf oder in der Friedensbewegung auf eine Politik in der ersten Person getrimmt wurden, heute auf einmal mit wehenden Fahnen zu denjenigen wechseln, die immer noch am besten dafür sorgen, daß ihre Interessen auch im Weltmaßstab durchgesetzt werden.

Christine Parsdorfer

Mischehen und andere Liederlichkeiten

Zur Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker

„Das wiedervereinigte Deutschland muß deutlich für jene Menschenrechte, für Minderheitenrechte, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten, das auch die Wiedervereinigung ermöglichte."[1] Tilman Zülch, Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Kann man es deutlicher sagen? Ein ehrliches Statement jedenfalls, das es fragwürdig macht, über die GfbV in einem Themenschwerpunkt zu schreiben, der sich die Rekonstruktion eines linken Internationalimus zur Aufgabe gemacht hat.

Zwei gute Gründe gibt es jedoch mindestens, einen Blick auf den politischen Background der GfbV zu werfen. Zum einen konnte sie in den letzten Jahren einen beachtlichen Zuwachs an öffentlichem Einfluß verzeichnen, der im beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN seinen Höhepunkt fand. Zweitens wird sie nach wie vor in größeren Teilen der Solidaritätsbewegung respektiert, denn - das soll auch hier nicht geleugnet werden - etliche ihrer Forderungen sind nicht die übelsten.

Dritte-Welt-Bewegte jedenfalls werden beim Lesen des GfbV-Zentralorgans pogrom keinesfalls verschreckt. Im Gegenteil: Kritische Anmerkungen zum BRD-Asylrecht sind dort zu finden, selbst der ein oder andere Multi bezieht hier Schelte und auch die Weltbank gerät mal unschön in die Schlagzeilen. Dennoch ist die GfbV weit davon entfernt, eine linke Organisation zu sein. Ihr gelingt es vielmehr wie keiner zweiten, Schnittstellen zwischen Solidaritätsbewegung und der neuen Rechten zu besetzen.

Moderne Rassenkunde

„Verteidiger ethnischer Identität" will sie nach Selbstauskunft sein - noch deutlicher bezeichnet sie sich im Impressum ihrer Zeitschrift als Menschenrechtsorganisation unter anderem für „rassische Minderheiten". Interessant ist hierbei ihre Definition von „Ethnozid" als „Zerstörung von Sprache, Kultur und ethnischer Zusammengehörigkeit"[2]. Daß das leichtfertige Geschwätz von „ethnischer Zusammengehörigkeit" konsequent angewandt die Ausgrenzung der „anderen" bedeutet - der GfbV gelingt es auf wundersame Weise zu verdrängen, daß es ihre ureigensten Kategorien sind, die letztlich zu „ethnischen Säuberungen" führen.

Ihr verquastes Weltbild, in dem es von Völkern, Ethnien und Kulturen nur so wimmelt, Klassen dagegen keine Rolle zu spielen scheinen, versucht sie in der Regel mit dem Deckmäntelchen des Humanitär-Menschenrechtlichen zu verhüllen. Doch man muß nicht allzu arg am Lack der angeblich ganz und gar unideologischen Politik der GfbV kratzen, um dahinter den Ethnopluralismus der neuen Rechten zum Vorschein zu bringen. Dieser modernisierte Rassismus kommt harmlos daher: Er konstruiert nicht Herren- und Untermenschen, sondern lediglich natürliche oder kulturelle Differenzen zwischen den „Ethnien", die es zu bewahren gelte. Ein Gedanke, der im Zentrum der GfbV-Politik steht und der manchmal auch ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht wird. Beispielsweise in einer pogrom-Reportage über „die Walser", ein Bergvölkchen „im Herz der Alpen". Der Straßenbau machte die Walser zu einem GfbV-geprüften bedrohten Volk: er „erleichterte die weitere Abwanderung, ermöglichte andererseits das Eindringen fremder Kulturelemente." Und was machen die dreisten fremden Kulturelemente? Sie setzen sich fest und zerstören so den organischen Volkszusammenhalt: „So brachte der Bau von Kraftwerken...eine Menge fremder Ingenieure und Bauarbeiter ins Tal, die nicht selten dort blieben und einheimische Töchter heirateten."[3] Ein klarer Fall von Menschenrechtsverletzung.



Bekennender Ethnopluralist: Tilman Zülch

Auch die Reinrassigkeit der Sorben ist stark bedroht - „Mit dem Trabi in die Mischehe" heißt es in einem pogrom-Artikel über das gefährdete Sorbentum am Rande der Ex-DDR. Sorben, so lernen wir, sind zunächst mal vorbildlich religiös und traditionsbewußt: „'Zu meinen Gottesdiensten - und die Kirchen sind jeden Sonntag voll - kommt ein Drittel der jeweils rund 700 Gläubigen in der alten sorbischen Tracht,' sagt stolz der katholische Pastor", der sich am Ende des Artikels über die Rassenverpanschung ausheulen darf: „Eine Gefahr sieht er jedoch in der gestiegenen Mobilität der Menschen. 'Die Mischehen nehmen jetzt zu, denn alle haben einen Trabi, fahren sonstwohin und lernen einen nichtsorbischen Partner kennen...und es ist doch wichtig, daß wir Sorben bleiben.'"[4]

Die Hervorhebung angeblich „ethnisch" begründeter Differenz gehört zum ideologischen Inventar der GfbV. Bereits beim flüchtigen Durchblättern ihrer Zeitschrift fällt die Neigung der GfbV zur Volkstümelei auf: Trachten, Volkstänze und junge Mönche sollen die Andersartigkeit des vor Assimilation zu schützenden Volkes illustrieren. Die GfbV will die durch die völkische Brille wahrgenommenen Besonderheiten der „Völker" unbedingt konservieren, selbst wenn, wie im Falle der Sorben und Walser, kein chauvinistischer Despot, sondern der ganz normale Gang der Dinge die „kulturelle Identität" zerstört.

Germans to the front

Offensichtlich ist die Steigbügelhalterfunktion der GfbV für eine neue Militärmacht Deutschland. Hierbei kam der Krieg in Ex-Jugoslawien gerade recht, ein Krieg, der für Herrn Zülch anscheinend besonders

schlimm ist, denn „hier findet ein Krieg im Herzen Europas statt, im eigenen Kulturkreis"[4]. Die GfbV plädiert entschieden für eine Militärintervention unter deutscher Beteiligung - ganz trendy im Namen der Menschenrechte natürlich, genauer: Im Namen bedrohter Völker auf dem Balkan. „Herr Kohl, Sie können Bosnien retten!" heißt es auf GfbV- Transparenten, und Zülch läßt keine Gelegenheit aus, gegen die Friedensbewegung zu hetzen. So warf er sie zwecks Stimmungsmache mit der Mittelamerikasolidarität durcheinander, um zum Schluß zu kommen, sie habe „12 Millionen Mark für Waffen nach El Salvador gespendet"[6].

„Deutsche Außenpolitik: Globale Verantwortung entwickeln!" posaunen die Volksschützer neuerdings, erste Ansätze dazu konnte Zülch bereits in einer Grußbotschaft an die Feier zur Anerkennung Kroatiens und Sloveniens 1992 loben: „Die Anerkennung Sloveniens und Kroatiens...und vor allem das konsequente Auftreten in der Europäischen Gemeinschaft auch gegen die Appeasement-Politik (!) der Schweiger und Zauderer in London und Den Haag war ein Schritt in die richtige Richtung."[7] Am Stammtisch kommt Stimmung auf - nicht Schweigen und Zaudern, Bonn muß auf den Tisch hauen!

Nun gibt es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das sich zur Freude der GfbV in Ex-Jugoslawien durchsetzte, manchmal Probleme. Denn wie auch das von Zülch abgefeierte deutsche Selbstbestimmungsrecht die (Über-)Lebensbedingungen hier lebender MigrantInnen massiv verschlechterte, weil via Brandsatz und Asylkompromiß die hiesige ethnische Identität verteidigt wurde, so beschloß auch das kroatische Volk, nachdem es sich von den Serben „befreit" hatte, nicht länger ein bedrohtes, sondern umso mehr ein bedrohliches Volk zu sein. Dumm für die GfbV - sie mußte nun umsatteln, denn das kroatische Engagement in Bosnien erschwerte die Identifikation erheblich. So wurde von der GfbV, zwei Jahre nach dem Zuprosten auf die neue Unabhängigkeit, in Kroatien ein Faschismus ausgemacht. Von nun an waren die Bosnier das bedrohte Lieblingsvolk, ohne daß die GfbV etwa einmal möglichen Zusammenhängen zwischen national begründeter Sezession und späterer, rassistisch angereicherter Machtpolitik nachgegangen wäre.

Statt dessen plädiert sie umso heftiger für eine NATO- Intervention im postjugoslawischen Aufteilungskrieg. Unterstützung dafür findet sie bei dem jungen Hitzkopf Stefan Schwarz (CDU), der in der pogrom aufklärt: „Gerade weil im Deutschen Namen so viel Schlimmes geschehen ist, haben wir Deutschen die Pflicht, jetzt zu helfen, Aggression und Genozid zu stoppen."[8] Diese recht abgeschmackte linkage von deutscher Vergangenheitsbewältigung, bei der Vernichtungspolitik lediglich „im Deutschen Namen" stattfand, und Propaganda für Kriegsinterventionen ist übrigens durchaus charakteristisch für die GfbV. So ließ sie es sich nicht nehmen, ausgerechnet in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald für die Rettung Bosniens, wie sie es zu nennen pflegt, zu demonstrieren.



Hoch die nationale Folklore! Kroatischer Volkstanz

Connections zur Neuen Rechten

Nicht nur mit der subtilen Relativierung des Nationalsozialismus und flammenden Plädoyers für eine Interventionsmacht kommt die GfbV dem neuen Deutschland sehr gelegen. Auch ihre Propaganda für Autonomierechte der sogenannten Volksdeutschen in Osteuropa dürfte in rechten Kreisen Anklang finden. Als Scharnier zur Neuen Rechten wirkt hierbei die Föderation Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Bei ihr muß man, um Mitglied werden zu dürfen, „über eine eigene nationale, kulturelle, sprachliche bzw. geschichtliche Identität verfügen, die (einen) von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet, und den Willen haben, diese Identität ...gegen Assimilation zu schützen". Von diesem reaktionären Grundatz ausgehend macht die FUEV also Politik, Hand in Hand mit der GfbV. Letztere wittert bei den Rußlanddeutschen einmal mehr den Verlust ethnischer Identität, weil diese „mit den Russen zusammengewürfelt und in einem Tiegel zu einer undefinierbaren Substanz zusammengeschmolzen werden sollen".[9]

Zu linker Kritik an der deutsch-nationalen Minderheitenpolitik, die die GfbV mitbetreibt, erklärte Zülch salopp, wer deutschen Minderheiten Rechte nehmen wolle, der „argumentiert von rechts, nämlich biologistisch"[10]. Daß die GfbV selbst nicht unbeliebt in rechten Kreisen ist, dürfte nach den schlaglichtartigen Hinweisen auf die neurechten Versatzstücke in ihrem bunten Polit-Sammelsurium nicht überraschen. Connections zu diversen Periodika der äußersten Rechten sind inzwischen bekannt geworden. So besorgte bspw. ein Freund Tudjmans, der Journalist und Vorsitzende der Deutsch-Kroatischen Gesellschaft Hans-Peter Rullmann, der für das revanchistische 'Ostpreußenblatt', das Militärmagazin 'Barett' sowie die neurechte 'Europa Vorn' schreibt, einen beträchtlichen Teil der Jugoslawien-"Berichterstattung" in pogrom. 'Wir selbst - Zeitschrift für Nationale Identität' druckte bereits einen pogrom-Beitrag nach und hatte eine zeitlang einen Anzeigenaustausch mit der GfbV-Postille.

Die GfbV ist alles andere als eine stramm neurechte Organisation. Erst 1991 verabschiedete sie sich, wegen „dogmatischer Gruppen", aus dem linksorientierten Bundeskongreß entwicklungspolitscher Aktionsgruppen und hat noch heute zahlreiche Berührungspunkte mit der Internationalismusbewegung, in puncto Kurdistan wie bei Asylrechtsverschärfungen oder dem Thema Welthandel. Sie ist also vielmher ein Brückenkopf ethnopluralistischen Denkens in der internationalistischen Szene, das sie entschieden und unverhohlen verficht. Alle anderen werden nämlich früher oder später zu Faschisten, wie Zülch überzeugend darlegt: „Gerade die Nichtanerkennung von ethnischer Zugehörigkeit ist Chauvinismus und führt zum Nationalsozialismus."[11] Das Bekenntnis zur Rasse - der wahre Antifaschismus.

Klaus Mayer

Anmerkungen:
1) pogrom 164
2) Presseerklärung der GfbV 21.12.89
3) pogrom 163
4) pogrom 152
5) pogrom 167
6) Aus einem Interview der Göttinger Stadtzeitung 'Charakter' 7/8 1993
7) pogrom 164
8) pogrom 174
9) pogrom 155
10) Charakter 7/8 1993
11) ebd.

Face to Face im Parlament

Der Lobbyansatz auf dem Prüfstand

Spätestens seit dem UNO-Erdgipfel von Rio 1992 (UNCED) haben die NGOs (Nichtregierungsorganisationen) mit dem Zauberwort Lobbyarbeit allen anderen Formen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit den Rang abgelaufen und zudem die diplomatische Weihe als neue Akteure im internationalen Konferenz-Jet-Set erhalten. Was verbirgt sich hinter dem Begriff Lobbyarbeit und was bringt er in der politischen Praxis?

Auch im nächsten Jahr werden verschiedenste Lobbyorganisationen in 'Prep-Coms' (Vorbereitungskomitees) vor dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen, der Rio-Nachfolgekonferenz in Berlin und der Frauenkonferenz in Peking die Medien und Regierungen zu beeindrucken versuchen. Euphoriker sprechen bereits von einer sich abzeichnenden Diskussion über eine 'grassroots world order'

Schon auf den ersten Blick haben lobbyistische Graswurzelakteure wenig gemein mit Birkenstock-Trägern oder klassischen Solifreaks aus Dritte-Welt-Läden, die auf Tapeziertischen ihre Bücher meist vergeblich anpreisen. Auch die behäbigen Apparate der traditionellen, nicht staatlichen Organisationen der kirchlichen Hilfswerke oder Wohlfahrtsverbände sehen organisatorisch vergleichsweise alt aus.

Lobbyorganisationen wie das 'Rainforest Action Network' oder 'Friends of the Earth International' agieren mit modernsten Kommunikationsmitteln und -techniken weltweit von den jeweiligen Hauptstädten aus. Über 'Programmanager', 'Fundraiser' und professionelle Vernetzungs- und Öffentlichkeitsaktionen soll die jeweilige Zielgruppe optimal erreicht und wichtige Entscheidungsträger direkt angegangen werden. Die Manager von Greenpeace sind die strahlenden Vorbilder für effizientes Arbeiten und politische Handlungsfähigkeit.

Die Attraktivität der Lobbyarbeit hat aber nicht nur organisatorische Gründe. Ganz unverblümt nimmt die 'entwicklungspolitische Community' Abschied von Utopien oder Hoffnungen auf weitreichende Veränderungen innerhalb der Gesellschaft. Steuerungsprozesse im Detail stehen auf der Tagesordnung.

Lobby hier, Lobby dort

In seiner modernen Form entstand das Lobbying in den USA. Die politischen Wurzeln reichen bis in die sechziger Jahre, wo die Neue Rechte, als Antwort auf die Bürgerrechtsbewegung, Kampagnen mittels Lobbyorganisationen initiierte [1]. Der formaljuristische Unterschied zu den meisten anderen westlichen parlamentarischen Demokratien besteht darin, daß in Fragen der Gesetzgebung von außen wesentlich einfacher Einfluß gewonnen werden kann. Neben Industrievertretern und konservativen Interessengruppen tummeln sich daher in Washington seit Jahren auch die großen US- Umweltorganisationen und entwicklungspolitische Gruppen.

Mit einem gewaltigen organisatorischen und finanziellen Aufwand gelang es in den letzten zehn Jahren, einige entwicklungspolitische Forderungen in Gesetzesform zu gießen bzw. Vorhaben der Welbank, wie den zweiten Energiesektorkredit an Brasilien Ende der achtziger Jahre, zu verhindern. So verabschiedete der US-Kongreß Gesetze, die die Vertreter der USA in der Weltbank zwingen, auf Umweltklauseln in der Projektplanung und der Kreditpolitik zu achten. Die berühmt berüchtigten Staudammprojekte sind daher in den USA sehr viel schwieriger durchzusetzen als hierzulande, wo der bundesdeutsche Vertreter der Weltbank sich vor keinerlei Öffentlichkeit zu rechtfertigen hat.

Auf diese partiellen 'single-issue Erfolge' starrt die bundesdeutsche entwicklungspolitische Öffentlichkeit und versucht seit einigen Jahren ähnliche Organisationsformen aufzubauen. Die Strukturen bundesdeutscher Gesetzgebung bauen hier freilich zunächst einige Hürden auf. Ganze Fraktionen bzw. zunächst ihre Parteiapparate müssen insgesamt bearbeitet werden. Der Fraktionszwang bei Abstimmungen schiebt wechselnden Mehrheiten, die auch einer professionel agierenden Minderheit punktuell eine Chance geben würden, einen Riegel vor. Zudem können bundesdeutsche Aktivisten von den finanziellen Ressourcen US-amerikanischer Lobbyisten nur träumen. Der private Spendenmarkt in den USA bietet aufgrund der traditionellen Zurückhaltung des Staates in allen sozialen Fragen wesentlich mehr Spielräume.

Trotzdem schießen die Lobbyorganisationen wie Pilze aus dem Boden. Der Niedergang linker basisdemokratischer Vernetzungen, wie sie Karl Rössel im letzten Themenschwerpunkt analysiert hat, scheint für viele unaufhaltsam und die Konsequenz klar: rein ins Lobbying.

Scheinbare Erfolge

Viele AktivistInnnen bauen Lobby-Büros, mit oft nur einem thematischen Schwerpunkt, auf. Ein Beispiel: Zu den 'shooting stars' der Szene gehört ohne Frage die Organisation „Urgewald - Kampagne für den Regenwald". Innerhalb kürzester Zeit schaffte es die aus den USA stammende Vorsitzende Heffa Schücking mit wenigen Spezialisten, weltweite Kontakte zu Umweltgruppen, die am gleichen Thema arbeiten, zu den Bundestagsfraktionen, ins BMZ und selbst in die Weltbank hinein aufzubauen. Über Staudammprojekte, die Teil von Energiesektorkrediten der Weltbank waren wie Pak Mun in Thailand und Narmada in Indien, hatte sie oft schnellere und bessere Informationen als die zuständigen Fachreferenten im BMZ. Damit wurden die Bundestagsabgeordneten massiv 'gebrieft' [2], und das mit Erfolg.

Am 10. Dezember 1991 stimmte der deutsche Exekutivdirektor der Weltbank Fritz Fischer in der Sache Pak Mun mit Nein. Offensichtlich war es Urgewald gelungen, die großen Bundestagsfraktionen umzustimmen. Im Falle von Pak Mun war es das erste

Mal, daß der Vertreter Deutschlands gegen ein Weltbankprojekt stimmte. Allerdings nur zerknirscht: Noch kurz vor der Abstimmung beklagte er sich bei seinem US-Kollegen über den für ihn zum ersten Mal spürbaren Einfluß der NGOs. Daraufhin gab der Amerikaner, der ja schon öfters unter Druck stand, lakonisch zur Antwort: „Welcome to Democracy Mr. Fischer" [3].

Oberflächlich betrachtet hat sich in den letzten Jahren auch einiges verändert. Es gibt eine Umweltabteilung in der Weltbank, nach fünfzehn Jahren hat sie sich von Narmada verabschiedet. Nur sind die etwas über 250 Umweltreferenten neben den Stäben, die mit knapp 7000 Mitarbeitern das eigentliche Bankgeschäft (Mittelabfluß, Strukturanpassung im eng ökonomischen Sinne und Interessen der Kapitalgeber) abwickeln, fast zu vernachlässigen.

Zu einer grundlegenden Umorientierung, weg von den teuren infrastrukturellen Entwicklungsvorhaben, ist es bisher auch nicht gekommen. Die Feigenblattfunktion der Umweltabteilung haben inzwischen auch große US-Lobbyorganisationen erkannt, die im Vergleich zu früher wesentlich vorsichtiger argumentieren, was die sogenannten „Erfolge" betrifft.



Wie würden sie Herrn Stoiber briefen?

Politisierung von Oben

Natürlich kann man sich fragen, warum nicht durch Lobbyarbeit emanzipative Politik durchgesetzt werden sollte. Die organisatorisch eindeutig hierarchisierten Wurzeln des Ansatzes können aber nur schwer verdrängt werden. Der Kontakt zur politischen und ökonomischen Gruppe, die beeinflußt werden soll, wird über sogenannte 'face to face contacts' so eng wie möglich gestaltet. Dagegen dient die Bevölkerung meist nur als Unterstützer für Unterschriftenaktionen oder Kampagnen. Selbst Mitglieder von Lobby-Organisationen erfahren oft wenig über die „Geheimdiplomatie" ihrer Funktionäre mit der Begründung, es gelte die Einflußnahme auf Parlamentsebene möglichst effizient zu gestalten.

In jedem Fall erfolgt keine Politisierung von unten sondern von oben; differenziertere Argumentationen und Minderheitsinteressen landen meist auf dem Müll, wenn es um die Sache und den knappen Spendenetat geht. Die Tendenz ist eindeutig: Nicht die Frage nach der Überwindung ungerechter Strukturen steht im Vordergrund; die Manager fragen sich, wie komme ich am besten mit meinem Emblem ins Fernsehen, um meinen potentiellen Mitgliedern das Geld aus der Tasche zu ziehen, oder sie/ihn zu bewegen eine Postkarte an den „sehr geehrten Herrn Bundeskanzler" zu schreiben.

Selbstverständlich ist Lobby-Organisation nicht gleich Lobby- Organisation. Zwischen 'Care-Deutschland', die „deutsche Helfer" zum Abenteuerurlaub nach Gutsherrenart (weiße Helfer, schwarze Opfer) in die Katastrophengebiete von Zaire/ Ruanda schickt, und der Arbeit von Lobbyorganisationen mit emanzipativen Hintergrund liegen inhaltlich Welten. Eine Lobbyarbeit nach unten, um Basisbewegungen mit Herrschaftswissen zu versorgen und politische Kampagnen und Bündnisse zu schmieden, steht bei fast allen Organisationen unter dem Stichwort ferner liefen.

Schmusekurs mit Regierungen

Beispiele in Hülle und Fülle für diese Tendenz bietet der zurückliegende Bundestagswahlkampf.

Die Lobby-Organisation GERMANWATCH war bei der Präsentation des Schattenkabinetts von Rudolf Scharping entsetzt. Mit „großer Verwunderung" nahm sie zur Kenntnis, daß in der SPD- Regierungsmannschaft niemand für den Posten des BMZ vorgesehen ist. Der Vorsitzende Holger Baum reagierte beleidigt. Er konstatierte einen „Wortbruch der SPD gegenüber GERMANWATCH". Noch vor wenigen Monaten hätten ihm Hans-Ulrich Klose und Günther Verheugen versichert, „den Zukunftsaufgaben der Nord-Süd Zusammenarbeit im Falle der Regierungsübernahme einen deutlich höheren Stellenwert als bisher zukommen zu lassen" [4]. Trotz Schmusekurs mit der SPD und ihrem Slogan „Entwicklung für die Eine Welt" waren andere Lobbyfraktionen stärker. Die AktivistInnen standen wie beleidigte Schuljungs vor ihrem Lehrer und spielten die Vaterlandskarte aus, die letzte Karte, die eine gewendete Linke in Deutschland hat. Wenn es kein BMZ mehr gäbe, so Holger Baum, „würde Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nicht nachkommen" [5].

Schon in der „Wahl-Charta 94" eine „Handreichung zum Wahljahr", u.a. von terre des hommes, GERMANWATCH und dem Bund für Umwelt und Naturschutz herausgegebenen Broschüre, die vier Wahlprüfsteine enthält, heißt es: „Deutschlands Verantwortung ist gewachsen. Ob und wie Deutschland sie wahrnimmt, können wir mitgestalten". Nur, wer ist wir? Und wer gestaltet was?

Die LeserInnen der „Wahl-Charta 94" werden zunächst mit wohlklingenden Parolen wie „Rio muß im Norden konkret werden", „Handlungsfreiheit statt Freihandel", „Kampf gegen die globale Apartheid und Frieden und Gerechtigkeit" überschüttet. Am Schluß lugt aber der Nationalismus reinster Sorte aus der rosaroten Wolke. „Man

muß sich klarmachen: Ohne die bisherige Umweltpolitik hätte der Standort Deutschland noch weniger Exportchancen und noch weniger Arbeitsplätze! Auch die interessierten und zukunftsorientierten Teile der Wirtschaft sind an einem entsprechenden breiten gesellschaftlichen Diskurs und neuen Leitbildern für die Wirtschaft zu beteiligen.[6]" Nichts anderes als das Bild vom gemeinsamen Boot, in dem wir doch alle sitzen und das mit der K(r)ampfparole 'Standort Deutschland' verteidigt wird, bleibt am Schluß übrig.

Ein politisches Armutszeugnis für Organisationen, die schon überaus wichtige Arbeit im entwicklungspolitischen Bereich geleistet haben.

Statt politischer Überzeugungsarbeit, Ursachenforschung und klaren Analysen, stehen ideologisch aufgebauschte gemeinsame Interessen im Vordergrund, nur um auf Teufel komm raus irgendwie bei den Regierenden Einfluß zu bekommen.

Die Weltbank ist keine Caritas

Der Initiativkreis 'Entwicklung braucht Entschuldung', in dem 21 entwicklungspolitische NGOs zusammenarbeiten, versucht im Rahmen des Jubiläums der Bretton-Woods-Institutionen, die Problematik der Schuldenkrise in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zurückzuholen. In den Anzeigentexten finden sich Forderungen wie, die Projektpolitik der Weltbank einer wirkungsvollen Kontrolle zu unterziehen oder der Strukturanpassung nach bisherigem Muster ein Ende zu bereiten, die sehr wohl unterstützenswert sind. Nur in welchem politischen Kontext, stehen sie? An erster Stelle ist der banale Satz zu lesen: „Als Manager der Schuldenkrise der Dritten Welt haben IWF und Weltbank versagt".

Zunächst mal haben die Manager in ihrem Sinne erfolgreich gehandelt. Die Weltbank steht wirtschaftlich blendend da. Sie hat in den letzten zehn Jahren regelmäßig mehr als eine Milliarde Dollar Überschuß erzielt. Ihre Reserven betragen zur Zeit weit über sechzehn Milliarden Dollar. Anders als in den dreißiger Jahren haben sich die privaten Banken durch die Verschuldungskrise saniert. Die Bitte an die Banker, doch mehr Rücksicht auf die Belange der hochverschuldeten Länder des Südens zu nehmen, kann bestenfalls noch als naiv gewertet werden.

Wenn die Weltbank ihren eigenen Forderungen nach „erfolgreicher Strukturanpassung" gerecht werden würden, müßte beispielsweise Uganda von seiner Schuldenlast befreit werden. Wie die OXFAM- Studie „Multilaterale Schulden als Entwicklungsblockade" in den blättern des iz3w Nr. 197 belegt, ist das Gegenteil der Fall. Die Weltbank ist keine Caritas sondern eine kapitalistische Bank, wenn auch zu light Konditionen [7]. Das reine Bitteln und Betteln ist vermutlich der politischen Breite des Unterzeichnerspektrums geschuldet. Allerdings um den Preis, daß jede politische Kontur abgeschliffen wurde.

Die GONGOS und andere Gemeinheiten

Die Entwicklung politischer Profile wird in Zukunft auch aus weiteren Gründen verstärkt nötig sein. Erstens haben staatliche Stellen die organisatorische Effizienz der NGO-Szene sehr wohl registriert. Ob Organisationen wie die GTZ über ihren eigenen bürokratischen Schatten zu springen vermögen, bleibt zweifelhaft. Bei der Methodendiskussion zur Projektdurchführung versuchen sie aber, NGO-Konzepte abzukupfern. Zweitens gründen Regierungen in der „Dritten Welt", seit in den OECD-Ländern NGOs zunehmend als Projektträger anerkannt sind, sogenannte 'GONGOs' (government organized non-governmental organization), um weiter an Gelder aus der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu kommen und zudem die Organisationen politisch besser im Griff zu haben.

Im Vorfeld der Diskussionen zum Weltsozialgipfel im Frühjahr 1995 in Kopenhagen traf sich im August ein 'Deutsches NRO-Forum zum Weltsozialgipfel', um Positionen zu erarbeiten. Anläßlich dieses Gipfels gibt es die theoretische Möglichkeit, soziale Themen wie Arbeitslosigkeit oder Arbeitsrechte, die nur in nationalen Kontexten bearbeitet werden, auf die internationale Bühne zu heben, um so den Standortdebatten wenigstens partiell Paroli zu bieten. Da das Thema nächstes Frühjahr in der Tagespresse sein wird, könnten sich Lobbyorganisationen, die inhaltliche Kompetenz und internationale Kontakte haben und Arbeitsloseninitiativen, die das Wissen vor Ort einbringen können, an einen Tisch setzen und über Aktivitäten diskutieren. Stattdessen erscheint als Ergebnis ein Papier, das keinerlei konkrete politische Forderungen enthält und es jeder Organisationen von der Konrad-Adenauer-Stiftung (einem GONGO) bis hin zur Arbeiterwohlfahrt recht machen will.

Das Abfeiern kosmetischer Reparaturbetriebe

Trotz großen Wortgeklingels ist völlig unklar, worin eine 'grassroots new world order' bestehen soll. Die aufgeführten normativen Prinzipien und Handlungsmaximen, wie gerechter Welthandel oder nachhaltige Entwicklung sind inhaltlich so konturlos, daß sie von fast jedem unterschrieben werden können.

Es gibt Ansätze einer internationalen Vernetzung, die mit einigen spezifischen Projekten über single-issue-Kampagnen auch Erfolge erzielen konnten. Da allerdings weitergehende Überlegungen und Analysen ausbleiben bzw. nicht berücksichtigt werden, betreiben die Lobbyisten die technokratische Modernisierung der Institutionen und merken es nicht mal, da die Ergebnisse in der Öffentlichkeit als grundlegende Trendwende gefeiert werden.

Nun darf allerdings nicht der Fehler begangen werden, reine Entlarvungsrituale zu betreiben. Niemand steht außerhalb dieser Gesellschaft. Der Versuch, die Art der Produktion menschlicher, sozialer und umweltverträglicher zu gestalten, ist daher nicht von vorneherein zu kritisieren. Nur dürfen wir eine zentrale Eigentümlichkeit hiesiger gesellschaftlicher Prozesse nicht außer acht lassen. Wesentliche Veränderungen und Verbesserungen kommen nicht von selbst, sie mußten und müssen den Regierenden fast immer abgetrotzt werden.

Dies vergessen die Ex-Linken Wirtschaftswunderkids, die die kurze Phase des kooperatistischen Modells der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie verinnerlicht haben und heute auf Lobby machen.

Georg Lutz

Anmerkungen:

1 Die Neue Rechte innerhalb der Republikanischen Partei verfügt im Gegensatz zu den losen Bünden der früheren Industriellen über Kader, die mit modernster politischer Technologie und Lobbying Politik macht (vgl. Mike Davis S. 13f.).
2 Das Wort 'briefing' (in kürzester Zeit wichtige Informationen einhämmern) ist das bekannteste Beispiel für Begrifflichkeiten aus dem Lobbying, die in die deutsche Sprache eingeflossen sind.
3 Information von Heffa Schücking (Urgewald)
4 Vgl. GERMANWATCH Presseinformation vom 30. August 1994: Was hat die SPD mit dem BMZ vor?
5 ebd.
6 „Wahl-Charta 94", Seite 12.
7 Das betrifft in erster Linie niedrigere Zinssätze und längere Laufzeiten der Kredite.

Literatur:

Karl Bruckmeier (1994): Nichtstaatliche Umweltorganisationen und die Diskussion über eine neue Weltordnung, in: Prokla Nr. 95, Berlin.
Mike Davis (1986): Phönix im Sturzflug, Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren, Berlin.
GERMANWATCH - Regionalgruppe Hamburg - (Hrsg.): Nord-Süd WatchBericht Hamburg (1994).
GERMANWATCH Presseinformation vom 30.August 1994: Was hat die SPD mit dem BMZ vor?
Heffa Schücking (1994): Erfahrungen aus der Praxis: Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen, in: Lieber solidarisieren als intervenieren, Alternativen für eine ökologische und solidarische Weltordnung, Dokumentation einer Tagung von Bündnis 90/Die Grünen vom 4., 5.2. 1994 in Bielefeld.
Stellungnahme des deutschen NRO-Forums zum Weltsozialgipfel, August 1994 (Mimeo).
Barbara Unmüßig (1989): Lobbyarbeit oder Basisbewegung - exclusive Alternativen?, in: blätter des iz3w Nr. 160, Freiburg.
„Wahl-Charta 94", Entwicklung und Umwelt, terre des hommes, GERMANWATCH u.a. (Hrsg.).
Michael Windfuhr (1990): Wo können wir politisch eigentlich noch Einfluß nehmen?, in: WFD-Querbrief 4/90, Berlin

Wider das einfache Leben

Die Grundlagen einer ökologischen Politik

In der Diskussion um Auswege aus der ökologischen Krise haben in dieser Zeitschrift in den letzten Monaten unter anderen Wolfgang Sachs, Robert Trenkle und Manfred Busch das Wort ergriffen. Sachs hatte eine neue Kultur der Einfachheit beschworen und zur individuellen Besinnung auf ein Leben aufgerufen, das der Schönheit und der Nähe zur Natur mehr Beachtung schenkt als den materiellen Gütern. Norbert Trenkle hatte dem widersprochen, das Grundproblem sei „letztlich die paradoxe Struktur einer 'ungesellschaftliche(n) Gesellschaftlichkeit' (Marx) der warenförmigen Moderne".

Lediglich in der individuellen Lebensführung das Prinzip der Einfachheit zu kultivieren, gibt Trenkle zu bedenken, gleiche „einem Kampf gegen Windmühlen, solange wir als Einzelne innerhalb der vorausgesetzten Verhältnisse agieren". Die Strukturlogik des Marktes sperre sich gegen die Implementierung „einer übergreifenden ökologischen und sozialen Rationalität". Manfred Busch bezeichnet beide, den kapitalismuskritischen Ansatz von Norbert Trenkle und den aufklärerischen von Wolfgang Sachs als praxisfern und politikunfähig. „Nicht die endgültige Lösung der Systemfrage", meint Busch, „sondern ein kollektiver Suchprozeß steht an", der sich aber nicht auf technische Optimierungen beschränken dürfe. Die genannten Autoren lassen sich jeder als Repräsentant eines bestimmten Typs von Antwort auf die ökologische Krise begreifen:

Nicht vertreten waren in dieser Debatte die Propheten des Unheils. Sie gehen davon aus, daß der „point of no return" überschritten sei, die Menschheit unausweichlich auf die Selbstausrottung hinsteuere. Was immer wir tun wird die rasende Fahrt hin auf den Abgrund vielleicht verlangsamen, aber für die Wende bleibt keine Zeit mehr. Das Schwert des Damokles schwebt nicht mehr über uns, es ist schon im Fall. „Nach Sofortmaßnahmen muß nicht mehr gerufen werden", frohlockt Gregory Fuller, „es ist zu spät"[1]. So wortmächtig die Propheten des Unheils oft sind und so wenig auszuschließen ist, daß sie vielleicht schon mittelfristig recht behalten, so unbefriedigend ist diese Sicht der ökologischen Krise in ihrer reinen Form, weil sie keinerlei Handlungsrelevanz hat. Habe ich erst einmal konstatiert, daß die Gattung kurz vor der unvermeidbaren Selbstzerstörung steht, kann ich danach nur fortfahren zu tun und zu lassen, was ich auch vorher schon getan und gelassen habe.

Die Befürworter des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft halten die ökologische Krise durch eine tiefgreifende Umgestaltung des Produktions-, Verteilungs- und Entsorgungsapparates für überwindbar. Eine drastische Einschränkung des Rohstoff- und Energieverbrauchs und die Organisation von Produktion, Konsum und Entsorgung in Kreislaufprozessen sollen die menschliche Belastung der Biosphäre auf einen Bruchteil der aktuellen beschränken. Die Schwerindustrie und andere rohstoff- und energiezehrende Wirtschaftszweige werden relativ an Bedeutung verlieren zugunsten entmaterialisierter Produktionen. Die Region wird an Bedeutung gewinnen gegenüber überregionalen Zusammenhängen, die Erste Welt wird sich die umweltverträgliche Etwicklung der Dritten angelegen sein lassen und ihren Klammergriff lösen.

Das ist alles sinnvoll und notwendig, aber unzureichend, sagen jene, die das Lob des einfachen Lebens singen. Umweltschonende Technologien reichen längst nicht hin, wenn ihre Anwendung nicht auch einhergeht mit einer grundlegenden Revision unseres westlichen Wohlstandsmodells. Wir müssen die industrielle Lebensweise in Frage stellen und die „unausrottbare Sehnsucht nach einem richtig geführten Leben", wie Wolfgang Sachs schreibt, in den Menschen wecken. Die Rückbesinnung auf langsamere, einfachere und genügsamere Lebensformen speist sich aus Bildern traditioneller kultureller Gemeinschaften, auf die wir heute noch in Teilen der Dritten Welt treffen.

Die Anhänger einer Erneuerungsbewegung sehen in diesen Versuchen, im Rahmen kapitalistischer Industriegesellschaften der ökologischen Krise begegnen zu wollen, nur kosmetische Korrekturen an einem menschen- und ressourcenfressenden Unrechtssystem. Rettung kann nur aus der radikalen Umwälzung des industriellen Marktsystems und der parlamentarischen Demokratie kommen. Die neue, ökologische Gesellschaft wird jenseits von Markt und Kapital und frei von Hierarchie sein. Und sie wird „der Menschheit in der Natur die Aufgabe zuweisen, der Evolution - in der Natur wie in der Gesellschaft - das volle Bewußtsein ihrer selbst und eine möglichst uneingeschränkte Fähigkeit zu vermitteln, in äußerster Rationalität die Bedürfnisse aller Lebewesen, auch des Menschen, zu erfüllen", wie etwa Murray Bookchin formuliert.

Kleine Schritte...

Diese vier Perspektiven treten in einer Vielzahl von Mischformen auf. Die Prophezeiung des Unheils ist bei den Anhängern der Erneuerungsbewegung fast immer Begründung für die Notwendigkeit radikalen Handelns. Die Ingenieure und Architekten des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft dagegen werben eher mit optimistischen Versprechungen. Mit der Einsparung von Energie, der Reduktion klimarelevanter Gasemissionen, der Schonung der natürlichen Ressourcen und der Verbannung der Autos aus den Innenstädten, so führen sie an, werden allgemeine Lebensqualität und Gesundheit steigen, und der Auftraggeber, meist die öffentliche Hand, immer öfter auch die Industrie, können vielleicht auch noch Kosten einsparen. Dicht gefolgt sind diese frohen Bilder einer lebenswerten Zukunft jedoch auch bei den ökologischen Umbauern von dem ernsten Hinweis auf die katastrophischen Folgen bei Unterlassung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Und was gilt es zu tun? Auf Gemeindeebene ließen sich zum Beispiel bei der



Straßenbeleuchtung die Quecksilberdampflampen durch Natriumdampflampen ersetzen, das Blockheizkraftwerk im städtischen Krankenhaus installieren, die tropischen Hölzer aus dem kommunalen Beschaffungswesen und den motorisierten Individualverkehr aus den Innenstädten verbannen, die Bevölkerung über das Energiesparen aufklären und über die Bedrohungen der Regenwälder. All das auf der Grundlage eines fundierten Konzeptes und im Erfahrungsaustauch mit anderen Gemeinden. Andere Beispiele sind die zahlreichen Initiativen für autofreies Wohnen, die in den letzten Jahren entstanden sind. In Amsterdam-Westerpark sind die Vorarbeiten vermutlich am weitesten gediehen, um dort die autofreie Siedlung „GWL Terrein" zu verwirklichen. Ist sie und sind andere Initiativen das Aufbruchssignal, um der Automobilgesellschaft den Todesstoß zu versetzen? Mitnichten, allemal nicht, wenn man die Aussagen der Protagonisten hört. Robert Leferink, der die Siedlung im Westerpark konzipiert hat, sieht die autofreien Siedlungen als einen Beitrag, um die erwartete Zunahme an Automobilen in Holland von 70% zwischen 1986 und 2015 auf 35% zu reduzieren. Thomas Krämer-Badoni, der das Bremer Projekt initiiert und vorangetrieben hat, klagt das Recht auf autofreies Wohnen als einen möglichen Lebensstil ein, dem diese Gesellschaft Raum geben muß.

oder Wolkenkuckucksheime ?

Die Vertreter radikalerer Positionen haben zweifellos recht, wenn sie auf die Diskrepanz zwischen dem Tempo der Naturzerstörung und der Größe oder vielmehr Kleinheit der Schritte verweisen, die diesen Prozeß aufzuhalten trachten. Aber das ist heute die Realität ökologischer Politik. Von ihren Kritikern muß man erwarten, daß sie dagegen plausible Strategie- und Handlungsalternativen setzen. Davon ist bei den Anhängern einer Erneuerungsbewegung nicht viel zu erkennen. Norbert Trenkle etwa denkt bei der revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Industriegesellschaften an eine Doppelstrategie: Zum einen „die weiterlaufende destruktive Verwertungsmaschinerie zu bremsen und zu stoppen wo und wie immer möglich. Maßnahmen wie eine radikale Erhöhung der Energiepreise hätten dabei ebenso ihre Berechtigung wie Blockade- und Sabotageaktionen. ... Zum anderen aber kann die Marktlogik nur dann konsequent angegriffen werden, wenn auch Alternativen zu den von ihr bestimmten Reproduktionsstrukturen errichtet werden."

Solche Vorschläge sind entweder bemerkenswert schlichthirnig oder unredlich. Die Erhöhung des Benzinpreises, die radikal nur denkbar ist als Erhöhung der Mineralölsteuer durch die Bundesregierung, ist das ziemlich genaue Gegenteil von Blockadeaktionen, die von engagierten BürgerInnen gegen die Staatsgewalt durchgeführt werden. Bei beiden Vorgehensweisen ist offen, ob sie die destruktive Verwertungsmaschinerie stoppen oder nicht im Gegenteil den Bedingungen für ihr langfristiges Funktionieren den Weg bereiten, indem der Raubbau an der Natur eingeschränkt und gefährliche Formen der Naturverwertung blockiert werden. Auch militante Formen des Widerstands gegen Naturzerstörung können, ähnlich wie militante Aktionen der Arbeiter in der Vergangenheit, objektiv die Funktion haben, die Handlungsspielräume für regulative Staatstätigkeit zu erweitern und die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung und den betroffenen Industriezweigen zu erhöhen.

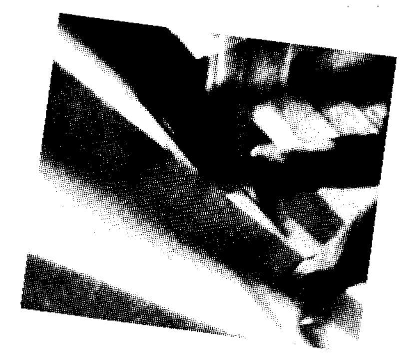
Von Sabotage steht dieser Tage überhaupt nichts im Buch und jenseits ihrer Wünschbarkeit und Effizienz ist es unverantwortlich, davon zu faseln, wenn dem in der gesellschaftlichen Wirklichkeit schlicht nichts entspricht. Außer wir interpretieren die Steine, die in diesem Sommer von italienischen Autobahnbrücken auf die darunter durchrasenden Fahrzeuge geworfen werden, als den Beginn eines „Kriegs gegen das Auto".

Ähnlich fahrig sind die Annahmen über die „Alternativen", denen zugemutet wird, die Beschäftigten jener Betriebszweige vor dem sozialen Elend zu retten, deren Stillegung wegen ihrer ökologischen Schädlichkeit erzwungen worden ist. Es gilt, „die massenhaft vorhandenen Ressourcen wie Fabriken, Maschinen und Gebäude instandzubesetzen und im Sinne einer nicht-marktförmigen Reproduktion umzufunktionieren." Das war in der Tat eine weitverbreitete Hoffnung in den Siebziger Jahren, die sich so schlicht nicht erfüllt hat und für die in der gegenwärtigen Phase keine relevanten Ansätze in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erkennen sind.[3]

Die repressive Natur des einfachen Lebens

Das Lob des einfachen Lebens ist andererseits harmlos, weil es folgenlos bleiben muß. Die Verklärung traditioneller Gemeinschaften der Dritten Welt läßt unbeantwortet, warum die Entwicklung genau in die Gegenrichtung verläuft und diese Kulturen alle mit fliegenden Fahnen zum Programm der Individualisierung überlaufen. Das einfache Leben in überschaubaren Zusammenhängen basierte bisher auch in den für uns attraktivsten organischen Gesellschaften auf Notwendigkeit, Armut und Repression. Einfachheit als Teil der Lebenskunst zu deklarieren, läßt unbeantwortet, wie denn ein solcher Lebensstil gesellschaftlich einen Beitrag zur ökologischen Krise leisten könnte, ohne wie bisher in der Geschichte, repressiv durchgesetzt zu werden.

Heute wird in den reichen Ländern, wo die erfahrbaren Grenzen des Machbaren für den einzelnen sehr weit gesteckt sind, zum zentralen Problem, wie denn ein nichtrepressives Gleichgewicht zwischen Individuum und Gesellschaft denkbar ist. In den traditionellen Kulturen existiert es sicherlich



nicht, dort schaffen Generations- und Geschlechterverhältnis mehr noch als Klassenkonflikte jene explosive Enge, aus der auszubrechen die Jungen erstmal nur als Chance erleben. Die Befürworter des einfachen Lebens müßten folglich, wollen sie sich nicht dem Verdacht eines verschwiegenen Traditionalismus aussetzen, aufzeigen, wie sie sich die nichtrepressive Vermittlung von Kultur und Individuum vorstellen. Die Einfachheit als Lebenskunst ist im Zuge einer radikalen Verselbständigung des Individuums als gesellschaftliches Organisationsprinzip schwer vorstellbar.

Auch ist der Begriff der Einfachheit unbefriedigend und irreführend. Einfach bis hin zur Monotonie sind die Produkte und Formen der entwickelten Industriegesellschaften. Wer sich im Supermarkt in Karlsruhe zurecht findet, wird auch in Terni, Berkeley, Enschede und York kein Problem haben. Die neuen Wohnviertel am Rande dieser Städte sind kaum voneinander zu unterscheiden und vier Füftel des Fernsehprogramms sind identisch. Eine ökologische Kultur ist demgegenüber eine Kultur der Vielfalt, der Verschiedenheit, reicher und komplexer Formen des Lebens und Arbeitens. So meint das sicherlich auch Wolfgang Sachs. Das aber mit dem Begriff der Einfachheit zu belegen, führt in die Irre.

Gemeinsam ist den Befürwortern des einfachen Lebens und den Anhängern einer Erneuerungsbewegung, wie Manfred Busch

zu Recht kritisiert, daß sie sich nicht auf konkrete Situationen und lebendige Menschen einlassen, sondern im Dienste des großen Ziels begrifflich über die Wirklichkeit verfügen. Die Geschichte des Marxismus-Leninismus sollte uns lehren, welch schlimme Folgen dieses Stellvertreterhandeln hat, so es geschichtswirksam wird. Die instrumentelle und oft schlicht menschenverachtende Haltung gegenüber den Subjekten, denen das eigene politische Handeln gilt, war bei den kommunistischen Revolutionären eher die Regel als die Ausnahme. Insofern hat Busch recht, wenn er davon spricht, es gälte an die konkreten Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen.

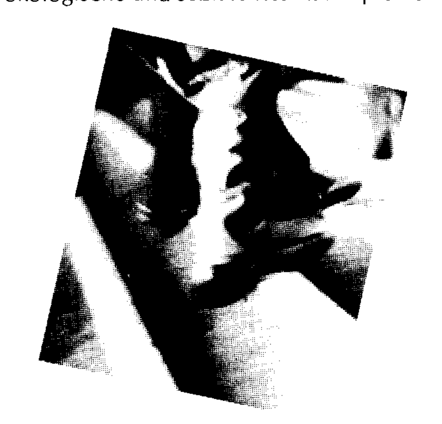
Gefährlich wird diese „Volksnähe", wenn sie in pragmatisches Management der schlechten Realität abrutscht. Grüne Politik krankt an dem, woran die Politik in den hochentwickelten Industriegesellschaften überhaupt leidet. Da politisches Handeln sich weitgehend als präventives Krisenmanagement verstehen muß - darauf hat Claus Offe schon früh hingewiesen - erhält es seine Prioritäten durch den mehr oder minder dringenden Charakter der anstehenden Probleme. Politik regrediert zur Verwaltung von Krisenfeldern, wertegeleitetes Handeln und moralische Zielvorstellungen werden dann in der Tat, wie Busch in bloßer Abbildung der bestehenden Verhältnisse schreibt, „politikunfähig".

Autofreie Viertel als Zonen der Vermittlung

Demgegenüber muß es darum gehen, die realen Widersprüche und Handlungsräume in den entwickelten Industriegesellschaften hin auf den ökologischen Umbau zu nutzen und voranzutreiben. Das Problem ist die pragmatisch-kurzsichtige Weise, in der das bei den ökologischen Umbauern der Industriegesellschaft zum Teil geschieht. Hier haben Trenkle und andere recht, wenn sie darauf beharren, daß die Zerstörung der Natur und die Zerstörung der Arbeitskraft einem System zu verdanken sind, dessen Logik sich als Zwänge über den Köpfen und hinter den Rücken der Beteiligten durchsetzt. Die Kunst einer wirklich ökologischen Politik läge darin, sich auf die konkreten Situationen einzulassen, mit den Betroffenen zusammenzuarbeiten und sie ernst zu nehmen, über alle reformistischen Kompromisse, die damit unweigerlich einhergehen, hinweg, jedoch die großen Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die Initiativen für autofreie Wohnviertel, die Energiesparkonzepte und Abfallvermeidungskampagnen, die Unterstützung der indigenen Völker zur Erhaltung der Regenwälder, die biologische Landwirtschaft und die Grüngürtel um die Städte, all das wird dem Marktsystem nicht den Todesstoß versetzen und ein neues ökologisches Zeitalter einläuten, aber es sind Schritte in eine richtige Richtung, von denen sich heute nicht sagen läßt, welche Bedeutung sie morgen haben werden. Es sind entschieden reformistische Unternehmungen für die Befriedigung realer Bedürfnisse und die Lösung realer Probleme. Autofreie Viertel schaffen jedoch auch gleichzeitig einen Raum, in dem überhaupt erst die ökologische Kultur einer nachautomobilen Gesellschaft entstehen kann. In der Organisation und Selbstorganisation der Bewohner dieser Viertel geht es um die Versöhnung von Individualismus und kollektiver Notwendigkeit. In diesem Sinne sind autofreie Siedlungen kulturelle Phänomene, bei denen Zwänge (Verbot, ein Auto zu besitzen, mit den Auto in die Siedlung einzufahren) in Gestalten des Lebens verwandelt werden.

Ob damit die Automobilgesellschaft nur um eine Lebensstilvariante bereichert wird, oder ob autofreie Viertel als Teil einer langfristigen Strategie radikaler ökologischer Praxis zu verstehen sind, ist theoretisch nicht klärbar. Die Unmöglichkeit, darüber klare Aussagen zu machen, ist nicht auf das Fehlen der richtigen Theorie oder die unzureichende Denkkraft des Theoretikers zurückzuführen, sondern liegt in der Sache selbst. Demokratische ökologische Lösungen sind zwingend „weiche" Lösungen. Sie bedürfen der aktiven Kooperation der Betroffenen vor Ort, um Elemente einer neuen, ökologischen Kultur entstehen zu lassen. Jene läßt sich nicht im Rückgriff auf traditionelle Strukturen bestimmen. Sie als übergreifende ökologische und soziale Realität implementieren zu wollen, wie Trenkle vorschlägt, läßt befürchten, daß die Vermittlung zwischen Individuum und kollektiver Notwendigkeit zugunsten letzterer ausschlagen wird. Nur eine Dialektik von gemeinsamer Arbeit in konkreten Situationen und scharfer Sicht auf die fernen Ziele wird eine ökologische Politik hervorbringen, die diesen Namen verdient.



Die gelungene Befriedung des Klassenkonfliktes

In dem Schlagabtausch zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen von Rettern aus der ökologischen Krise finden sich kaum verhüllt Positionen wieder, die historisch im Kontext der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Aufstiegs der kapitalistischen Industriegesellschaft entstanden sind. Die Rekonstruktion der Geschichte der sich verändernden Bedingungen der Verwertung von Arbeitskraft könnte hilfreich sein, um den unter unseren Augen stattfindenden Prozeß der Veränderung der Bedingungen der Verwertung von Natur zu begreifen.

Bei den Kritikern der aufsteigenden Industriegesellschaft wurde allgemein die Gefahr beschworen, die Logik der Kapitalverwertung würde eher über kurz als über lang zur nachhaltigen und möglicherweise irreversiblen Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft führen. Gewiß, eine gesunde und qualifizierte Arbeiterschaft bedeutete übergreifend gesehen gesellschaftlichen Reichtum, aber für den einzelnen Unternehmer mußte es darum gehen, seinen Arbeitern für den geringstmöglichen Lohn soviel Arbeit abzupressen wie möglich und die Kosten für die Reproduktion der am Arbeitsplatz verbrauchten und oft beschädigten Arbeitskraft soweit wie möglich auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Die Unternehmer wehrten sich konsequenterweise verbissen gegen jede Organisierung der abhängig Arbeitenden, die kollektiv der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft Grenzen zu setzen trachteten und ein Mindestniveau materieller Sicherheit einklagten. Die erfolgreiche kollektive Organisation der Erwerbstätigen und die Verteidigung der gemeinsamen Interessen in mehr oder minder militanten Kämpfen hatten in den reichen Industrieländern bekanntlich das doppelte Ergebnis, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die langfristigen Bedingungen der Kapitalverwertung zu sichern.

Damit ist Ausbeutung nicht abgeschafft, nicht die Gefährdung der Gesundheit an zahlreichen Arbeitsplätzen, die in neuen und nicht weniger bedrohlichen Formen auftritt, und unverändert entziehen sich Bedingungen und Produkt der Arbeit weithin der Mitbestimmung durch die Produzenten. Die Unternehmer haben sich jedoch allgemeine Grenzen der Ausbeutung von Arbeitskraft aufzwingen lassen und im Laufe dieses Prozesses ihr Eigeninteresse an einer Institutionalisierung des Klassenkonfliktes und staatlicher Regulierung zugunsten von



Wachstum und Beschäftigung erkannt. Spätestens ab der Mitte dieses Jahrhunderts haben die realen Verbesserungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Erwerbstätigen in den reichen Ländern den Klassenkonflikt weithin stillgestellt.

Mit etwa anderthalb bis zwei Jahrzehnten Verspätung haben sich auch die revolutionären Kritiker des Kapitalismus der Erkenntnis nicht entziehen können, daß die Abschaffung des Lohnarbeitsverhältnisses als Anspruch von den Organisationen der Arbeiterklasse dauerhaft aufgegeben worden ist und sie die Hoffnung würden begraben müssen, der Klassenkonflikt würde Motor der Umwälzung kapitalistischer Gesellschaften sein.

Die institutionelle Befriedung des Klassenkonliktes und die regulative und stabilisierende Staatstätigkeit sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder unter starke Belastungen geraten, die Generationen von Katastrophentheoretikern aller marxistischen Schattierungen mit schöner Regelmäßigkeit den globalen Zusammenbruch der Bedingungen der Kapitalverwertung in einer allernächsten Zukunft voraussagen ließ. Unter großen Kosten an Menschenleben und Menschenglück hat sich der Industriekapitalismus demgegenüber als erstaunlich wandelbar, widerstands- und anpassungsfähig erwiesen. Nach dem Zusammenbruch der autoritären Systeme Mittel- und Osteuropas hat der Kapitalismus zwar nicht gesiegt, aber er ist, wie Oskar Negt prägnant formuliert, (vorerst) übrig geblieben.

Wird auch die Natur um ihre Rache geprellt?

Gut vorstellbar ist eine analoge Entwicklung angesichts der drohenden Zerstörung der Naturbasis menschlichen Lebens. Wenn es dem Industriekapitalismus gelungen ist, die Reproduktion zweier Produktionsfaktoren, Kapital und Arbeit, sicherzustellen, warum soll es ihm nicht auch beim dritten, der Natur, gelingen? Ohne die Parallelen zu weit treiben zu wollen, lassen sich unschwer Ähnlichkeiten in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Ökologiebewegung erkennen. Beide, die frühe Arbeiterbewegung und die Ökologiebewegung knüpften am ganzen Lebenszusammenhang der Organisierten an und hatten eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft vor Augen. Die Gewerkschaften etablierten sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung in dem Maße als wirksame Interessenvertretung der Arbeitenden, wie sie ihre Aktivitäten auf die Regelung der Bedingungen der Verwertung von Arbeitskraft begrenzten, den Rest des Lebenszusammenhangs der Organisierten ausblendeten und die grundlegende Logik der Verwertung von Kapital und Arbeit akzeptierten.[3]

Auch die Ökologiebewegung der siebziger Jahre hatte eine fundamentale ökologische und soziale Wende vor Augen. Der Friede mit der Natur erschien nur denkbar in einer Gesellschaft, in der die Menschen auch friedlicher miteinander umgingen. Die Drohung einer katastrophischen Rache der Natur für ihre systematische Übernutzung durch den Industriekapitalismus sollte Motor sein für eine radikale Gesellschaftsveränderung, so wie einst die drohende Verelendung der Arbeiterklasse Movens der Revolution sein sollte. Anderthalb Jahrzehnte später ist keineswegs klar, daß sich die Verwertungsbedingungen des Produktionsfaktors Natur ähnlich nachhaltig stabilisieren lassen, wie die des Produktionsfaktors Arbeit. Vielleicht lauert der ökologische Zusammenbruch tatsächlich hinter der nächsten Ecke. Aber jene von uns, die viele Jahre unter den ökonomischen Zusammenbruchstheorien gelitten haben sind heute empfindlich gegenüber vorschnellen Neuauflagen ökologischer Varianten.


Das einfache Leben in autofreien Zonen

Kurz, eine mögliche Entwicklung, für die es zahlreiche Anzeichen gibt, ist eine Reform der Verwertungsbedingungen des Produktionsfaktors Natur in den reichen Gesellschaften, die historisch in grober Parallele zu denken ist zu der Reform der Bedingungen der Verwertung von Arbeitskraft. Eine - immer wieder von Rückschlägen bedrohte - Institutionalisierung in kleinen Schritten, würde die Erhaltung der Naturbasis komplexer Lebensformen sichern. Das Ergebnis wäre, weiß Gott, keine ökologische Gesellschaft im Sinne Muray Bookchins, in der ein kreatives, koproduktives Verhältnis zur Natur seine Entsprechung hätte in der Gleichheit der Ungleichen. Vielmehr blieben die uns bekannten Formen von Herrschaft und Ausbeutung intakt, erweitert und modifiziert um die Bedingungen für die Reproduktion des dritten Produktionsfaktors, der Natur.

Radikale ökologische Politik kann sich der Mitarbeit am naturverträglichen Umbau der Industriegesellschaft nicht entziehen. Sie muß an den konkreten Erfahrungen sozialer Gruppen anknüpfen und alltagspraktische Lösungen einer ökologischen Konversion mitverwirklichen. Die Geschichte der Arbeit im Kapitalismus lehrt uns, daß diese kleinen und mittleren Schritte beides sein können, Elemente der Integration in das herrschende System und Bausteine einer tiefgreifenden Umwälzung. Aufgabe der Theorie ist es, die Richtung dieser Schritte zu bestimmen, ihre Logik zu entziffern und sie in Bezug zu setzen zu den großen Zielen. Kurz, es gilt, in der dialektischen Spannung zwischen einem kommunikativen Bezug zur sozialen Realität, der theoretischen Analyse der herrschenden Widersprüche unseres gesellschaftlichen Systems und dem klaren Blick für die fernen Ziele, auf eine ökologische Gesellschaft hinzuarbeiten.

Karl-Ludwig Schibel

Anmerkungen:

1) Gregory Fuller, Das Ende. Von der heiteren Hoffnungslosigkeit im Angesicht der ökologischen Katastrophe, Amman Verlag 1993

2) Die community Bewegung in den USA war auf ihrem Höhepunkt, die Free Clinics, Anwaltskollektive, Food Coops, alternativen Zeitschriften und Druckereien, die Theatergruppen, FreeSchools, Kinderläden und Landkommunen gaben Grund zu der theoretisch angeleiteten Erwartung, ein konsistenter Teil gesellschaftlicher Reproduktion und Dienstleistung würde sich dauerhaft außerhalb kapitalistischer Zwänge gegengesellschaftlich etablieren können.
Diese Initiativen sind heute, zwei Jahrzehnte später, nostalgische Erinnerungen von Amts- und AbteilungsleiterInnen in Rentenversicherungsanstalten und Forschungsinstituten, Stadtplanungsämtern und Wissenschaftsministerien, oder sie haben sich nach einer harten Phase des Kampfes um Effizienz nach innen und Aufträge und Marktanteile nach außen im alternativen Branchenverzeichnis etablieren können. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung von Strategien der Entkommerzialisierung zu sprechen, die „ihrer eigenen Dynamik nach über das Marktsystem selbst hinausweisen" zeugt im besten Fall von einer gründlichen Verkennung sozialer Realität.

3) Diesen Prozeß der Zerstörung der Arbeitercommunity als sozialer Restkategorie zugunsten der Business Union habe ich am Beispiel der amerikanischen Arbeiterbewegung dargestellt in 'Das Alte Recht auf die Neue Gesellschaft', Sendlerverlag Frankfurt 1985

Das Kreuz mit der Superwahl

Neues vom D-Mark-Internationalismus

Die Wahl ist gelaufen, der K(r)ampf um die Stimmen der verantwortungsbewußten StaatsbürgerInnen endlich vorbei. Dabei wurden wir in diesem Jahr von den Wahlempfehlungen der Interessenverbände weitgehend verschont. In früheren Jahren rief die Katholische Kirche noch dazu auf, keine bösen Hexen zu wählen, die ungeborene Kinder töten. Oder der Ärzteverband riet dazu, für keine Partei zu stimmen, die Ärzte brutal um ihre Zweitvillen bringen will. Schließlich empfahlen die unaussterblichen Schlesier, nur Parteien zu wählen, die zumindest ein bißchen revanchistisch sind. In diesem Jahr schwiegen sie beruhigt, da sowieso keine Vaterlandsverräter zur Wahl standen.

1994 quälten uns vielmehr Linke und Alternative. Dabei ging es keineswegs um die für die Menschheit bedeutende Frage, ob die Revolution in Gefahr gerate, wenn Linke zur Wahl gingen. Die Zeitschrift KONKRET nervte ihre LeserInnenschaft vielmehr über ein halbes Jahr mit unzähligen und immer wieder neu aufgetischten Beweisen dafür, daß die PDS nationalistisch und deshalb nicht wählbar sei. Dabei gibt es - wie ein aufmerksamer Leserbriefschreiber bemerkte - nur eine Sache, die noch langweiliger ist als die PDS: KONKRET-Artikel über die PDS.

Aus der entwicklungspolitischen Lobby skandierte German Watch: "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" Rudi Scharping wolle das BMZ abschaffen und die Nord-Süd-Politik vom Kabinettstisch verbannen: "Damit würde Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nicht nachkommen", bedauerte die Nord-Süd-Initiative aus der Bonner Adenauer-Allee.

Da wir von unseren Eltern gelernt haben, daß wir nicht nur meckern dürfen, sondern es besser machen und - natürlich! - Verantwortung übernehmen sollen, rang sich auch das iz3w zu einer Wahlempfehlung durch. Die immens hohe Auflage der "blätter" von ein paar Tausend verpflichtete uns quasi dazu, nicht nur Sandkastenspiele zu betreiben. So durften die GRÜNEN in Nr. 200 als Artikel getarnte kostenlose Wahlanzeigen plazieren - zwei Seiten bekam der GRÜNEN-Politiker Manfred Busch (S. 56-57), Thomas Fues stellte auf ebenfalls zwei Seiten die grüne Vision einer reformierten Nord-Süd-Politik vor (S. 54-55). Während Fues von einem neuen BMZ träumte, das Entwicklungsgelder nur an Länder gibt, die den Regenwald nicht kaputt machen, pilgerte der zukünftige Dienstherr Ludger Volmer schon einmal probeweise nach Washington, um im State Department Nettigkeiten auszutauschen. Voll und ganz auf einer Wellenlänge sei man mit den Grundprinzipien Clintonscher Außenpolitik, sagte der ehemalige Meßdiener, der, als die APO auf den Straßen mit "Amis raus aus überall" tobte, in der Kirche das Weihrauchfaß schwenkte.

Auch Joschka Fischer, der Außenminister werden will, genscherte schon einmal übungshalber nach Washington und Moskau, um die Interessen Deutschlands staatsmännisch zu erläutern, die er in seinem Buch "Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik" benennt. Er plädiert für einen "Konservatismus" in der Außenpolitik: atlantische Partnerschaft mit den USA, Integration in die EG und Einbindung Osteuropas, basierend auf einer starken Demokratie und Wirtschaft. Eine Kostprobe aus Fischers grünen Visionen: *"Es liegt überhaupt nicht im deutschen Interesse, den überwiegend zivilen Charakter der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg jetzt (...) aufzugeben. Deutschland und Europa ging es wesentlich besser, als nach 1945 erzwungenermaßen der preußische Generalstab in Berlin durch die Bundesbank in Frankfurt/M. abgelöst wurde, als Preußens militärischer Glanz und Gloria durch die nüchterne Kultur der D-Mark ersetzt wurde. Die erzwungene Konzentration auf die zivile Entwicklung hat (...) Deutschland und Japan zu den führenden wirtschaftlichen Mächten nach den USA werden lassen."* Fischers oberste Devise ist: Nur kein Mißtrauen in der Ostpolitik erregen und keine deutschen Sonderwege in Zeiten, wo die Bundesbank ohnehin die Finanz- und Wirtschaftspolitik der anderen EG-Länder bestimmt.

Wenn grüne Politiker sich um Deutschlands Zukunft sorgen und wenn sie sich mit dem Kapital arrangieren, um an der Macht teilzuhaben - pardon: Verantwortung zu übernehmen -, dann ist das ein normaler, in der Sache liegender Vorgang, über den sich niemand moralisch empören muß: "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing." Es ist allerdings bemerkenswert, daß die GRÜNEN nur zehn Jahre für eine Entwicklung brauchten, zu der die SPD fünfzig benötigte. Wenn sie dies aber als einen strahlenden Sieg der Vernunft über die alten linken Irrtümer bejubeln, und wenn diese Konformisten sich als antidogmatische Ketzer, mutige Tabubrecher und originelle Querdenker bewundern, dann mutet dies eher peinlich an. Denn es bleibt die Frage, weshalb plötzlich als neue Einsicht verkündet wird, was die Rechten schon immer wußten.

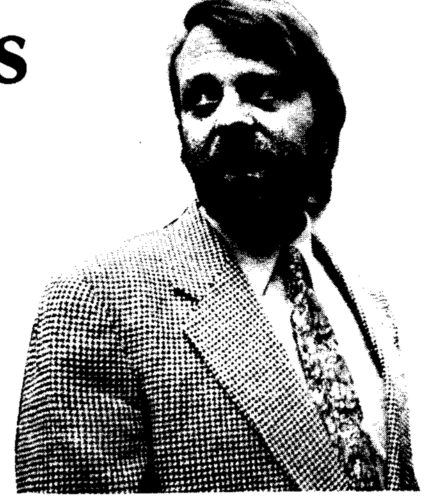
Wenn dann außerdem ausgerechnet die Böcke Fischer und Volmer der Ziege Rudi einen neuen Garten bestellen sollen, glauben wir gerne an einen "ökologisch-solidarischen Kurswechsel" im BMZ und im AA, und auch, daß die Erde eine Scheibe ist. Machen Sie deshalb demnächst ihre Kreuze auf den Lottoschein. Da zahlen Sie zwar auch Dummen-Steuer, aber Sie können wenigstens etwas gewinnen.

P.S.: Allzusehr schämen muß sich Fischer nicht für seine falschen Analysen in der Vergangenheit. Zum einen hat ihm Jesuiten-Zögling Heiner Geißler schon vergeben und ihn in den Kreis der "ernstzunehmenden Außenpolitiker" aufgenommen. Zum anderen bewies der Turnschuh-Minister auch schon in seiner Sturm-und-Drang-Zeit zuweilen einen Blick für die wichtigen Aufgaben der Zukunft: *"Da stellt sich doch die Frage der Alternative, geh ich auf die Seite des Kapitals, der Banken, in deren Aufsichtsräte Sozialdemokraten sitzen und Kredite vergeben oder gehe ich auf die Seite derer, die unter diesen Umständen leiden, die da ausgebeutet werden durch Wuchermieten, die da zusammengeschlagen werden durch faschistische Schlägertrupps und ähnliches mehr?"* Das sagte Klein-Joschka im März 1974 auf dem Häuserkampftribunal in Frankfurt. So bahnt sich eine Karriere an.

Jörg Später

Exklusiver Reformismus

Jorge Castañedas Strategievorschläge für die lateinamerikanische Linke



Der mexikanische Politologe Jorge Castañeda

Jorge Castañeda ist derzeit der "Star" unter den lateinamerikanischen Intellektuellen. Dazu hat nicht zuletzt sein zunächst in englischer Sprache und jetzt auch in Spanisch erschienenes Buch 'La utopía desarmada' (Die unbewaffnete Utopie) beigetragen. In den Besprechungen von 'La utopía desarmada' in Lateinamerika wird positiv vor allem hervorgehoben, daß mit diesem Buch der Versuch unternommen werde, das ganze Spektrum linker Politik und der innerhalb der Linken geführten Diskussionen in den Blick zu bekommen. Castañeda's Konzept für eine "neue Linke" in Lateinamerika soll im folgenden Beitrag genauer betrachtet werden.

Im ersten Teil des Buches zeichnet Castañeda die Geschichte der lateinamerikanischen Linken dieses Jahrhunderts nach. Insbesondere stellt er dabei fest, daß Demokratie und Menschenrechte lange Zeit kein Thema linker Politik gewesen seien. Der bewaffnete Kampf wurde mit der kubanischen Revolution zur wichtigsten Politikform der Linken und hätte eigentlich 1967, mit dem Tod Che Guevaras in Bolivien, beendet werden müssen. Spätestens seit 1990 und der Wahlniederlage der Sandinisten sei jedoch die Kritik der Waffen endgültig obsolet geworden.

Im Anschluß an den historischen Abriß formuliert Castañeda seine zentrale These: "Die reformistische Linke hat heute in Lateinamerika mehr Möglichkeiten als andere Sektoren der Linken, um Antworten auf die aktuellen Themen und wichtigen Debatten zu geben, aber sie läuft auch Gefahr, sich nach rechts zu wenden und ihre Wurzeln und damit ihren Weg zu verlieren."(S.206) Woraus speist sich die optimistische Einschätzung Castañedas hinsichtlich einer reformistischen - und d.h. bei ihm sozialdemokratischen - Politik als einzig erfolgversprechende Strategie für die Linke in Lateinamerika?

Diese Einschätzung kommt zunächst überraschend, stellt Castañeda doch erst einmal fest, daß sozialdemokratische Politik in Lateinamerika in diesem Jahrhundert marginal geblieben sei, da als Formen linker Politik Populismus, Leninismus und der Kampf der bewaffneten Guerilla vorherrschten. Sozialdemokratische Politik hätte in der Geschichte Lateinamerikas zudem deshalb keine Chance gehabt, weil ihr die gesellschaftlichen Voraussetzungen - eine homogene urbane ArbeiterInnenschaft - fehlten, um die politische Macht zu erringen.

Für Castañeda sind es die Veränderungen des letzten Jahrzehnts, aus denen die "Möglichkeiten" für eine reformistische Linke erwachsen: In vielen Ländern entstehen neue soziale Bewegungen - insbesondere in Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur und der während des "verlorenen Jahrzehnts" um sich greifenden neuen Armut. (Hier stellt sich die Frage, wie neu diese Bewegungen außerhalb der Parteien tatsächlich sind.) Zu ihnen zählt Castañeda Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Basisgruppen, indigene Völker, Frauen- und Ökologiebewegung sowie Stadtteilgruppen.

Neben diesen internen Verschiebungen wandelte sich auch der welthistorische Kontext linker Politik in Lateinamerika in den vergangenen Jahren dramatisch. Zwei Entwicklungen werden für Castañeda zu neuen Ausgangspunkten linker Politik:

- Die Globalisierung des Kapitalismus samt seiner neoliberalen wirtschaftspolitischen und konservativen sozialpolitischen Konzepte, die sich in den Ländern der Peripherie mit der größten Wucht durchgesetzt hätten.
- Die Auflösung des real existierenden Sozialismus, der - obwohl sich bis auf wenige Ausnahmen politische Gruppen und Parteien kritisch zur Sowjetunion und Osteuropa verhielten - eine prinzipielle Alternative zum Kapitalismus darstellte. Diese äußerte sich insbesondere darin, daß die Hegemonialmacht USA in ihrem "Hinterhof" nicht immer nach Belieben schalten und walten konnte.

"Linke" Strategien

Vor dem Hintergrund des Versagens des bewaffneten Kampfes, des Erstarkens neuer sozialer Bewegungen und der internationalen Entwicklungen hält Castañeda nur noch eine sozialdemokratische Politik für richtungweisend und für die Linke erfolgversprechend.

So widmet Castañeda den zweiten Teil seines Buches der Suche nach einer politischen Strategie "linker" Politik, um doch zu vereinbaren, was bisher zumeist als "Quadratur des Kreises" gehandelt wurde: Wandel und Kontinuität, soziale Gerechtigkeit und ökonomisches Wachstum, repräsentative Demokratie und effektive Machtausübung. Auch der Kampf gegen Korruption nimmt einen zentralen Stellenwert ein.

Auf der Suche nach einer Strategie zur Verwirklichung dieser Ziele konzentriert sich Castañeda auf das Verhältnis der armen Massen zum Nationalismus, auf die Frage nach dem Umgang mit der politischen Demokratie, auf denkbare wirtschaftspolitische Optionen und schließlich auf die Machbarkeit und Mehrheitsfähigkeit linker Politik.

Für Castañeda muß **Nationalismus** heute mehr denn je mit emanzipativer Politik verbunden werden. Die Entstehung der Nation nach dem Staat in Lateinamerika, die traditionellen Verbindungen von Oligarchie und Bourgeoisie mit dem Ausland und der Ausschluß der Massen von den gesellschaftlichen Reichtümern sind die Phänomene, die ihn zu diesem Schluß bringen. Nationale Souveränität hätte immer die Forderung

nach mehr sozialer Gerechtigkeit impliziert, so daß Castañeda zufolge diese beiden Aspekte die Angelpunkte linker Politik waren und sind. Dabei spricht er von einem "neuen regionalen Nationalismus", der sich nicht mehr nach außen abgrenzen müsse, wie dies früher gegen die USA der Fall gewesen wäre, sondern nach innen Einigung erzielen solle und sich positiv auf die anderen lateinamerikanischen Länder beziehen soll.

Das Bemühen um **Demokratie** bedeutet für Castañeda im wesentlichen die Errichtung einer repräsentativen, auf den Parteienwettbewerb konzentrierten, bürgerlichen Demokratie. Der wichtigste Handlungsrahmen linker Politik liege in der kommunalen Arbeit und im Kampf um Demokratisierung und Dezentralisierung. Wo sich die sozialen Bewegungen und linke Politik treffen, nämlich auf kommunaler Ebene, dort müßten Demokratisierung und Dezentralisierung vor allem vorangetrieben werden. Im kommunalen Bereich seien Veränderungen am ehesten zu erreichen. Außerdem sei ein demokratischer interner Aufbau linker Parteien wichtig, um mit den sozialen Bewegungen zusammenarbeiten zu können, die per se demokratischer seien. Es gehe darum, die Demokratisierung insgesamt und besonders die Autonomisierung des Staatsapparates gegenüber der Regierung voranzutreiben. Linke Regierungen könnten dann auf einen Staatsapparat zurückgreifen, den Castañeda als grundsätzlich "neutral" versteht.

In der **Wirtschaftspolitik** ist das Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Verteilung für Castañeda der zentrale Punkt. Dieses Spannungsverhältnis sei in der Vergangenheit von linken Regierungen und Parteien immer zugunsten der Verteilung aufgelöst worden. Eine erfolgversprechendere Strategie liege jedoch in der Verknüpfung von Wachstum und Verteilung. Dem Neoliberalismus sei eine Strategie "entgegenzusetzen", die auf einer vorsichtigen Außenöffnung basiere, um eine exportorientierte Industrialisierung zu ermöglichen. Ein sektorialer Protektionismus sollte mit der subregionalen Integration einhergehen. Castañeda bezieht sich mit seinen Vorschlägen wirtschaftspolitisch indirekt auf die neueren Konzepte der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL).

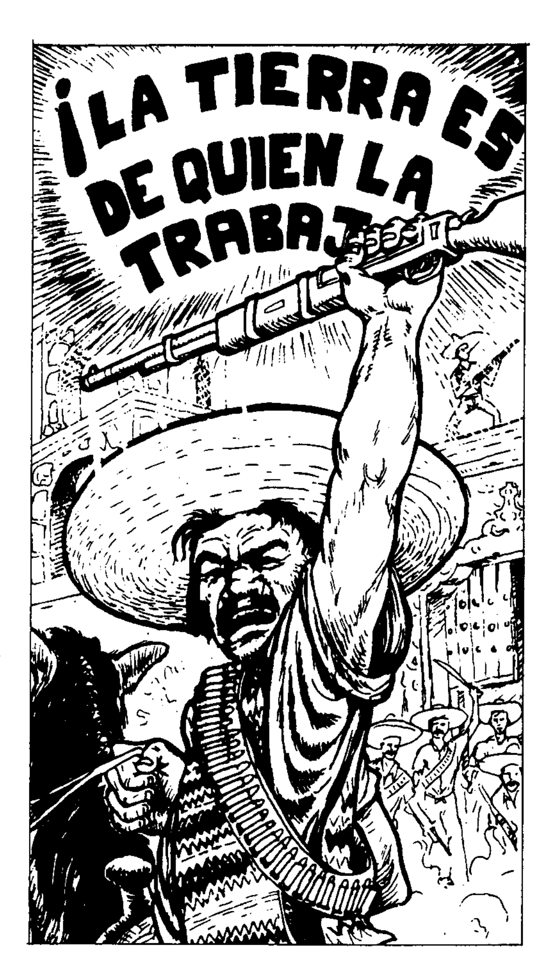
Doch Castañeda geht noch weiter: Für ihn besteht die einzige Möglichkeit der Linken darin, eines der bereits bestehenden gesellschaftlichen "Paradigmen" zu übernehmen; neue gesellschaftliche Entwürfe stünden nicht an. Die Linke müsse vielmehr "das kleinere Übel" anbieten. Angesichts der Formierung von Wirtschaftsblöcken und deren Kampf gegeneinander, sollten sich die lateinamerikanischen Länder an einem der drei erfolgreichen bestehenden Modelle orientieren: USA, Japan oder dem "rheinischen" Modell des westeuropäischen Kapitalismus. Castañedas Option in dieser Frage ist eindeutig: Dem von den USA inspirierten Neoliberalismus sollte die lateinamerikanische Linke den bundesdeutschen oder schweizerischen Kapitalismus und dessen Sozial- und Wirtschaftspolitik als "modernes Paradigma" entgegensetzen.

In der Frage der **Durchsetzbarkeit** linker Politik beschäftigt sich Castañeda vor allem mit der derzeitig möglichen sozialen Basis dieser Politik. Compromiso, der für ihn in diesem Zusammenhang zentrale Begriff, kann sowohl mit Verpflichtung als auch mit Kompromiß ins Deutsche übersetzt werden - und beides meint er wohl. Linke Politik kann nach Ansicht Castañedas nur mit breiten Koalitionen durchgesetzt werden, die sich bei Wahlen in Zwei-Drittel-Mehrheiten ausdrücken sollten. Der Leitgedanke des compromiso richtet sich innergesellschaftlich an die marginalisierten städtischen Massen, Teile der Mittelschicht und progressive Kapitalisten. Die Lektion der vergangenen dreißig Jahre sei, daß die Linke fatalerweise keine Koalitionen mit anderen politischen Kräften gesucht habe, die sich nicht als Linke verstehen. Um Zwei-Drittel-Mehrheiten und damit einen "neuen Sozialpakt" zu erreichen, sei eine derartige Strategie mithin unabdingbar. Ein Kompromiß wird aber nicht nur gesellschaftsintern, sondern auch im Nord-Süd-Verhältnis angestrebt. Hier gilt die Kooperationsbemühung vor allem den USA. Castañedas Strategie der Harmonisierung geht soweit, daß die formulierten Ziele linker Politik eigentlich gar nicht nur von Linken in Anspruch genommen werden können:" Es handelt sich um Ziele und Bestrebungen aller Lateinamerikaner." (S.565) Es geht um eine bessere Zukunft für den ganzen Kontinent mittels breiter politischer Koalitionen, mit der Unterstützung der Zivilgesellschaft, mit kommunalen und nationalen Regierungen, eigentlich mit allen.

Nationalismus als emanzipatives Moment?!

Die von Castañeda vertretenen Positionen können in vielerlei Hinsicht kritisiert werden. Ich konzentriere mich im folgenden auf die wichtigsten Aspekte.

Warum, so wäre Castañeda zu fragen, bedarf es gerade des Nationalismus, um die Ausgeschlossenen in eine Nation zu integrieren, die als Bezugspunkt in Zeiten der Globalisierung ohnehin radikal ihre Funktion verändert, wie es der Autor an anderer Stelle selbst vermerkt? Reicht nicht die egalitäre Integration in die Gesellschaft als anzustrebendes Ziel aus? Landreformen, rationalere Staatsapparate und Steuersysteme, demokratische Kontrolle von Unternehmen und Kapital, Verursacherprinzip bei der Auslandsschuld - das sind die konkreten Fragen, die Castañeda teilweise ja auch anspricht. Und: Haben nicht gerade die



„Das Land denen, die es bebauen!"

Herrschenden mit nationalistischen Parolen die Massen hinter sich geschart? Die perversen Beispiele, wie eine abgehalfterte und blutige argentinische Militärdiktatur mit dem Malwinen-Krieg ganz Lateinamerika begeisterte oder wie Pinochets Schergen die gewaltsame Beendigung des chilenischen Wegs zum Sozialismus mit der "nationalen Sicherheit" begründeten - davon keine Spur in dem Buch.

Das Demokratieverständnis des mexikanischen Politologen konzentriert sich stark auf die Durchführung "fairer" Wahlen. Was damit aus dem Blick gerät, ist die Tatsache, daß vielfältige Strategien denkbar sind, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Dies deutet seine diesbezüglich positive Einschätzung des Sendero Luminoso auch an. Die Geschichte und die spezifischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern sind zu unterschiedlich, als daß die Teilnahme an freien Wahlen der Exekutive und Legislative, deren Notwendigkeit der Autor permanent konstatiert, zur einzigen Voraussetzung weiterreichender Veränderungen gemacht werden könnte. Durch den Aufstand in Chiapas wird das Buch wenige Monate nach seinem Erscheinen in dieser Frage sowohl widerlegt als auch bestätigt: Einerseits entsagte sich linke Politik, folgte sie den Strategievorschlägen Castañedas, der Möglichkeit, verschiedene Formen der Auseinandersetzung zu kombinieren - Kämpfe wie der-

zeit in Mexiko kommen in Castañedas Konzeptionen nicht mehr vor. Andererseits geben ihm die Ereignisse recht, denn ein wesentlicher Grund für die breite Unterstützung der Zapatistas liegt eben darin, daß diese sich nicht das Label einer marxistisch-leninistischen oder sozialistischen Guerilla verpaßt haben, sondern zuallererst freie Wahlen in Mexiko gefordert und sich auf das urdemokratische Prozedere ihrer sozialen Basis eingelassen haben.

Insgesamt behält Castañeda ausschließlich den politischen Parteien die Scharnierfunktion zwischen "Staat" und "Gesellschaft" vor. Seine Position gegenüber sozialen Bewegungen bzw. Nicht-Regierungsorganisationen erscheint daher instrumentell und vereinnahmend. Die gewerkschaftliche Linke etwa, die wesentlicher Stützpfeiler der brasilianischen PT oder der Causa R in Venezuela ist, wird dementsprechend ausgeblendet. Schließlich: Wenn Staat nicht als Spiegelbild gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse gesehen wird, sondern potentiell "neutral" ist, dann liegt die Schlußfolgerung nahe, daß nach einer möglichen politischen Machtübernahme der Linken von dort aus gesellschaftliche Veränderung initiiert werden. Als wenn nicht gerade dieses Konzept gescheitert wäre.

Kompromiß der Klassen

Die "politizistische" Herangehensweise Castañedas führt zu weiteren Problemen: Zwar wird auf die widersprüchliche Konstitution kapitalistischer Gesellschaften hingewiesen - eine Analyse der sozialen Verhältnisse und der gegenwärtigen Krise bietet Castañeda jedoch nicht. Anstatt nämlich diese Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt einer umfassenderen Analyse zu machen und ihre historischen Ausformungen darzustellen, begibt er sich auf die Suche nach einem breiten und gutmeinenden Bündnis der städtischen Marginalisierten, Teilen der Mittelklasse und progressiven Kapitalisten sowie zwischen "Nord" und "Süd" - es müßten doch eigentlich alle wissen, daß es in trauter Kooperation viel besser geht. Interessengegensätze im nationalen und internationalen Rahmen werden auf diese Weise ignoriert.

Dies drückt sich auch in Castañedas Modernisierungskonzept aus. "Industrialisieren, immer industrialisieren" postuliert er in bester modernisierungstheoretischer Tradition, wobei die systemischen Zwänge des globalen Kapitalismus und die "natürlichen Grenzen des Wachstums" überhaupt nicht in den Blick genommen werden. Die politische Regulation des globalen Kapitalismus, zu dem beispielsweise die regionalen Integrationsversuche Anstöße geben könnten, oder gar Ansätze zur Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung stehen nicht auf der Liste seines Strategie-Mix. Es stellt sich also die Frage, ob sich Castañedas wirtschaftspolitische Vorschläge überhaupt grundsätzlich von neoliberalen Konzepten unterscheiden, bzw. ob seine explizite Ablehnung dieser Konzepte nicht vielmehr strategischen Überlegungen folgt. Castañeda ist zutiefst davon überzeugt, daß die Modernisierung aller Gesellschaften dieser Erde via Kooperation und Industrialisierung möglich ist. Die Linke hat die internen politischen Konstellationen und Kompromisse zu schaffen, um die Modernisierungspotentiale freizulegen.

Jorge Castañeda reproduziert mit seinem Buch den mainstream der westeuropäischen



Nach Castañeda „müßten doch alle wissen, daß es in trauter Kooperation viel besser geht" - chilenische Bauern Anfang der 70er Jahre

und nordamerikanischen Politologie, die policy analysis. Vergleichen und abgrenzen der "politischen" von sozio-ökonomischen Prozessen - das ist die Herangehensweise. Castañeda bietet zwar einige Erkenntnisse über die Geschichte der lateinamerikanischen Linken - bei den Strategievorschlägen für die Gegenwart macht er sich jedoch kaum mehr die Mühe, länderspezifisch zu argumentieren. Indem er versucht, historisch "erfolgreiche" politische Strategien der metropolitanen Länder auf Lateinamerika zu übertragen und von einem "Primat der Politik" ausgeht, wird von dortigen und globalen Machtverhältnissen abstrahiert. Zudem soll "die Linke" als homogene politische Kraft konstituiert werden. Sie soll einen rigorosen und andere Strategien ausschließenden linken Reformismus betreiben.

Die von Castañeda geforderte Umorientierung auf parlamentarische Politik und die Fixierung auf die bürgerliche Demokratie sind heute ebenso charakteristisch für große Teile der lateinamerikanischen Linken wie die analytische und politische Ausblendung grundlegender Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung. Vielleicht gerät Castañeda damit selbst in die von ihm beschriebene Falle, daß nämlich die Linke "Gefahr läuft, sich nach rechts zu wenden und ihre Wurzeln und damit auch ihren Weg zu verlieren"?

Ulrich Brand

Jorge Castañeda, La utopía desarmada. Intrigas, dilemas y promesa de la izquierda en América Latina (englischer Titel: Utopia unarmed), Mexico 1993, 567 S.

Indien nach der Ära Gandhi



Eine Darstellung von Hintergründen und Ursachen der aktuellen Entwicklung Indiens bietet das Buch **„Gandhis Erben - Indien in der Krise"**, das jetzt erschienen ist.

Nach einem einleitenden Kapitel, das sich unter anderem um die Regierungszeit des letzten Mitgliedes der Dynastie Nehru-Gandhi, Rajiv Gandhi, dreht, beschäftigt sich der Autor Frank Braßel in vier Abschnitten mit der sozio-ökonomischen Situation Indiens. Dabei stehen zunächst wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt. Hier sind es vor allem Aspekte der hohen Verschuldung des Landes und der in jüngster Zeit intensivierten Tendenzen zur Privatisierung der stark staatswirtschaftlich dominierten Industrie, die Beachtung finden. Anschaulich werden auch die Auswirkungen des GATT-Abkommens auf die Landwirtschaft beschrieben, in der nach wie vor zwei Drittel aller InderInnen beschäftigt sind.

Die massiven ökologischen Probleme des Landes werden anschließend unter anderem am Beispiel des Narmada-Staudamms dargestellt. Auch den Konflikten, die mit dem drohenden Auseinanderbrechen des indischen Nationalstaates zusammenhängen, ist ein Abschnitt gewidmet. Am Beispiel der aktuellen Auseinandersetzungen in Assam, Punjab und Kaschmir legt Braßel dar, wie wirtschaftliche und soziale Faktoren diese auf den ersten Blick ethnischen Konflikte beeinflussen. So sieht er etwa die Radikalisierung der Sikhs in einem Zusammenhang mit den Folgen der Grünen Revolution in Indien. Ebenso haben in den vergangenen Jahren hindu-fundamentalistische Tendenzen an Bedeutung gewonnen. Das Erstarken der Hindu-Bewegung steht in enger Verbindung mit den vergeblichen Versuchen der Kongreß- Partei, ihre Vormachtstellung zu erhalten - ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch das Buch zieht.

Im Schlußteil des Buches stehen die Zukunftsperspektiven nach dem Ende der Gandhi-Ära zur Debatte. Frank Braßel setzt hier große Hoffnungen in die neuen sozialen Bewegungen Indiens, die ohne Unterstützung staatlicher Stellen und ausländischer Geldgeber arbeiten. Dieser Sektor der indischen Gesellschaft wird anhand vieler Beispiele beschrieben: von der Genossenschaft, die ein in Konkurs gegangenes Röhrenwerk weiterbetreibt bis zum Dorfentwicklungsprogramm in den Händen der BewohnerInnen. Viele solcher Beispiele bezeugen enge Kontakte, die der Autor zu diesen Gruppen geknüpft hat, und illustrieren, worauf sich seine Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Indien gründet.

Bernd Riegraf

Frank Braßel, Gandhis Erben - Indien in der Krise, Dietz Verlag, 1994, 154 Seiten, DM 19,80.

Kinotraum vom Dritten Reich



Jahrzehntelang verschonten sich die Deutschen mit ihrer Vergangenheit. Anfang des Jahres rannten sie zu Millionen in einen Film, der gerade die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte in Szene setzt.

Ein Zeichen von Besserung? Die Herausgeber des kleinen Sammelbandes **'Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich'** unterstellen das Gegenteil. Die Sehnsucht der Deutschen, so die Grundthese sämtlicher Buchbeiträge, nach einer 'besseren Vergangenheit' sei mittlerweile so groß, daß jeder Beitrag zu einer freundlicheren Deutung der Nazizeit wie ein Strohhalm ergriffen werde. Spielbergs Film erzählt die Geschichte vom guten Deutschen, von dessen Existenz alle schon immer träumten. Und er erzählt die Geschichte des sadistischen KZ-Chefs Amon Göth, hinter dessen Monstrosität das unspektakuläre und geordnete Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie, an der alle mitwirkten, verschwindet.

Also doch der richtige Film zur richtigen Zeit. Aber nicht als Gegenmittel gegen das immer populärer werdende Weglügen von Auschwitz, sondern - dank der Mär vom guten Deutschen - als eine Krücke, die den Deutschen wieder zu aufrechtem Gang verhilft. „Nachdem Hollywood selbst es gesagt hat" - so Lothar Baier in einem der cleversten Beiträge des Sammelbandes (weitere von E.Geisel, D.Claussen, J. Bruhn, I.Bindseil, G.Anders und D. Spreen) - „dürfen sich die Deutschen nach ihrer erfolgreichen Wiedervereinigung schließlich auch in den Weltverband der Guten Seelen aufgenommen fühlen"(S.158).

Die Mehrzahl der Autoren des Sammelbandes übrigens läßt Spielberg Hollywood sein und konzentriert sich auf die deutsche Rezeption des Filmes - Lothar Baier und Detlev Claussen machen das in einer sehr sachlichen Weise, während Eike Geisel wie üblich dem Verspielt-Polemischen zuneigt. Nur Jochen Bruhn hat sich den Film selbst vorgeknüpft und ist der von ihm transportierten Ideologie auf den Grund gegangen...

Obschon das Kinoereignis 'Schindlers Liste' mittlerweile ein halbes Jahr zurückliegt, wird der deutsche Traum 'von einem besseren Dritten Reich' weitergeträumt - der Band verliert daher nicht an Aktualität.

isar

Initiative Sozialistisches Forum (Hg.), Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich. Ça ira Verlag, Freiburg 1994, 192 Seiten, DM 20,-.

Migration und internationale Arbeitsteilung



Die Migration als eines der zentralen Themen der neunziger Jahre wird in dem Buch **„Migration und Arbeitsteilung, AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise"** von Christof Parnreiter analysiert. Im einführenden theoretischen Teil wird ein Interpretationsrahmen vorgestellt, in dem die Wanderung von Arbeitskräften sowohl im historischen Kontext als auch in der Analyse gegenwärtiger Entwicklungen nicht als millionenfach getroffene Einzelentscheidung, sondern als strukturelles Merkmal der Weltwirtschaft begriffen wird.

Der Autor beschreibt zunächst, wie die Geschichte der Arbeitskräftenachfrage und der damit zusammenhängenden Migration mit der Herauslösung von Menschen aus vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen beginnt. Im Zuge der peripheren Integration von Regionen und Staaten in die Weltwirtschaft kommt es dann zur ökonomischen Destabilisierung der Peripherie, wodurch ein Migrationspotential entsteht. Dieses wird durch zumeist staatliche Rekrutierung mobilisiert, um es den ökonomischen Zentren zuführen zu können.

Im zweiten Teil prüft der Autor die These, daß Migrationsmuster sich mit Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung wandeln. In einem globalen Überblick werden konkrete Migrationen (u.a. das europäische „Gastarbeitersystem", die neue Immigration in die USA, die Wanderung zu Weltmarktfabriken oder in die erdölproduzierenden Länder oder die Landflucht) analysiert und die eingangs formulierte These untermauert. Im dritten Teil schließlich erläutert Parnreiter den durch die Weltwirtschaftskrise induzierten Wandel von Migrationsmustern und Migrationspolitik am Beispiel Österreichs.

Hier werden beide Seiten der Migration, also das „Empfangsland" Österreich und die Senderländer Ex-Jugoslawien, die Türkei und die osteuropäischen Staaten als Teil der internationalisierten Arbeitsteilung verstanden und daraus die Entstehung von Arbeitskräftemangel bzw. -überschuß erklärt. Es gelingt dem Autor, die im ersten Abschnitt des Buchs formulierten Thesen anhand des empirischen Materials zu verifizieren. Die zentralen Aussagen des Buches, die durch die empirische Arbeit und durch Sekundärliteratur reichhaltig abgesichert werden, stehen damit in diametralem Gegensatz zu neoklassischen Interpretationen, die ein quasi naturgesetzliches Wanderungsverhalten von „arm" zu „reich" postulieren.

Horst Lausegger

Christof Parnreiter, Migration und Arbeitsteilung. AuländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise, Promedia Verlag, Wien 1994.

Nordkurdistan: Schweigen tötet - Frieden jetzt!

Die kurdische Bevölkerung in der Türkei ist einem schmutzigen Krieg seitens des türkischen Staates ausgesetzt. Nordkurdistan ist in ein reines Waffenlager verwandelt worden. Die Gewaltspirale dreht sich unvermindert weiter - trotz einiger Friedensangebote der PKK -, die Vernichtungs- und Vertreibungspolitik setzt sich mit unverminderter Härte fort. Die türkische Regierung ist nicht gewillt, die Kurdenfrage auf friedlichem Weg zu lösen. Auch die EU-Staaten mit ihren wohlklingenden Bekenntnissen zu Demokratie und Menschenrechten - und hier ist insbesondere die Bundesrepublik zu nennen - zeigen an einer politischen Lösung kein Interesse. Ohne die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der europäischen Staaten kann der türkische Staat allerdings diesen Krieg nicht weiter finanzieren.

Das ist alles hinlänglich bekannt, die erforderlichen Maßnahmen seitens des Westens aber bleiben aus. Aus diesem Grund versucht die Friedenskampagne für Nordkurdistan, die von einem breiten Spektrum von friedenspolitischen, antimilitaristischen und Menschenrechtsgruppen unterstützt wird, Druck auf die verantwortlichen Stellen auszuüben, um zu einer friedlichen und politischen Lösung in Kurdistan zu gelangen. So fordert sie die Einberufung einer internationalen Kurdenkonferenz unter Beteiligung der KurdInnen sowie unter Beachtung des Rechts auf Selbstbestimmung, die Entsendung von UN- und KSZE-Beobachtern, die Einstellung jeglicher militärischer und polizeilicher Unterstützung der Türkei, die Verhängung eines Wirtschaftsembargos gegen die Türkei sowie die vollständige Anerkennung der hier lebenden KurdInnen als eigenständige Minderheit mit allen dazugehörenden Rechten.

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn 1

Spendenkonto des Fördervereins Frieden e.V.: Kto-Nr. 33 0 35 bei SpK. Bonn (BLZ 380 500 00), Stichwort: Kurdistan-Kampagne

'Dole' gegen Gewerkschaft

Die Existenz eines der ältesten gewerkschaftlichen Verbände auf den Philippinen, der National Federation of Labour (NFL), ist in Gefahr. Der Bananenriese Dole hat sich in einem Rechtsstreit gegen die NFL durchgesetzt. Ihr steht nun eine Strafe von acht Millionen Peso (ca. 500.000 DM) ins Haus. Das ist ein Drittel des Vermögens dieser stärksten unabhängigen Gewerkschaft im Frischfruchtbereich auf den Philippinen. Was ist passiert?

Anlaß für den Konflikt war ein Streik auf einer Dole-Bananenplantage im Jahr 1989 durch eine der NFL angeschlossene Betriebsgewerkschaft. Die NFL-Zentrale hatte den Streik, der zudem mit einem landesweiten Generalstreik zur Erhöhung der Mindestlöhne zusammenfiel, nicht gebilligt. Trotzdem machte das Dole-Management die NFL verantwortlich. Daß eine ganze Gewerkschaft mit einer so hohen Geldstrafe belegt wurde, ist ein Präzedenzfall in der philippinischen Rechts- und Gewerkschaftsgeschichte.

Die philippinische Justiz hat sich allerdings bereits in der Vergangenheit stets wenig arbeitnehmerfreundlich gezeigt. So geschah im Sommer 1993 nichts zum Schutz zahlreicher NFL-Mitglieder, die vor den Betriebsratswahlen auf den Ananasplantagen von Dole Monte entlassen worden waren. Del Monte hat auf Mindanao, der südlichen Hauptinsel der Philippinen, eine lange Geschichte der Verfolgung unabhängiger Gewerkschaften und konnte über Jahrzehnte freie Betriebsratswahlen verhindern - unter der Marcos-Diktatur ebenso wie unter den Regierungen Aquino und Ramos. In insgesamt vier Niederlassungen des Dole-Konzerns auf Mindanao hat demgegenüber seit langem die NFL legal agieren können. Dort stellt sie die jeweilige Arbeitnehmervertretung.

Die NFL vermutet hinter dem jetzigen harten Urteil und der unbeugsamen Haltung des Dole-Managements den Versuch, unabhängige Betriebsräte loszuwerden. So werden seit April die Beiträge für die NFL in den Dole-Niederlassungen konfisziert. Seitens der NFL wird nun befürchtet, daß bei den nächsten Betriebswahlen bei Dole die Unternehmensleitung versuchen wird, gelbe Gewerkschaften zu fördern. Durch die hohe Geldstrafe steht die NFL vor dem Problem, gerade für die dringend notwendigen Aufklärungskampagnen vor Ort nicht entsprechend handlungsfähig zu sein.

Der Versuch der Zerschlagung unabhängiger Gewerkschaften (erst recht von militanteren wie z.B. der KMU - Killusang Mayo Uno) und Arbeitnehmervertretungen fügt sich nahtlos in das technokratische Wirtschaftsprogramm der philippinischen Regierung, das auf Devisenbeschaffung durch agroindustrielle Exportwirtschaft orientiert ist. Hierbei spielen die Bananen- und Ananasplantagen auf Mindanao eine wichtige Rolle. Dieser Agrarexportsektor ist aufgrund massiver Proteste der Agro-Multis zudem von den Bestimmungen des philippinischen Agrarreformgesetzes von 1988 weitgehend ausgenommen.

Der bereits 1947 gegeründeten NFL mit etwa 40.000 Mitgliedern in gut 100 Betrieben und Plantagen ist es mit einem pragmatischen Kurs gelungen, in verschiedenen Kautschuk- und Palmölpflanzungen auf Mindanao die Agrarreform durchzusetzen und genossenschaftliche Strukturen aufzubauen. Auch diese Ansätze einer sozial ausgewogenen Entwicklung scheinen nun gefährdet, da der philippinische Staat kaum Gelder für Agrarreformprojekte zur Verfügung stellt und die Ressourcen der NFL durch das skandalöse Urteil ausbluten.

Die NFL bittet um internationale Unterstützung, gerade von Menschen in den Industrieländern, die die wichtigsten Abnehmer für die Bananen und Ananas von Dole und Del Monte sind.

FIAN ruft schon seit einigen Wochen zu einer Briefaktion gegen Dole auf.

Weitere Informationen:

FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel: 02323 - 49 00 99, Fax: 49 69 56

Nepalesische Vereinte Organisation

Am 11. Juli 1994 wurde das nepalesische Parlament durch den Monarchen Birendra aufgelöst, der bisherige Premier Koirala darf aber die Amtsgeschäfte bis zu den Neuwahlen weiterführen. Tage zuvor ließ die Regierung unter Premier Koirala auf DemonstrantInnen schießen. Ergebnis: zehn Tote, etliche Verletzte. Anlaß war die Ausrufung eines Generalstreiks seitens der größten Oppositionspartei, der kommunistischen UML. Sie wollte damit gegen die mehr als schlampig durchgeführten Untersuchungen zu einem mysteriösen Autounfall, bei dem zwei Führer der UML ums Leben kamen, protestieren. Teile der intern zerstrittenen Regierungspartei Nepali Congress, die 1990 erst zusammen mit der UML das alte parteilose Panchayat-System des Gottkönigs Birendra zum Teufel gejagt hatte, sahen sich wohl genötigt, zum Mittel der Auflösung des Parlaments zu greifen, um zu retten, was zu retten ist, sprich bis zu den angekündigten Neuwahlen am 13. November für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Eine gefährliche Zeit also für Intellektuelle und MenschenrechtlerInnen. Diese instabile Situation könnte die Menschen die alten Zeiten unter dem König herbeiwünschen lassen.

Die kleine, aber aktive Interesssengemeinschaft „Nepalesische Vereinte Organisation - Deutschland" beobachtet die Ereignisse mit Sorge. Sie wurde Anfang 1994 gegründet. Von ihrem Vorsitzenden, Ganesh Thapa, wird sie eingeordnet als friedliebend, „mit dem klaren Bekenntnis zur rechtsstaatlichen, freiheitlichen Ordnung". Thapa selbst ist Opfer und Verfolgter des autokratischen Panchayat-Regimes; er war Aktivist einer Studenten-Organisation und mußte 1990 mit seiner Frau aus Nepal fliehen. Hierzulande setzt er sich im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Humanitären Hilfe e.V. Ingelheim zusammen mit Amnesty International und dem Diakonischen Werk für Flüchtlinge ein und informiert über die Situation in Nepal.

Ganesh Thapa, NVOD, Bahnhofstr. 12, 55597 Wöllstein, Tel: 06703- 4860 oder: Tel: 06132-85 407, Fax: 88 750

Kriegsverbrecher aus Kolonialzeiten bleibt niederländischer Generalstaatsanwalt

Drei Papuas durch Kugel getötet" lautete am 19. November 1960 die Schlagzeile der holländischen Zeitung 'Algemeen Dagblad'. Der Artikel kündigt Ermittlungen an gegen den „Kontrolleur" Rolf Gonsalves, der damals für die „Befriedung" des Baliem-Tales auf Papua-Neuguinea verantwortlich war. Erst 34 Jahre später erfährt die niederländische Öffentlichkeit von dem Ergebnis der Ermittlungen. Das Brisante dabei: der Beschuldigte ist oberster Strafverfolger des niederländischen Staates. Der Radiosender VPRO enthüllte die bisher nur in der geheimen Personalakte Gonsalves festgehaltenen Verbrechen. Der damalige Ermittlungsbeamte Von Meyenfeld hatte an den Gouverneur von Neuguinea, bis 1962 niederländische Kolonie, geschrieben: „Gonsalves hat zwei Menschen getötet und ist verantwortlich für drei Totschlagsversuche. Er kann sich hierbei nicht auf Notwehr, Übermacht, gesetzliche Vorschriften oder amtliche Befehle berufen." Der Radiosender präsentierte inzwischen auch Zeugenaussagen von ehemaligen Untergebenen und Kollegen Gonsalves, der in seiner Zeit von 1957 bis 1960 eine Schreckensherrschaft im Baliemtal ausgeübt haben soll. Im Jagdclub der Kolonialherren auf der heute unter indonesischer Herrschaft stehenden Hälfte der Insel Neuguinea war Gonsalves unter dem Spitznamen „God Zelvus" (Gott Selbst) und Gunsalvo bekannt. Ein Ex-Kolonialbeamter bezeugt beispielsweise, daß der „Kontrolleur" einen Dani, einen Angehörigen der Urbevölkerung, bis zur Bewußlosigkeit mit einem Gummistock auf den Rücken schlug, weil dieser ihn scheinbar angelogen habe. Der Polizeiinspektor Ed Markhorst berichtete, wie Gonsalves eine Gruppe Danis in einen Hinterhalt gelockt habe, um einen Mann schließlich von hinten zu erschießen. Der Beschuldigte leugnet, daß er bei den geschilderten Vorfällen eine Tötungsabsicht gehabt habe.

Justizminister Aad Kosto verschlug es während der Radiosendung die Sprache. Die Vorwürfe gegen Gonsalves empfand er zunächst als so schwerwiegend, daß der Minister den ehemaligen Kolonialbeamten aus seinem Urlaub zurückberief. Nach einem „guten Gespräch" kam Kosto aber zu dem Entschluß, keinerlei Schritte gegen den Generalstaatsanwalt zu unternehmen. In einem Brief an das niederländische Parlament erklärte er, daß „die Vergangenheit Gonsalves ausreichend untersucht" sei. Bei allen Parteien mit Ausnahme der Grünen fand das Verhalten des sozialdemokratischen Ministers Zustimmung. Was ist denn auch an einem Mann auszusetzen, der im Jahre 1960 wegen seines mutigen Verhaltens beim Niederschlagen eines Aufstandes im Baliemtal mit dem Ritterorden geehrt worden ist?

Eine strafrechtliche Verfolgung wurde wie 1960 von dem obersten Kolonialherren Neuguineas auch diesmal abgelehnt. Der damalige Ermittlungsbeamte Von Meyenfeld hatte dies damals gefordert und hatte seine Stellung gekündigt, als sie ausblieb. Der inzwischen verstorbene Jurist hatte in sein Tagebuch geschrieben: „Auf raffinierte Weise werden meine Ermittlungen behindert durch die kolonialen Autoritäten. Es werden Verzögerungsaktionen ausgeführt, man setzt mich unter Druck, Beweismaterial wird mir vorenthalten, sie lügen oder geben unvollständige Informationen".

Damals weigerten sich die Niederlande standhaft, die letzte Insel ihrer ehemaligen Kolonie Indonesien an das inzwischen unabhängige Indonesien zu übertragen, was zu jener Zeit international heftig kritisiert wurde. Der damalige Außenminister Luns rechtfertigte die Besetzung damit, daß „die Bevölkerung in einem zurückgeblieben Stadium der Zivilisation verkehre und darum die Hilfe der Niederlande nötig habe". Das wirkliche Motiv dürfte eher in den enormen Bodenschätzen gesucht werden, die bis heute noch nicht alle erschlossen sind.

Der Krieg gegen die indonesische Unabhängigkeitsbewegung, die Besetzung von Neuguinea und die Verbrechen während der mehr als 300 Jahre dauernde Kolonialzeit sind in den Niederlanden Tabuthemen. In Schulbüchern werden sie entweder nicht behandelt oder bagatellisiert. So werden die zwei Militärinterventionen, die die Niederlande nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die indonesische Unabhängigkeitsbewegung unternahmen, als „Polizeiaktionen" gesehen, die der „Ruhe und Ordnung" dienten.

Frank Eckardt

Versager in der Klimapolitik

DiplomatInnen aus über 100 Ländern traten bei den Genfer Klimaverhandlungen im September zwei Wochen auf der Stelle. Die Dringlichkeit zum Handeln wurde wieder einmal buchstäblich zerredet. Konkrete Ergebnisse wurden auf dieser Rio-Nachfolgekonferenz keine erzielt, so daß für den Berliner Klimagipfel im Frühjahr nächsten Jahres wenig Anlaß zu Optimismus besteht. Zu diesem Ergebnis kommen VertreterInnen des Klimaforums '95, eines Bündnisses nationaler und Berliner Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zur Vorbereitung besagten Klimagipfels. Ihre Beobachtung in Genf: Die DiplomatInnen der Industrieländer reden von neuen Zielen der Klimapolitik, die EuropäerInnen sogar von der notwendigen Veränderung des Lebensstils und die Bundesregierung von neuen Ideen, die sie mit anderen Regierungen teilen wolle. Doch wenn handfeste Verhandlungsangebote gefragt waren, versiegte der Redefluß.

Dabei hatte es an gutem Zureden und selbst an fleißiger Zuarbeit durch Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in Genf nicht gefehlt. So legte in Genf das Öko-Institut Darmstadt zusammen mit amerikanischen WissenschaftlerInnen einen Entwurf für ein Klimaprotokoll vor. Ein solches Protokoll, als Ergänzung der Klimakonvention gedacht, könnte die Industriestaaten verbindlich verpflichten, mit dem Einsparen von Kohlendioxid endlich ernst zu machen. Das im Auftrag europäischer Umweltorganisationen entstandene Protokoll enthält die Forderung, alle Industriestaaten sollen ihre Emissionen an Kohlendioxid um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2005 senken. Parallel hierzu soll die Autoindustrie künftig Fünf-Liter-Autos bauen, die Stromkonzerne sollen zu Energiedienstleistungsunternehmen werden und eine spürbare Energiesteuer soll eingeführt werden.

Auch WissenschaftlerInnen des Wuppertaler-Instituts für Klima, Umwelt und Energie hatten in einem Exposé für die Bundesregierung ein Protokoll mit dem 20 Prozent-Ziel als international vernünftig empfohlen und Bundesumweltminister Klaus Töpfer nannte noch während der Genfer Verhandlungen in bundesdeutschen Zeitungen diese Zahl erstrebenswert. Die deutsche Delegation in Genf hingegen mochte nur von einer Verminderung um y Prozent bis zum Jahr x reden.

Die Folge dieser Art von Klimadiplomatie: Das Treibhaus Erde heizt sich ungebremst weiter auf, und der Klimagipfel in einem halben Jahr in Berlin endet à la Rio mit sorgenvollen, aber folgenlosen Verlautbarungen. Das Klimaforum '95 fordert deshalb die Bundesregierung auf, den jetzt auch von der Inselstaatengruppe AOSIS noch rechtzeitig für Berlin eingebrachten Protokoll-Vorschlag mit der bekannten Forderung an die Industriestaaten, bis zum Jahr 2005 die Kohlendioxidemissionen um 20 Prozent zu reduzieren, voll zu unterstützen.

(Literaturempfehlung: vgl. aktuelle „blätter"-Debatte zu „Strukturanpassung im Norden")

Informationen bei:

Klimaforum, Behrenstr. 23, 10117 Berlin, Z. Hdn. v. Hermann- Josef Tenhagen

Fairer Welthandel? Über das Wochenende, 14.-16.Okt.1994, bietet die Evang. Arbeitnehmerschaft in Neuwiller lés Saverne ein Seminar zu Verschuldung und Verelendung als Folge des Welthandels an. Info: Evang. ArbeitnehmerInnenschaft, Postfach 2269, 76010 D-Karlsruhe, Tel.0721-9349311.

Kommunale Selbstbestimmung in der 3. Welt? Am 21.Okt.1994 veranstaltet die Zeitschrift TRIALOG in Berlin ein Seminar über die Schlüsselfunktion der kommunalen Selbstbestimmung zur ökologischen Umsteuerung im Norden wie im Süden. Info: Antje Wemhöner, Sybelstr.57, D-10629 Berlin, Tel.030-3235887.

Ökomedia. Vom 26.-30.Okt.1994 finden die 11.Internationalen Tage des Ökologischen Films mit Arbeitsgruppen und Seminaren in Freiburg statt. Info: ÖKOMEDIA INSTITUT, Habsburger Str.9, D- 79104 Freiburg, Tel.0761-52024, Fax 0761-555724.

Zwischen lokaler und weltweiter Verantwortung. Tagung, am 1./2.Nov.1994, über den Einfluß kommunalpolitischer Entscheidungen auf weltweite Probleme. Info: Koordinierung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, Postfach 4460, D-49034 Osnabrück, Tel.0541-3232322.

25 Jahre Bekämpfung des Rassismus. Auf dem Tagesseminar am 3.Nov.1994 in Hofgeismar wird angesichts des alltäglichen Rassismus, Bilanz gezogen. Info: Evang. Akademie, D-34362 Hofgeismar, Tel.0567-8110, Fax 0567-811154.

Was gehen uns die Kurden an? Tagung, am 3.Nov.1994 in Marburg- Marbach, zu den Problemen von kurdischen Arbeitsemmigranten/Flüchtlingen in der BRD und der Mißachtung der Menschenrechte von über 15 Millionen Kurden in der Türkei. Info: Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan, Postfach 200738, D-53137 Bonn, Tel.0228-362802, Fax 0228-363297.

Entwicklungspolitik am Scheideweg. Vom 4.-6.Nov.1994 werden in Hofgeismar die Chancen neuer Entwicklungsmodelle am Beispiel Brasiliens, Chiles und Mexikos dargestellt. Info: Evang. Akademie, D-34362 Hofgeismar, Tel.0567-8110, Fax 0567-811154.

Menschenrechte in Bürgerkriegssituationen. Wochenendseminar, vom 11.-13. Nov. 1994, in Freudenberg über die Sinnhaftigkeit militärischer und nichtmilitärischer Intervention. Info: FIAN, Overwegstr.31, D-44625 Herne, Tel.02323-490099, Fax 02323- 496956.

Widersprüche in der Solidaritätsarbeit. Ist vom 12.-13.Nov.1994 in Köln-Riehl das Thema des 8.Treffens gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der 3.Welt. Info: DGB- Bildungswerk, Nord-Süd-Netz, Postfach 101026, D-40001 Düsseldorf, Tel.0211-4301384, Fax 0221-4301500.

Dauerhafter Freihandel? Vom 14.-16.Nov.1994 werden die Zukunftsfähigkeit der internationalen Arbeitsteilung, ihre ökologische Perspektive und die neuen Dimensionen des Nord-Süd-Konflikts diskutiert. Info: Evang. Akademie Tutzing: D-82327 Tutzing, Fax: 08158-251133.

Südafrika nach den Wahlen. Das Studienseminar, vom 17.-20. Nov.1994 in Klausenhof, thematisiert die Wahlen, die neue Verfassung, Entwicklungsprogramme und die Außenpolitik Südafrikas. Info: Akademie Klausenhof, D-46499 Hamminkeln- Dingden, Tel.02852-89326.

Informeller Sektor - Marktwirtschaft im Schatten. Vom 17.- 19.Nov.1994 werden in Bad Kreuznach Ursachen, Wachstum und Lebensgrundlage des informellen Sektors hier wie im Trikont thematisiert. Info: DGB-Bildungswerk, Nord-Süd-Netz, Postfach 101026, D-40001 Düsseldorf, Tel.0211-4301384, Fax 0221-4301500.

Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen. Am 19./20.Nov.1994 sollen in Frankfurt Ansatzpunkte und Konzeption verschiedener Projektgruppen diskutiert werden. Info: Institut marxistischer Studien und Forschung, Kölner Str.66, D-60327 Frankfurt, Tel.069-7392934.

Entwicklungszusammenarbeit als Tourismus. Vom 9.-11.12.1994 wird in Berlin diskutiert, ob sich die EntwicklungshelferInnen über ihre Motivation und die vielfältigen Folgen ihrer Anwesenheit in den Zielländern bewußt sind. Info: Vehement, Remigiusstr.21, D- 50937 Köln, Tel.:0221-2400471.

Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa. Vom 8.-12.Dez.1994 findet in Berlin mittels Fallbeispielen und Ursachenanalyse eine detaillierte Kritik und Anklage gegen die europäische Asylpolitik statt. Info: c/o AStA TU-Berlin, Marchstr.6, D-10587 Berlin, Tel.030-31424437, Fax 030-3121398.

Auf der Suche nach gerechtem Welthandel. Wochenendseminar, vom 9.-11.Dez.1994, in Mülheim Ruhr über GATT-Sozialklauseln, die EU-Handelspolitik, den Sinn von Gütesiegeln und die Macht der VerbraucherInnen. Info: FIAN, Overwegstr.31, D-44625 Herne, Tel.02323-490099, Fax 02323-496956.

Zeitschrift für befreiende Pädagogik, Heft 2/3 1994
"Professionelle Kompetenz in der befreienden Pädagogik".
Der Themenschwerpunkt bietet Erfahrungen, Handlungsfelder und Konzepte in Artikeln wie: 10 Jahre Frauenzentrum Cabo Pernambuco, Theater der Unterdrückten gegen die Normalität der Universität, Psychologische Aspekte der Frage der Übertragbarkeit der Methode Paulo Freire, Popular Education Notes from a U.S. experience, etc.. Außerdem bietet die Ausgabe Berichte zu Sierra Leone und Costa Rica sowie Buchbesprechungen und Seminarhinweisen. 122 Seiten, 10,-DM. **Bezug: AK Paulo Freire, c/o AG SPAK, Adlzreiterstr.23, D-80337 München.**

Lateinamerika Nachrichten Heft 243/244, Sept./Okt. 1994
"Haiti - Zwischen Flucht und Invasion."
Neben Beiträgen zu Kuba: Castros Erben möchten gern noch warten, Schwarzmarkt als Überlebensstrategie, Wirtschaftsreformen auf Kuba; zu Mexiko: Die Nachwehen der Wahlen, Momentaufnahme in der Provinz; und zu Brasilien: Cardoso auf dem Weg ins Präsidentenamt; Straßenkinder spielen Theater; Volksradio im Nordosten; Olodum - Mehr als Musik aus Salvador; stehen Artikel zu Haiti im Zentrum der Doppelausgabe: Es riecht ein bißchen nach Krieg, Die lateinamerikanischen Staaten im Zwiespalt, Guantánamo - Flüchtlinge leiden unter katastrophalen Zuständen, Die internationale Gemeinschaft zwischen Hilflosigkeit und Heuchelei, Militärintervention - Was danach geschehen muß, Die permanente Invasion. Außerdem bietet das Heft Berichte zu Argentinien, Uruguay und Kolumbien. 106 Seiten, 7,50 DM. **Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, D-10961 Berlin.**

Informationsstelle Lateinamerika, ila:178, Sept.1994
"Politik und Literatur in Brasilien"
Die gesamte Ausgabe befaßt sich mit Brasilien: Endspurt vor den Wahlen; Marktwirtschaft und effizienter Staat; Die wichtigsten Aufgaben der PT; Phantasie im Kampf gegen das Elend; Die verschlungenen Wege der Feminismen und Frauenbewegungen. Weitere Artikel, Interviews und Rezensionen beleuchten die Rolle brasilianischer Literatur auf dem deutschen Buchmarkt sowie die afrikanische Prosa, Frauenliteratur, Theater, Befreiungstheologie und Kinderliteratur in Brasilien. 72 Seiten, 7,- DM. **Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr.205, 53111 Bonn.**



Fahimeh Farsaie, **Die Flucht und andere Erzählungen**, dipa-Verlag, Frankfurt 1994, 126 S., DM 36.-

Wolfram Frommlet (Hg.), **Die Sonnnenfrau.** 26 neue Geschichten aus Schwarzafrika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994, 330 S., 16.80 DM

Maria Amelia Teles, Brasil Mulher. **Kurze Geschichte des Feminismus in Brasilien**, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1994, 144 S., 18.- DM

Christiane Perregaux, **Frauen der Wüste.** Gespräche mit sahrauischen Frauen, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1994, 156 S., 18,- DM

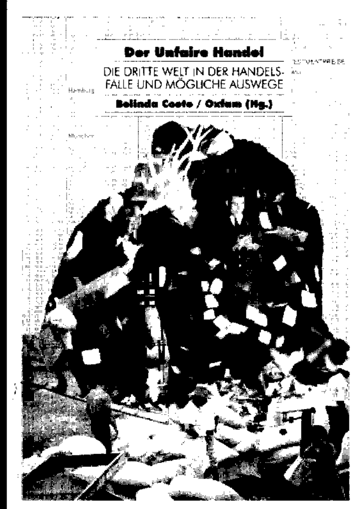
Simone Schwarz-Bart, **Ti Jean oder die große Reise**. Roman aus Guadeloupe. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994, 320 S., 32,- DM

Heinrich Oberreuter, Heribert Weiland, **Demokratie und Partizipation in Entwicklungsländern**, Schöningh Paderborn 1994, 147 S., 29.80 DM

Helen Zweifel, Martin Brauen, **Wenig Kinder, viel Konsum?** Stimmen zur Bevölkerungsfrage von Frauen aus dem Süden und Norden, Brot für alle, Basel 1994, 120 S., 16,- SFR, Bezug: Brot für alle, Postfach 414, Ch-4003 Basel

Hella Kothmann (Hg.), **Das siamesische Lächeln**. Literatur und Revolte in Thailand, ISP-Verlag, Köln 1994, 160 S.

Doris Cech, Elke Mader, Stefanie Reinberg (Hg.), **Tierra - indigene Völker, Umwelt und Recht**, Brandes & Apsel, Frankfurt 1994, 180 S.



Mit dieser Neuerscheinung hinterfragt OXFAM die Austauschverhältnisse zwischen Nord und Süd, die Auswirkungen multinationaler Handelsblöcke, das Versagen von UNCTAD und GATT beim Schutz der Interessen der Entwicklungsländer und zeigt Perspektiven der aktuell aufblühenden «Fair Trade»-Bewegung. *«...überzeugt durch eine gelungene Mischung aus kompetenter Analyse der Weltwirtschaftsstrukturen und Fallbeispielen.»* Ökologische Briefe, 27/94

Belinda Coote:

Der UnFaire Handel. Die «3. Welt» in der Handelsfalle und mögliche Auswege

242 Seiten, 29.80 DM, ISBN 3-926369-94-9



Die 8. völlig überarbeitete Auflage des *Aktionshandbuches 3. Welt* wird herausgegeben von den nationalen Dachverbänden/Organisationen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen:

- Action Solidarité Tiers Monde (Luxembourg)
- Informationsdienst Dritte Welt (Schweiz)
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Österreich)
- INKOTA (BRD), BUKO (BRD)

BUKO u.a. (Hg.):

Aktionshandbuch 3. Welt

344 S., 24.8D DM, ISBN 3-926369-95-7

Schmetterling Verlag

WELTWÄRTS

• Asyl/Flüchtlinge



Der offizielle Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der UN über die Lage der weltweit 18,2 Mio. Flüchtlinge.
208 S., zahlr. Grafiken, Großbroschur,
DM 29,80/
öS 233,–/sFr 30,80
ISBN 3-8012-0211-9

• Religionen



Farbige Weltkarten und Kommentare zeigen Rolle, Macht und Einfluß der großen Religionen.
Großbroschur, 4farb.
DM 29,80/
öS 233,-/sFr 30,80
ISBN 3-8012-0212-7

• Asien



„**W**er jetzt noch leichtfertig argumentiert, pauschal, verschwommen, der hat Nohlen/Nuscheler nicht gelesen", schreibt ein Kritiker. Recht hat er.
Band 8 592 S., Hardcover,
DM 49,80/
öS 389,-/sFr 50,80
ISBN 3-8012-0208-9

• Südafrika



Grill, „Zeit"-Korrespondent, und Brandt, freier Journalist, über den Wandel und die aktuelle Situation am Kap. Reportagen und Analysen.
192 S., Dietz-Tb 62
DM 19,80/
öS 155,-/sFr 20,80
ISBN 3-8012-3062-7



Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger

In der Raste 2 · 53129 Bonn · Tel. 02 28/23 80 83 ▶ Bitte Gesamtverzeichnis anfordern!